

Universität Konstanz
Fachbereich für Politik-
und Verwaltungswissenschaft

Konstanz, 3. Oktober 2001

Diplomarbeit

**Zur Erlangung des Grades eines
Diplom-Verwaltungswissenschaftlers**

DAS MANAGEMENT VON SOZIALEM PROTEST

**Die Aufrechterhaltung und Ausweitung von sozialem Protest
durch seine Integration in den Alltag
am Beispiel des Castor-Transports nach Gorleben im März 2001**

Vorgelegt von Hannes Külz,
Matr.Nr. 01/382195

Erstgutachter: Prof. Dr. Rüdiger Klimecki
Zweitgutachter: Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	1
1.1. Ausgangslage	1
1.2. Fragestellung und Zielsetzung.....	2
1.3. Aufbau der Arbeit	3
1.4. Explorative Forschung als Methodik der Thesengenerierung.....	4
1.4.1. Die Dynamik des explorativen Forschungsprozesses	5
1.4.2. Der explorative Forschungsprozess in der vorliegenden Arbeit	6
2. Management, Sozialer Protest und Castortransporte -Definitionen.....	10
2.1. Der Zusammenhang von Managementlehre und sozialem Protest	10
2.2. Theorien sozialer Bewegungen und Castortransporte	11
3. Die Entwicklung Des Protests gegen die Nutzung von Atomenergie	14
3.1. Motive und Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung.....	14
3.1.1. Die Motive der Anti-Atom-Bewegung.....	15
3.1.2. Die Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung von Whyll bis Wackersdorf.....	17
3.2. Gorleben als Standort für das nukleare Entsorgungszentrum (NEZ).....	19
3.3. Die Entstehung der Proteste gegen die Gorlebener Atomanlagen 1977-1993	22
3.4. Vom ersten Castortransport bis zum Atomkonsens 1994-2000	25
3.5. Der Castortransport vom März 2001	30
3.5.1. Der Verlauf des Castortransports vom März 2001	30
3.5.2. Der Rückhalt des Protests in der Bevölkerung.....	31
4. Theorien sozialer Bewegungen und ihre Übertragung auf das Wendland.....	34
4.1. Die Aufrechterhaltung sozialen Protests in der Theorie	34
4.2. Auswahl relevanter Theorien und Ansätze	35
4.3. Die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie	37
4.3.1. Ressourcenmobilisierung und Organisationsstruktur	37
4.3.2. Ressourcenmobilisierung und Organisationsstruktur im Wendland	39
4.3.3. Ressourcenmobilisierung trotz Trittbrettfahrerproblem.....	42
4.3.4. Ressourcenmobilisierung trotz Trittbrettfahrerproblem im Wendland	44
4.4. Die Framing-Ansätze	47
4.4.1. Framing-Ansätze in der Literatur	48
4.4.2. Framing-Ansätze im Wendland	51
4.5. Theorien zur Alltagsintegration von sozialem Protest	55
4.6. Theorien zum Einfluss polizeilicher Maßnahmen auf sozialen Protest	57

5. Analyse und Thesengenerierung zur Alltagsintegration von sozialem Protest.....	59
5.1. Die Bereiche der Alltagsintegration.....	60
5.1.1. Sozialer Alltag.....	61
5.1.2. Kultureller Alltag.....	64
5.1.3. Religiöser Alltag.....	67
5.1.4. Wirtschaftlicher Alltag.....	69
5.2. Thesen zur Aufrechterhaltung sozialen Protests	70
5.2.1. Aufrechterhaltung von Organisationsstrukturen	71
5.2.2. Überwindung des Trittbrettfahrerproblems	72
5.2.3. Aufrechterhaltung von Deutungsmustern.....	76
5.3. Die Wahrnehmung polizeilicher Maßnahmen im Alltag	80
5.3.1. Hintergrund des Polizeieinsatzes.....	81
5.3.2. Ruhestörung und Polizeipräsenz	82
5.3.3. Einschränkung der Bewegungsfreiheit	83
5.3.4. Eingriffe in Schulwesens und Kindererziehung.....	85
5.4. Thesen zur Ausweitung sozialen Protests	87
6. Resümee und Ausblick.....	90
7. Literaturverzeichnis	
8. Anlagen	

Abkürzungsverzeichnis

AKW	Atomkraftwerk
BGS	Bundesgrenzschutz
BI	Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
BZR	Bezirksregierung (Lüneburg)
CASTOR	C ask for S torage and T ransport of radioactive material
DAtK	Deutsche Atomkommission
EJZ	Elbe-Jeetzel-Zeitung, Lokalzeitung des Landkreises Lüchow-Dannenberg
EVU	Energieversorgungsunternehmen
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GAU	Größter anzunehmender Unfall
IPPNW	International Physicians for the Prevention of a Nuclear War – Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs
KLP	Kulturelle Landpartie
NEZ	Nukleares Entsorgungszentrum
PKA	Pilotkonditionierungsanlage
SMO	Social-Movement-Organization
SZ	Süddeutsche Zeitung
Taz	die tageszeitung
THtR	Thorium- Hochtemperatur-Reaktor
WAA	Wiederaufbereitungsanlage

Mein besonderer Dank gilt Nina, Arno und Jens für ihre Unterstützung sowie dem Hamburger Verein „Archiv Aktiv – Auswertungen und Anregungen für gewaltfreie Bewegungen“, dessen Archiv mir bei der Recherche uneingeschränkt offen stand – auch außerhalb der Öffnungszeiten

1. Einleitung

1.1. Ausgangslage

Der Transport von sechs Castorbehältern¹ aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague ins atomare Zwischenlager Gorleben im März 2001 war der bislang größte Polizeieinsatz der Bundesrepublik. Um den Transport gegen den Widerstand von Atomkraftgegnern durchzusetzen, waren allein im Landkreis Lüchow-Dannenberg 18.300 Beamte im Einsatz.² Zahlreiche Formen des Protests, jedoch insbesondere die Blockaden von Gleisen und Straßen, machten diesen Aufwand notwendig. Niedersachsens Ministerpräsident Siegmар Gabriel (SPD) bezeichnete derartige Transporte im Anschluss für die Zukunft als „politisch nicht durchsetzbar.“³

Der letzte vorherige Transport fand im März 1997 statt, lag also vier Jahre zurück. Durch die Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen nach den Bundestagswahlen vom Herbst 1998 gelangte der parlamentarische Arm der Anti-Atom-Bewegung erstmals in die Regierungsverantwortung. Die neuen Regierungsparteien waren sich einig, „dass das bisherige Entsorgungskonzept für die radioaktiven Abfälle inhaltlich gescheitert ist und keine sachliche Grundlage mehr hat.“⁴ Vor diesem Hintergrund schrieben sie im Koalitionsvertrag den Ausstieg aus der Kernenergie fest: „Der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie wird innerhalb dieser Legislaturperiode umfassend und unumkehrbar gesetzlich geregelt.“⁵ Am 14. Juni 2000 vereinbarten Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen (EVU) im Atomkonsens den Ausstieg. Das Ziel, das die Anti-Atom-Bewegung und den Widerstand gegen Castortransporte seit Jahrzehnten getragen hatte, schien erreicht zu sein. Umweltminister Jürgen Trittin (Grüne), ebenfalls der Anti-Atom-Bewegung verbunden, forderte dazu auf, sich aufgrund der neuen Bedingungen nicht an Blockaden gegen Castortransporte nach Gorleben zu beteiligen. Dennoch kam es beim Transport vom März 2001 zu massiven Blockaden der Gleis- und Straßenstrecke, die von großen Teilen der Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg getragen und unterstützt wurden. Zahlreiche Menschen schlossen sich dem Widerstand erstmalig an. Trotz der langen Pause

¹ Castor = **C**ask for **S**torage and **T**ransport of radioactive material.

² Niedersachsens Innenminister Heiner Bartling (SPD) bezifferte die Gesamtkosten auf rund 120 Mio. D-Mark (Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ), 31.03.2001).

³ Interview in: „Der Spiegel“, 2.04.2001, 34ff.

⁴ www.gruene.de/archiv/wahl/btwahl98/ergebnis/rot-gruen/vertrag, eingesehen am 6.04.2001.

⁵ ebda.

von vier Jahren, trotz Regierungswechsel und Atomkonsens wurde der Protest gegen Castortransporte aufrecht erhalten.

Theorien sozialer Bewegungen versuchen Antwort auf die Frage zu geben, welche Mechanismen zur Entstehung sozialer Bewegungen und sozialen Protests führen und welche Faktoren ihre Entstehung fördern oder behindern. Aussagen zur Aufrechterhaltung sozialer Bewegungen und sozialen Protests treffen sie in weitaus geringerem Maße. In der vorliegenden Arbeit soll gerade die Aufrechterhaltung des Castor-Protests im Raum Gorleben zwischen den Transporten von 1997 und 2001 näher untersucht werden.

1.2. Fragestellung und Zielsetzung

Hauptziel der vorliegenden Arbeit ist die Erweiterung der Theorien sozialer Bewegungen: Es sollen Mechanismen eines Managements von sozialem Protest identifiziert werden, die zu dessen Aufrechterhaltung beitragen⁶ und in den Theorien sozialer Bewegungen bislang nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Anhand der identifizierten Mechanismen sollen Thesen generiert werden, die in der Lage sind, die Theorien um den Aspekt der Aufrechterhaltung zu erweitern und Impulse für anschließende empirische oder theoretische Arbeiten zu geben. Dies ist der Forschungsbeitrag der vorliegenden Arbeit.

Dieses Ziel soll vor dem Hintergrund des Castortransports im März 2001 nach Gorleben verfolgt werden. Es wird gefragt, warum der Protest trotz der langen Transportpause zwischen 1997 und 2001 und trotz des Erreichens des gesteckten Ziels durch den Atomkonsens im Jahr 2000 in weiten Kreisen der Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg aufrechterhalten wurde. Es soll untersucht werden, welche Entwicklungen dort in der Zeit vor dem Transport vom März 2001 stattfanden und inwieweit sich diese auf die Aufrechterhaltung des Widerstandes auswirkten.⁷

Im Verlauf der Datenerhebung kristallisierte sich der Verdacht heraus, dass Eingriffe in den Alltag der Bevölkerung durch polizeiliche Maßnahmen zu einer Ausweitung des Protests geführt haben könnte. Da dieser Aspekt in der Literatur bislang unberücksichtigt ist, wurde die Fragestellung erweitert: Es wurde der Frage nachgegangen, inwieweit sich auch hieraus Thesen zu einer Erweiterung der Theorien generieren lassen.

⁶ Zur Verwendung des Begriffs „Management“ vgl. Kapitel 2.

⁷ Hierbei konzentriert sich die Arbeit auf die Unterstützung des Widerstandes durch die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg. Die Motivationen auswärtiger Einzelpersonen oder bundesweiter und internationaler Organisationen, sich an den Protesten zu beteiligen, ist nicht Fragestellung dieser Arbeit.

1.3. Aufbau der Arbeit

In Kapitel 1 wird das methodische Vorgehen der Arbeit dargestellt. Es wird gezeigt, warum sich eine explorative Studie für die Beantwortung der aufgeworfenen Frage mit dem Ziel der Thesengenerierung anbietet.

Kapitel 2 definiert Begriffe, die im weiteren Verlauf der Arbeit verwendet werden. Zudem stellt es den Zusammenhang zwischen sozialem Protest und der Managementlehre her. Ferner wird der Protest gegen Castortransporte in den Gesamtzusammenhang sozialer Bewegungen eingeordnet. Dies geschieht, um den Blick auf Gorleben in einen größeren Kontext zu stellen und damit für Theorien, Ansätze und Ideen der Bewegungsforschung zu öffnen.

Kapitel 3 führt in die Hintergründe und die Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung bis zum Castortransport im März 2001 ein.

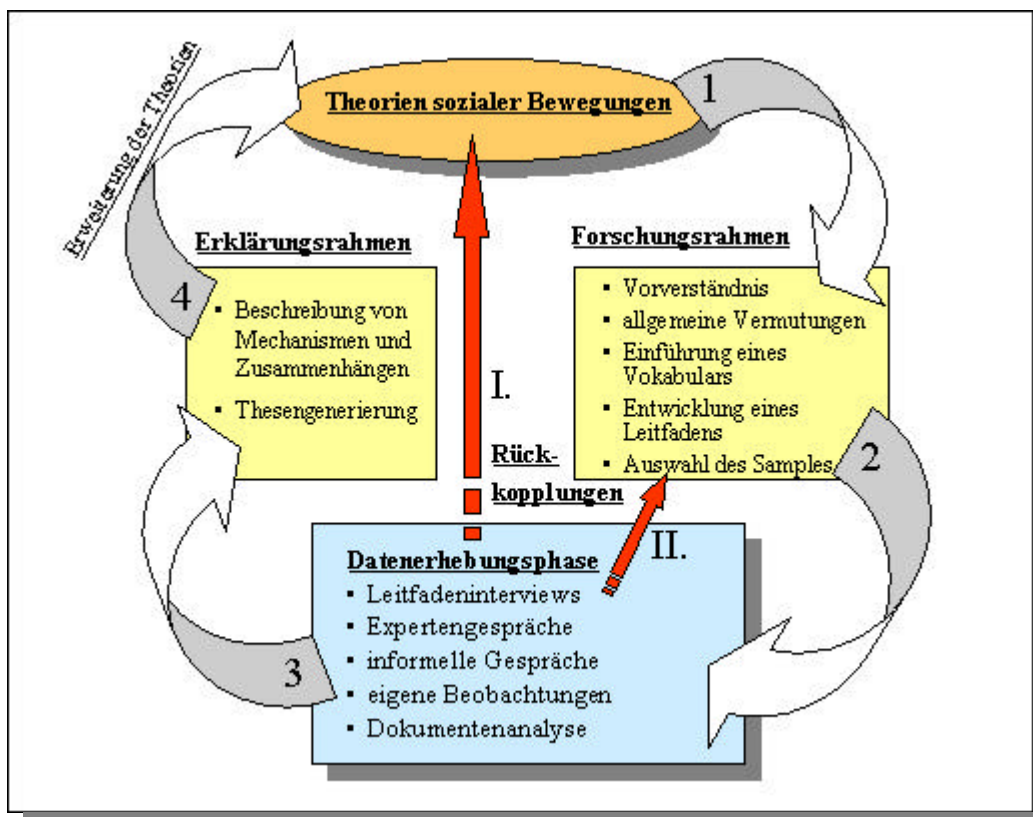
Kapitel 4 stellt die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie sowie die Framing-Ansätze dar. Es wird gezeigt, warum sich gerade diese auf die Ereignisse im Landkreis Lüchow-Dannenberg übertragen lassen und Raum für eine Erweiterung durch die Entwicklung neuer Thesen bieten. Im Verlauf der Datenerhebung entstand der Verdacht, dass der Eingriff polizeilicher Maßnahmen in den Alltag der Bevölkerung eine Ausweitung der Proteste ausgelöst haben könnte. Da dieser Aspekt bisher theoretisch nicht behandelt wurde, konnten auch hier neue Thesen generiert werden.

Kapitel 5 analysiert die in der Datenerhebung gewonnenen Ergebnisse. Das Kapitel zeigt, in welche Bereiche des Alltags der Protest gegen Castortransporte im Raum Gorleben integriert wurde und inwieweit dies zu seiner Aufrechterhaltung beitragen konnte. Es werden Thesen generiert, die eine Weiterentwicklung der Theorien sozialer Bewegungen darstellen. Im Anschluss wird die Wahrnehmung polizeilicher Maßnahmen durch die Bevölkerung nachgezeichnet. Auch in diesem Zusammenhang werden Thesen generiert, die zu einer Erweiterung der Theorie beitragen.

Kapitel 6 werden Vorschläge unterbreitet, wie die in Kapitel 5 generierten Thesen als Grundlage weiterer Arbeiten bei künftigen Forschungsvorhaben genutzt werden können.

1. 4. Explorative Forschung als Methodik der Thesengenerierung

In der vorliegenden Arbeit sollen die Theorien sozialer Bewegungen, insbesondere die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie und die Framing-Ansätze, erweitert werden. Es werden Thesen entwickelt, die bislang wenig beachtete Aspekte thematisieren. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurde die explorative Forschung als Vorgehensweise gewählt. Charakteristisch für diese Vorgehensweise ist, dass Thesen nicht bereits vor Beginn der empirischen Erhebung feststehen und überprüft werden, sondern sich erst im Verlauf der Erhebung Thesen herauskristallisieren. Ziel dabei ist es, „weiße Flecken“ in der Diskussion zu identifizieren und diese Stück für Stück auszufüllen (BECKER 1993: 111ff). Der Forschungsprozess führt demnach nicht von „theory to data“, sondern von „data to theory“ (EISENHARDT 1989: 549).⁸ Der explorative Forschungsprozess der vorliegenden Arbeit orientiert sich an BECKER (1993) und EISENHARDT (1989). Er soll im folgenden dargestellt werden und kann anhand von Grafik 1 mitverfolgt werden. Kapitel 1.1. wird zunächst die Dynamik des explorativen Forschungsprozesses dargestellt, bevor 1.2. hieraus die Vorgehensweise der vorliegenden Arbeit ableitet.



Grafik 1: Der Prozess der explorativen Forschung (eigene Darstellung)

⁸ Die explorative Forschung orientiert sich an der „Grounded Theory“. Vgl. hierzu: GLASER/STRAUSS (1998).

1.4.1. Die Dynamik des explorativen Forschungsprozesses

Die Dynamik des Forschungsprozesses wird in Grafik 1 dargestellt, um zu zeigen, wie die explorative Untersuchung inhaltlich, prozessual und methodisch systematisiert wurde und um den Prozess für den Leser transparent zu machen. Dabei beginnt er in der Grafik oben und verläuft dann im Uhrzeigersinn. Die Vorgehensweise der vorliegenden Arbeit wird von den Theorien sozialer Bewegungen getragen. Von ihnen ausgehend wird ein Forschungsrahmen, eine Datenerhebungsphase und ein Erklärungsrahmen durchlaufen.

Zunächst wird die Untersuchungsfrage in einen **Forschungsrahmen** eingebettet: Der Forscher verschafft sich ein theoretisches Vorverständnis für das anvisierte Problemfeld, um diesem nicht „blind“ gegenüberzutreten. Dies geschieht auf Basis einer Sichtung der in der Literatur diskutierten Theorien, im vorliegenden Fall der Theorien sozialer Bewegungen (Pfeil 1). Das aus den Theorien gewonnene Vorverständnis führt dazu, dass

- allgemeine Vermutungen angestellt werden können, welche Faktoren und Aspekte für eine Beantwortung der Fragestellung relevant sein könnten,
- ein Vokabular eingeführt wird, mit dem Phänomene und Zusammenhänge präzise und klar definiert werden können,
- ein Leitfaden für Gespräche entwickelt werden kann,
- ein Sample an Gesprächspartnern ausgewählt werden kann.

Nach der Einbettung der Forschungsfrage in den Forschungsrahmen erfolgt die **Datenerhebungsphase** (Pfeil 2). In der Datenerhebungsphase sollen Informationen gewonnen werden, die schließlich der Generierung neuer Thesen dienen. Hierbei wird der Gesprächsleitfaden verwendet, der im Forschungsrahmen erstellt wurde. Um jedoch auch Informationen zu gewinnen, die über die vorgesehenen Fragen hinausgehen, sind die Leitfadengespräche flexibel angelegt. Interessante Aspekte, die sich unerwartet ergeben, können weiterverfolgt und vertieft werden, auch wenn sie im Leitfaden nicht vorgesehen waren. Um eine möglichst große Vielfalt an Informationen zu gewinnen, können zudem auch informelle Gespräche, eigene Beobachtungen oder die Analyse von Dokumenten in die Datenerhebung einbezogen werden (EISENHARDT 1989: 534). Neue Erkenntnisse, die sich im Verlauf der Datenerhebung ergeben, können an den Forschungsrahmen rückgekoppelt werden. KUBICEK (1981: 28) betont, dass der Forscher dadurch davon befreit wird, sein Vorgehen bereits in der Planungsphase festzulegen und sich im Prozess der Datenerhebung an

diese Festlegung halten zu müssen. So ist es beispielsweise möglich, dass sich während der Datenerhebung eine Spur findet, die zur Beantwortung aufgestellter Fragen führen könnte. Unter dieser neuen Bedingung können gegebenenfalls weitere Personen in das Sample aufgenommen werden (Rückkopplungspfeil II.). Zudem sollte überprüft werden, ob sich in der Literatur bereits Hinweise auf die gefundenen Spuren finden (Rückkopplungspfeil I.).

EISENHARDT (1989: 536) weist darauf hin, dass auch die Forschungsfrage während des Forschungsprozesses modifiziert werden kann, um eine vorschnelle Reduzierung des Blickwinkels auf eine einmal aufgeworfene Frage zu vermeiden. Auf diese Weise ist es möglich, dass sich eine neue Facette der Forschungsfrage auftut. Diese wird wiederum in den Forschungsrahmen eingebettet und das Sample möglicherweise erneut erweitert.

Besteht kein Grund für Rückkopplungen mehr, so werden die gewonnenen Daten in den Erklärungsrahmen „weitergegeben“ (Pfeil 3).

Im **Erklärungsrahmen** werden auf Basis der gewonnenen Daten Phänomene und Zusammenhänge beschrieben und Thesen generiert, die eine Erweiterung der Theorien darstellen können (Pfeil 4). Die Thesen können Grundlage weiterer empirischer Studien sein.

Nachdem die Dynamik der gewählten explorativen Forschung dargestellt wurde, wird vor diesem Hintergrund das konkrete Vorgehen der vorliegenden Arbeit erläutert.

1.4.2. Der explorative Forschungsprozess in der vorliegenden Arbeit

Um Thesen zur Erweiterung der Theorien sozialer Bewegungen zu generieren, geht die vorliegende Arbeit der Frage nach, welche Mechanismen dazu führten, dass der Castor-Widerstand im Wendland⁹ trotz Transportpause und Atomkonsens aufrecht erhalten wurde. Entsprechend der explorativen Forschung wurde zunächst die Literatur zu Theorien sozialer Bewegungen gesichtet. Mit diesem Vorverständnis wurde die Untersuchungsfrage in einen Forschungsrahmen eingebettet (Pfeil 1). Von den in der Theorie gefundenen Argumenten wurde angenommen, dass sie Hinweise auf Mechanismen eines Managements von sozialem

⁹ Obwohl zum Wendland auch kleine Teile der Landkreise Lüneburg und Uelzen gehören, wird unter dem Begriff in der Regel der Landkreis Lüchow-Dannenberg verstanden. Diesem Sprachgebrauch folgend werden beide Bezeichnungen im folgenden synonym verwendet.

Protest geben könnten, die zur Aufrechterhaltung des Gorlebener Protests führten. Auf Basis dieser Hinweise wurde ein Leitfaden entwickelt.¹⁰

Auswahl des Samples: Bei der Auswahl des Samples bestand nicht der Anspruch, eine repräsentative Stichprobe aus der Bevölkerung zu erfassen. Ziel war nicht, die in den Theorien sozialer Bewegungen formulierten Thesen zu überprüfen, sondern neue Thesen zu generieren. Daher bestand der Anspruch vielmehr darin, möglichst viele Meinungen, Argumente und Motive kennenzulernen, die Indizien über die Mechanismen der Aufrechterhaltung der Proteste gegen Castortransporte geben könnten. Neben Experten sollten Personen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen ausgewählt werden, die durch ihre Form des Engagements den Protest nachhaltig stützten.

Ein besonderer Umstand führte schließlich zur Auswahl des Samples: Entlang der 70 Kilometer langen Transportstrecke zwischen Lüneburg und Gorleben wurden insgesamt acht Camps geplant, in denen auswärtige Atomkraftgegner während des Transportes untergebracht und gepflegt werden sollten. Diese Camps wurden kurz vor Transportbeginn polizeilich verboten oder zumindest stark eingeschränkt.¹¹ Binnen kürzester Zeit erklärten sich zahlreiche Privatleute bereit, die nunmehr „obdachlosen“ auswärtigen Atomkraftgegner in ihren Häusern unterzubringen und zu gepflegen. Diese Form des Engagements schien die o.g. Kriterien zu erfüllen: Ausgewählt wurden ein Handwerker, eine Hausfrau, ein Psychotherapeut, eine Erzieherin, ein Pastor und der Geschäftsführer eines Altenheims, die jeweils Demonstranten in der Kirche bzw. im Altenheim übernachten ließen. Hinzu kam die Direktorin einer Grundschule. Diese hatte ihre Schule zwar nicht freiwillig geöffnet, duldete jedoch eine mehrtägige Besetzung durch Demonstranten. Als Experten wurde mit dem stellvertretenden Gemeindedirektor von Dannenberg, dem leitenden Pastor des Kirchenkreises („Superintendent“), dem Landrat sowie den Sprechern der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg und der Kampagne „X-tausendmal-quer“ gesprochen. Alle diese Personen zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Landkreis Lüchow-Dannenberg heimisch sind und den Widerstand seit langer Zeit kennen. Ferner wurde mit Vertretern einzelner Widerstandsgruppen gesprochen.

¹⁰ Der Leitfaden findet sich in Anlage 2.

¹¹ So wurde beispielsweise bei einem Camp der Aufbau von Zelten untersagt, was aufgrund der nasskalten Witterung quasi einem Campverbot gleichkam.

Nach der Auswahl des Samples begann die **Datenerhebungsphase** (Pfeil 2). Mit den ausgewählten Personen wurden Gespräche geführt. Diese wurden mit einem Tonbandgerät aufgezeichnet und wortgetreu transkribiert.¹² Aufgrund der Sensibilität des Themas wurde den Gesprächspartnern Vertraulichkeit zugesichert. Die Gespräche wurden anonymisiert. Auch informelle Gespräche, eigene Beobachtungen und die Analyse von Dokumenten gingen in die Datenerhebung mit ein.¹³

Im Verlauf der Datenerhebung kristallisierte sich der Verdacht heraus, dass die Integration des Protests in den protestunabhängigen Alltag der Bevölkerung ein Mechanismus des Managements von sozialem Protest sein könnte, der für dessen Aufrechterhaltung mit verantwortlich war. Die Literatur der Theorien sozialer Bewegungen wurde auf diesen Aspekt hin erneut gesichtet (Rückkopplungspfeil I.). Es zeigte sich, dass dieser Aspekt bislang kaum thematisiert wurde. Dieser Spur sollte nachgegangen werden. Im Forschungsrahmen wurde das Sample um zusätzliche Personen erweitert. Hierbei handelte es sich um den Leiter eines Bildungszentrums, einen Sozialwissenschaftler, den Geschäftsführer einer Firma für alternative Energiequellen sowie ein Kunstpädagogen.¹⁴

Im Verlauf der Datenerhebung kristallisierte sich zudem eine zweite interessante Spur heraus: Es entstand der Verdacht, dass der Eingriff der Polizei in verschiedene Alltagsbereiche unbeteiligter Personen dazu geführt haben könnte, dass diese sich dem Protest anschlossen und somit zu seiner Ausweitung beitrugen. Wieder wurde die Literatur auf diesen Aspekt hin untersucht (Rückkopplungspfeil 1). Es zeigte sich, dass dieser Aspekt bisher nicht thematisiert wurde. Es wurde ein bislang unbekannter Mechanismus der Ausweitung sozialen Protests entdeckt. Um dieser Spur nachzugehen, wurde der Gesamteinsatzleiter der Polizei in das Sample mit aufgenommen und auch mit ihm ein Gespräch geführt.

¹² Gespräche nach dem 20.06.2001 wurden telefonisch geführt, jedoch ebenfalls mit einem Tonbandgerät aufgezeichnet und wortgetreu transkribiert.

¹³ Die Beobachtungen wurden hauptsächlich während des Transportes im März 2001 gemacht, wichtigste Stütze der Dokumentenanalyse ist die lokale Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ).

¹⁴ Von dem Gespräch mit Letzterem wurde lediglich ein Gedächtnisprotokoll erstellt.

Im **Erklärungsrahmen** wurden anhand der gewonnenen Daten schließlich Phänomene und Zusammenhänge beschrieben und Thesen generiert, die eine Erweiterung der Theorien sozialer Bewegungen darstellen. Denn schließlich ist „ein Einfall (...) nutzlos, solange der Theoretiker ihn nicht aus einer bloßen Anekdote in ein theoretisches Element transformiert.“¹⁵

¹⁵ GLASER/STRAUSS (1998: 258).

2. Management, Sozialer Protest und Castortransporte -Definitionen

Im folgenden Kapitel sollen die in der vorliegenden Arbeit verwendeten Begriffe definiert werden. Kapitel 2.1. stellt den Zusammenhang zwischen sozialem Protest und der Managementlehre her, während Kapitel 2.2. den Protest gegen Castortransporte in den Kontext sozialer Bewegungen einordnet und damit für die Perspektive dieser Theorien öffnet.

2.1. Der Zusammenhang von Managementlehre und sozialem Protest

Die vorliegende Arbeit greift bei der Untersuchung der Mechanismen, die einer Aufrechterhaltung und Ausweitung der Proteste gegen Castortransporte zu Grunde liegen, auf die Theorien sozialer Bewegungen zurück. Diese versuchen aus verschiedenen Perspektiven, Aussagen darüber zu treffen, unter welchen Bedingungen soziale Bewegungen und sozialer Protest entstehen. Nach KIESER (1995: 1) stellt „eine Kenntnis der vielfältigen Erscheinungsformen und Funktionsweisen von Organisationen nicht (...) zuletzt auch eine wesentliche Voraussetzung für die Gestaltung von Organisationen dar.“ Analog hierzu argumentiere ich, dass eine Kenntnis der Erscheinungsformen und Funktionsweisen sozialer Bewegungen und deren Ausdruck in sozialem Protest ebenfalls eine wesentliche Voraussetzung für dessen Gestaltung ist. Insofern können die o.g. Theorien helfen, Mechanismen, die einem Management von sozialem Protest zu Grunde liegen, offen zu legen.

Die vorliegende Arbeit erhebt jedoch nicht den Anspruch, Gestaltungsempfehlungen für ein Management von sozialem Protest auszusprechen. Sie befindet sich in einem frühen Stadium, in dem zunächst Mechanismen und Funktionsweisen sozialen Protests identifiziert und Thesen aufgestellt werden sollen. Auf deren Grundlage können weiterführende Arbeiten schließlich Gestaltungsempfehlungen formulieren.

Es sei zudem darauf hingewiesen, dass sich die vorliegende Arbeit nicht mit den Mechanismen und Funktionsweisen der gesamten Anti-Atom-Bewegung beschäftigt. Sie konzentriert sich ausschließlich auf Mechanismen und Funktionsweisen, die zur Aufrechterhaltung und Ausweitung des Protests durch die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg führten.

Von einer generalstabsmäßigen Planung durch ein abgrenzbares Führungsgremium kann bei den Protesten gegen Castortransporte keine Rede sein. Management soll in diesem Zusammenhang nicht als ein Komplex von Steuerungshandlungen einzelner Personen, sondern als Eigenschaft des Systems verstanden werden. Dieses Verständnis orientiert sich an einem Management-Paradigma, wie es beispielsweise von Autoren des St. Galler Ansatzes unter den Begriffen der „Selbstorganisation“, der „Systemmethodik“ oder des „entwicklungsorientierten Managements“ vertreten wird.¹⁶

2.2. Theorien sozialer Bewegungen und Castortransporte

Proteste gegen Castortransporte können nicht isoliert betrachtet werden. Sie stehen in einer langjährigen Widerstandstradition gegen die Nutzung von Kernenergie. Häufig ist in diesem Zusammenhang von der „Anti-AKW-Bewegung“ die Rede (vgl. z.B. PAUL 1997). Dieser Begriff ist jedoch problematisch. Bis etwa 1970 richteten sich Proteste ausschließlich gegen die militärische Nutzung von Kernenergie, danach auch gegen ihre friedliche Nutzung in Atomkraftwerken (AKW)¹⁷ oder Wiederaufbereitungsanlagen (WAA)¹⁸. Heute gehen Atomkraftgegner verstärkt gegen Atommülltransporte in Castor-Behältern vor. Insofern bevorzuge ich für die Gesamtheit dieser Protestaktivitäten den Begriff „Anti-Atom-Bewegung“. Unter deren Dach sollen als „Anti-Castor-Bewegung“ Protestaktivitäten gegen Castortransporte sowie deren ideeller Hintergrund verstanden werden.

Nachdem die Anti-Castor-Bewegung nun unter das Dach der Anti-Atom-Bewegung gestellt wurde, muss geklärt werden, was überhaupt unter einer „Bewegung“ zu verstehen ist.

Für RASCHKE (1985: 76ff) sind soziale Bewegungen zunächst ein „kollektiver Akteur, der mittels variabler Organisations- und Aktionsformen in den Prozess sozialen bzw. politischen Wandels eingreift“. Allerdings müssen soziale Bewegungen weitere Kriterien erfüllen, um als solche anerkannt zu werden:

- a.) Eine gewisse Kontinuität der Aktivitäten als Abgrenzung einer sozialen Bewegung von kurzlebigen Protest (z.B. Streiks, Unruhen o.ä.).

¹⁶ Für eine Übersicht vgl. beispielsweise GOMEZ (1985), GOMEZ/PROBST (1987), PROBST (1987), KLIMECKI et al. (1994).

¹⁷ So in Whyll, Brokdorf, Kalkar, Grohnde etc.

¹⁸ So zu Beginn in Gorleben, später in Wackersdorf.

- b.) Ein hohes Maß an Identifikation der Teilnehmer mit der Bewegung („Wir-Gefühl“). Dieses werde durch die Begegnung von den Anhängern und Gegnern der Bewegungsziele gefördert.
- c.) Eine geringe Festschreibung einzelner Teilnehmer auf Aufgaben und Rollen und daraus resultierend eine breite Palette an Aktionsformen.
- d.) Keine Hierarchie oder Weisungsbefugnisse innerhalb der Bewegung bzw. ein geringer Organisationsgrad.
- e.) Die Ziele einer sozialen Bewegung müssen auf einen grundlegenden sozialen Wandel und auf damit einhergehende „strukturelle Veränderungen von Staat und/oder Gesellschaft“ ausgerichtet sein, wobei es sich hierbei auch um Teile oder einzelne Aspekte des staatlichen/gesellschaftlichen Lebens handeln kann.¹⁹

Wie Kapitel 3 zeigen wird, liegen alle diese Kriterien im Falle des Widerstandes gegen die Nutzung von Atomkraft vor.

Für RUCHT (1994: 338-9) ist eine soziale Bewegung ein „auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mittels öffentlicher Proteste herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen.“ Viele von Raschke bereits benannte Elemente finden sich hier wieder. Allerdings spricht Rucht statt von „variablen Aktionsformen“ von „öffentlichen Protesten“, ferner führt er „mobilisierte Netzwerke von Gruppen und Organisationen“ als Charakteristikum auf. Die Einschränkung auf *öffentliche* Proteste halte ich im Fall der Castortransporte für zu eng gefasst. So lebt der Widerstand gegen Castortransporte nicht ausschließlich von öffentlichen – im Sinne von „nach außen hin sichtbaren“ – Aktionsformen.²⁰ Allerdings ist der von Rucht verwendete Begriff „Protest“ aussagekräftiger als die „variablen Aktionsformen“ bei Raschke, die prinzipiell jedwede Handlung umfassen können. Als wichtig erachte ich den *Protest*charakter (als öffentliche wie nicht-öffentliche Äußerung von Missfallen an gesellschaftlichen oder politischen Verhältnissen), der einer Handlung innewohnen muss. Unter Protestteilnehmern werden im folgenden auch solche Personen verstanden, die Proteste anderer (beispielsweise durch die

¹⁹ KÖCK/MOHR (2000: 15) stellen in Frage, ob das Streben nach einer grundlegenden Veränderung eine zwingende Bedingung für soziale Bewegungen ist: „Die meisten AutorInnen scheinen stillschweigend vorauszusetzen, dass mit sozialer Bewegung immer ein politisches und soziales Protestpotential gemeint ist. Denkbar wäre jedoch auch eine systemkonforme Bewegung (z.B. im Bereich des Sports, der Individuen „bewegt“, aber keinerlei politische Forderungen stellt.“ Dieser Aspekt ist im vorliegenden Fall jedoch unproblematisch, da Castor-Gegner explizit politische Ziele verfolgen.

²⁰ Beispielsweise versuchen Personen immer wieder bei „Nacht und Nebel“ auf die Bahn- oder Straßenstrecke zu gelangen, um diese zu besetzen. Dies wiederum zieht die Notwendigkeit eines Schutzes der Strecke durch Polizei und Bundesgrenzschutz nach sich, dessen Kosten die Attraktivität derartiger Transporte senken und damit politischen Wandel bewirken soll.

Bereitstellung einer Infrastruktur) unterstützen. Auch der Hinweis Ruchts auf „mobilisierende Netzwerke von Gruppen und Organisationen“ ist berechtigt: Wie Kapitel 5 zeigen wird, spielen diese bei der Mobilisierung von Ressourcen eine bedeutende Rolle.

Im folgenden soll unter einer sozialen Bewegung in Kombination der Definitionen von RASCHKE (1985: 77) und RUCHT (1994: 339) ein kollektiver Akteur verstanden werden, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen sowie variabler Protestformen das Ziel verfolgt, in den Prozess sozialen bzw. politischen Wandels einzugreifen.

In der Literatur wird zudem zwischen „alten“ und „neuen“ sozialen Bewegungen unterschieden. BRAND (1985: 308) erkennt eine „Verschiebung der Themen und Konfliktfelder“. Nicht länger seien Klassenkonflikte (vgl. Arbeiterbewegung) Ursprung von Auseinandersetzungen, sondern vielmehr „punktuelle Betroffenheit“ sowie „gemeinsame Bedürfnisdefinitionen“ (BRAND 1985: 315). Auch Basisdemokratie, die Ablehnung von Hierarchien und Interessenvertretung durch Führungskader²¹ sowie informelle Netzwerke als dominante Organisationsform unterscheiden demnach „neue“ von „alten“ Bewegungen. HIRSCH/ROTH (1986: 212) sehen in den „neuen“ sozialen Bewegungen eine erneute Bearbeitung von Themen, die u.U. bereits in früherer Zeit aktuell waren. Der Unterschied zu den „alten“ Bewegungen bestehe darin, dass viele Ziele früherer Bewegungen (allgemeines Wahlrecht, politische und sozialstaatliche Grundrechte etc.) heute in den Verfassungen der westlichen Staaten verankert sind. Deren Umsetzung werde nunmehr von den neuen sozialen Bewegungen an der politischen Wirklichkeit gemessen.

Die Entwicklung der Theorien und Ansätze, die in Kapitel 4 vorgestellt werden, beschäftigen sich insbesondere mit „neuen“ sozialen Bewegungen und ihrer Entstehung. Daher liegt bei der Beantwortung der Frage, welche Mechanismen und Funktionsweisen eines Managements von sozialem Protest zur Aufrechterhaltung und Ausweitung der Castor-Proteste im März 2001 führten, ein Rekurs auf die o.g. Theorien und Ansätze nahe.

²¹ BRAND (1985) verweist auf die Arbeiterbewegung, die über formale Strukturen und bürokratisch strukturierte Organisationen verfügte.

3. Die Entwicklung Des Protests gegen die Nutzung von Atomenergie

Wie eingangs erwähnt, kann der Widerstand gegen Castortransporte im Wendland nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss zunächst in den größeren Zusammenhang der Anti-Atom-Bewegung gestellt werden. Diese wurde im vorangegangenen Kapitel bereits in den Kontext neuer sozialer Bewegungen eingeordnet. Die Theorien bilden den Hintergrund für die anschließende Analyse des Transportes vom März 2001 in den folgenden Kapiteln.

Bevor der Fokus auf die Geschehnisse rund um Gorleben verengt wird, soll im folgenden zunächst die Entwicklung und Nutzung der Kernenergie in Deutschland sowie die ihr entgegengebrachte Kritik dargestellt werden. Auf eine erschöpfende Rekapitulation dieser Entwicklung soll hier verzichtet werden.²² Vielmehr wurde eine Auswahl von Entwicklungen, Argumenten und Ereignissen getroffen, deren Kenntnis als Hintergrund für ein Verstehen des heutigen Protests gegen Castortransporte notwendig sind. Kapitel 3.1. beschreibt die Motive und die Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung. Kapitel 3.2. stellt Gorleben als Standort für das nukleare Entsorgungszentrum (NEZ) vor. Kapitel 3.3. zeichnet die Entstehung der Proteste gegen die Gorlebener Anlagen im Zeitraum zwischen 1977 und 1993 nach, bevor Kapitel 3.4. auf die darauffolgende Phase von der Ankündigung des ersten Castortransportes bis zum Atomkonsens im Jahr 2000 eingeht. Kapitel 3.5. stellt schließlich den Verlauf des Castortransportes im März 2001, dessen Analyse die Grundlage dieser Arbeit ist, dar. Somit wird der Protest gegen den Transport im März 2001 in einen Gesamtzusammenhang gestellt, der seine Entstehung und die Motivation der Teilnehmer erst verständlich macht.

3.1. Motive und Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung

In einer Phase wirtschaftlichen Aufschwungs ab Mitte der 50er Jahre ging in der BRD die Hoffnung auf Unabhängigkeit in der Energieversorgung, auf Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum und auf gesellschaftlichen Wohlstand einher mit dem wachsenden Vertrauen in die Atomenergie als neuer Form der Energiegewinnung: „Atomstrom galt als unerschöpflich, billig und allgemein unproblematisch“ (BRUCHMÜLLER 1997: 18). Aufgrund des politischen Interesses an der Nutzung der Atomenergie wurde ihre Entwicklung in hohem Maße von staatlicher Seite gefördert. Zwischen 1957 und 1976 wurden insgesamt vier Atomprogramme aufgelegt, die den Rahmen für eine geordnete Erforschung und Nutzung der

²² Für eine Übersicht vgl. z.B. RUCHT (1980) und PAUL (1997).

Kernenergie geben sollten.²³ Zunächst wurde ein Forschungsreaktor, kurz darauf jedoch auch die ersten kommerziellen Reaktoren gebaut. Auch die Entwicklung des „schnellen Brüters“ in Kalkar wurde vorangetrieben (KÖCK/MOHR 2000: 36): Aufgrund der Knappheit der weltweiten Uranvorräte wurde eine intensive Entwicklung von Reaktortypen vorangetrieben, die den Energiegehalt des Urans besser ausnutzen.²⁴ Im folgenden sollen die Motive und die Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung näher beleuchtet werden.

3.1.1. Die Motive der Anti-Atom-Bewegung

Mehrere Faktoren führten zur Bildung einer Opposition gegen die Stromgewinnung aus Kernspaltung. Diese Faktoren sollen im folgenden dargestellt werden, da sie das argumentatorische Fundament der Anti-Atom-Bewegung und der heutigen Proteste gegen Castortransporte sind.

Erfahrungen mit der militärischen Nutzung der Kernenergie

Die Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki waren zu Beginn der Nachkriegszeit für viele Menschen prägende Erfahrungen mit der Kernenergie, deren Nutzung sie daher ablehnten. Es bestand die Angst vor einer nicht beherrschbaren Industrie, über deren Auswirkungen auf Mensch und Umwelt im Schadensfall keine gesicherten wissenschaftlichen Kenntnisse vorlagen. Noch heute sind die Formen der gesundheitlichen Gefährdung, die Intensität von Strahlungen, zugelassene Grenzwerte sowie die Sicherheit von Kernreaktoren umstritten.

Die Kritik am „Atomfilz“

Aufgrund der hohen Forschungskosten und der politischen Tragweite der Entwicklung und Errichtung von Kernreaktoren entwickelte sich eine enge Verflechtung zwischen politischen Institutionen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Industriebetrieben. Diese Verflechtungen wurden als intransparenter „Atomfilz“ dargestellt. RUCHT (1980: 20) zufolge war die Industrie „von Anfang an der eigentliche Motor und Koordinator der atompolitischen Entscheidungsprozesse.“ Industrie und Wissenschaft, so der Tenor der Kritik, dominierten den Forschungs- und Entwicklungsprozess und profitierten von den Ergebnissen, während die

²³ RADKAU (1981) stellt dies in Frage. Seiner Meinung nach sollten die Atomprogramme in der Öffentlichkeit lediglich eine Ordnung und Beherrschung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten suggerieren, die de facto nicht gegeben war.

²⁴ So sollte mit Hilfe des „schnellen Brüters“ die Ausnutzung des Energiegehaltes von Uran um den Faktor 60 gesteigert werden (RUCHT 1980: 29). Zudem sollte in Thorium-Hochtemperatur-Reaktoren (THTR) Dampf zur Erzeugung von Prozesswärme eingesetzt werden (KÖCK/MOHR 2000: 47).

Politik lediglich als Geldgeber und vordergründig legitimierende Instanz fungierte. Aufgrund dieser Kritik stand der „Atomfilz“ unter dem Verdacht, wirtschaftlichen Interessen der Entwicklungs- und Betreiberfirmen Vorrang vor der gewissenhaften Berücksichtigung des Schutzes von Bevölkerung und Natur zu geben (MEZ/WILKE 1977).

Die Vision vom „Atomstaat“

In seinem Band „Der Atomstaat“ identifizierte ROBERT JUNGK 1977 einen Automatismus, demzufolge die Nutzung der Kernenergie zwangsläufig zu einer intensiven staatlichen Überwachung der Bürger führt. Er argumentierte, dass aufgrund des hohen Gefährdungspotenzials, das von kerntechnischen Anlagen ausgehe, eine weitreichende Überwachung nicht nur der Anlagen selbst (Terrorismus und militärische Verwundbarkeit), sondern auch ein hoher Grad an Geheimhaltung sensibler Informationen (Industriespionage, Bürgerinitiativen) erforderlich sei. Für PAUL (1997: 16) zeigt sich der „Atomstaat“ durch „die Ausspähung, Bespitzelung und Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung durch Polizei und Geheimdienste.“

Ökonomische Bedrohung

Die Begründung für die Notwendigkeit der zivilen Kernenergienutzung waren energiepolitische Unabhängigkeit, Wirtschaftswachstum und mit ihnen einhergehender Beschäftigungszuwachs und gesellschaftlicher Wohlstand (BRUCHMÜLLER 1997). Dem stellten Atomkraftgegner von Beginn an die ökonomische Belastung der Bevölkerung an den Standorten entgegen. So argumentierten Landwirte mit der Verstrahlung ihrer Produkte, Fischer mit der Erwärmung von Gewässern, Fremdenverkehrsbetriebe mit dem Ausbleiben von Touristen. Die Seite der Energieversorger wiederum versuchte in der Regel mit zusätzlichem Arbeitskräftebedarf (z.B. bei einheimischen Baufirmen) und Ausgleichszahlungen derlei Argumente zu entkräften.

Die Bedrohung von Mensch, Natur und Schöpfung

Die Planung von Atomkraftwerken (AKW) löste in der Umgebung der Standorte Ängste vor der schleichenden Wirkung von radioaktiven Strahlen bereits durch den Normalbetrieb aus. Hinzu kam die Furcht vor Störfällen als „Restrisiko“. Kritisiert wurde auch die

gesundheitliche Gefährdung der im Uranabbau beschäftigten Menschen.²⁵ Ebenfalls kritisiert wurden die Eingriffe in die Umwelt, die mit dem Bau von kerntechnischen Anlagen verbunden waren: So beispielsweise die Beeinträchtigung des Lebensraumes von Flora und Fauna oder eine Veränderung des Grundwasserspiegels. Nicht zuletzt wurden dem Betrieb kerntechnischer Anlagen bisweilen auch religiöse Argumente wie die Bewahrung der Schöpfung entgegen gestellt.²⁶

3.1.2. Die Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung von Whyll bis Wackersdorf

Bei der folgenden Darstellung konzentriere ich mich auf Aspekte, die in der weiteren Beschäftigung mit Gorleben aufgegriffen werden, da sie ebenfalls Indizien für die zu entwickelnden Thesen bieten.

Gegen die zivile Nutzung der Kernenergie gab es bis Beginn der 70er Jahre in keinem Land nennenswerten Widerstand (PAUL 1997: 11ff). Die Ereignisse im badischen Whyll ab Mai 1973 können als Beginn der deutschen Anti-Atom-Bewegung gesehen werden. Hier wurde der Grundstein für die Ausbildung von Identität und Selbstverständnis sowie von Strategien, Protest- und Organisationsformen der Bewegung gelegt. Zahlreiche Elemente dieser Entwicklung lassen sich auch heute noch bei den Protesten im Wendland erkennen.

Nachdem im Mai 1973 das badische Whyll als Standort für ein Atomkraftwerk benannt wurde, hatte der Protest zwar eine spezifische Ausrichtung auf die Bedrohung der Lebensgrundlagen der ortsansässigen Bauern und Winzer, übertrug sich jedoch auch auf weitere Berufsgruppen: Fischer, Arbeiter, Lehrer, Studenten und viele andere Gruppen gesellten sich hinzu (GLADITZ 1976). Im Februar 1975 wurde der Whyler Bauplatz besetzt und auf ihm ein „Freundschaftshaus“ errichtet, in dem öffentliche Informations- und Kulturveranstaltungen abgehalten wurden. Diese dienten als Bindeglied zwischen den Bauplatzbesetzern, Bürgerinitiativen und der Bevölkerung. Die Veranstaltungen im „Freundschaftshaus“ sind ein erstes Indiz für die im weiteren Verlauf der Arbeit entwickelte These: der Aufrechterhaltung

²⁵ Die weltweit größten uranexportierenden Länder sind Kanada, Australien, Niger, Namibia und Usbekistan. Für Bergarbeiter besteht erhöhtes Lungenkrebsrisiko durch die Freisetzung von radioaktivem Radon. Ferner treten durch die chemisch-toxische Wirkung des Urans Leber- und Nierenschäden auf (vgl. aloo.1e im Anti-Atom-Netzwerk Sachsen 2001: 45).

²⁶ So heißt es in einem Beschluss der evangelischen Kirche Deutschlands vom 4. November 1987 als Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl: „Die nicht mit Sicherheit beherrschbaren Gefahren der gegenwärtigen Kernenergiegewinnung haben zu der Einsicht geführt, daß diese Art der Energiegewinnung mit dem biblischen Auftrag, die Erde zu bebauen und zu bewahren, nicht vereinbar ist“ (EKD 1998).

sozialen Protests durch seine Integration in den protestunabhängigen Alltag. KÖCK/MOHR (2000: 54) sehen den Erfolg von Whyl²⁷ „in der Einbindung von Menschen, die sich nie zuvor an derartigen Widerstandsformen beteiligt hatten.“ Kapitel 5 thematisiert die Mechanismen, die einer solchen Einbindung zugrunde liegen. Durch eine zunehmende Vernetzung und Koordination regionaler und lokaler Initiativen²⁸ entwickelte sich der vormals lokale Protest zu einer bundesweiten Bewegung.

Angeregt durch den Whyler Erfolg wurde im Schleswig-Holsteinischen Brokdorf seit Ende 1973 mehrmals vergeblich versucht, den Bauplatz eines geplanten AKWs zu besetzen.²⁹ Das brutale Vorgehen der Polizei gegen einen solchen Versuch Ende 1976 wurde nicht nur von den Besetzern, sondern auch in der Presse kritisiert.³⁰ Der Vorgehensweise der Polizeikräfte wurde eine Mobilisierung zusätzlicher Protestteilnehmer unterstellt, ein Punkt, auf den Kapitel 5 zurückkommen wird.³¹ Erfolge wie in Whyl konnten jedoch weder in Brokdorf noch an anderen Kristallisationspunkten der Bewegung wie beispielsweise in Grohnde oder Kalkar verzeichnet werden (KÖCK/MOHR 2000: 56).

KÖCK/MOHR (2000: 60) stellen eine Änderung des Lebensstils zahlreicher Bewegungsteilnehmer fest. So z.B. ein kritisches Konsumverhalten, Energieeinsparung und ein solidarisches Sozialverhalten. Diese Elemente werden sich im weiteren Verlauf der Arbeit auch im Wendland wiederfinden und unterstützen dort einen wesentlichen Mechanismus des Managements einer Aufrechterhaltung von sozialem Protest: Seine Integration in protestunabhängige Alltagsbereiche.

Weiterer Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung um Kernenergie Mitte der 80er Jahre war das bayrische Wackersdorf.³² Nach der Benennung als Standort einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im Februar 1985, regte sich auch dort unmittelbar der

²⁷ Im März 1997 hob das Verwaltungsgericht Freiburg die Baugenehmigung auf. Das AKW Whyl wurde nie gebaut.

²⁸ 1972 gründete sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Er konzentriert sich auf die Koordination der einzelnen Initiativen und auf die Öffentlichkeitsarbeit (www.bbu-online.de).

²⁹ Eine Übersicht bietet der Band „Brokdorf“ (1981) des heutigen Spiegel-Chefredakteurs STEFAN AUST.

³⁰ So wurden Restbestände von Tränengas auf bereits heimkehrende Demonstranten aus Hubschraubern abgeworfen. „Die Zeit“ (10.12.1976) bezeichnete den Einsatz als „skandalös“.

³¹ „Die in keinem Verhältnis zu dem Auftreten der Demonstranten stehende Härte des polizeilichen Einsatzes (...) hatte einen ungeahnt mobilisierenden Effekt“ (BRUCHMÜLLER 1997: 48).

³² Der Konflikt um den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf hängt eng mit den Geschehnissen in Gorleben zusammen, da Wackersdorf erst nach dem Abrücken von der WAA-Planung in Gorleben (1979) gebaut werden sollte. Aus Gründen der Übersicht soll an dieser Stelle mit der Chronologie gebrochen und zunächst die Entwicklung in Wackersdorf angedeutet werden.

Protest der Bevölkerung. Die Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Einsatzkräften Anfang 1986 markieren die gewalttätigsten Momente der Bewegung. Zusätzlich motiviert wurde das dortige Engagement gegen die Wiederaufbereitung von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl am 16. April 1986. Die Auseinandersetzung endete im April 1989, nachdem die Energieversorger VEBA (BRD) und COGEMA (Frankreich) vereinbarten, Brennelemente aus westdeutschen AKW künftig in der WAA La Hague aufzuarbeiten (PAUL 1997b: 46ff). Von dort stammten auch die sechs Castorbehälter, die im März 2001 nach Gorleben transportiert wurden.

3.2. Gorleben als Standort für das nukleare Entsorgungszentrum (NEZ)

Erst im Zusammenhang mit einer Wiederaufbereitungsanlage wäre das Projekt eines „schnellen Brütlers“ sinnvoll gewesen.³³ Aufgrund des wachsenden Drucks durch die steigende Menge anfallenden Atommülls und der erwarteten Uranknappheit wurden die Forschungen ab dem Beginn der 70er Jahre intensiviert. Es zeigte sich jedoch, dass sowohl chemische, physikalische als auch sicherheitstechnische Probleme auftraten (RUCHT 1980: 47). 1976 baute die Betreiberfirma COGEMA in La Hague eine Wiederaufbereitungsanlage. Durch deren Überlastung wurde eine deutsche WAA jedoch immer dringlicher.

Als Lösung wurde ein nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) geplant.³⁴ Folgende Einrichtungen sollten das NEZ neben der Wiederaufbereitungsanlage und dem Endlager vervollständigen: Ein Fasslager für die Endlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Abfall aus Atomkraftwerken, Forschungseinrichtungen und der Brennelementeherstellung. In einer Castorhalle sollten hochradioaktive, abgebrannte Brennelemente vor einer Endlagerung zwischengelagert werden. Zudem war eine Pilotkonditionierungsanlage (PKA) geplant, in der Verfahren erprobt werden sollten, mit Hilfe derer hochradioaktive Abfälle aus der Wiederaufarbeitung und abgebrannte Brennelemente für die Zwischen- und Endlagerung vorbereitet werden sollten (Konditionierung).

³³ Bei der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente entstehen drei Stoffe: 1.: Plutonium, das als Brennstoff für „schnelle Brüter“ erforderlich ist. Es wurde angenommen, der Nutzungsgrad des Urans in „schnellen Brütern“ sei um das 50-60-fache höher als in herkömmlichen Reaktoren. 2.: Uran, das in Kernkraftwerken wiederverwendet werden kann und damit zur besseren Nutzung der knappen Uranvorkommen dient sowie 3.: hochradioaktiver Atommüll, der endgelagert werden muss (RUCHT 1980: 45ff). Doch auch ohne Wiederaufbereitung entstehen schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle, die endgelagert werden müssen.

³⁴ Die folgenden Daten stammen aus einer Kurzübersicht der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg vom August 2000.

Als Lösung des Endlagerproblems³⁵ wurde in der Bundesrepublik die Einlagerung in Salzstöcken angestrebt. Für diese sprachen ihr Vorhandensein im Bundesgebiet, ihre geologische Stabilität, ihr plastisches Verhalten, durch das Risse abgedichtet und das Eindringen von Wasser verhindert werden könne, ihre thermische Leitfähigkeit zur Abführung von Wärme, die im Zerfallsprozess entsteht sowie nicht zuletzt ihre leichte bergmännische Erschließung.

Am 22. Februar 1977 benennt der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) Gorleben als Standort für das NEZ. Umgehend wird Kritik laut, dass nicht die geologische Eignung des dortigen Salzstockes, sondern vielmehr die geografischen sowie bevölkerungs- und wirtschaftsstrukturellen Besonderheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg für die Entscheidung ausschlaggebend gewesen seien. Misstrauen und Zweifel an der Redlichkeit der Entscheidung wurden bis heute nicht ausgeräumt. Auf diesem Misstrauen fußt ein Großteil des heutigen Protests im Wendland. Daher sollen dessen Besonderheiten im folgenden kurz dargestellt werden, bevor im folgenden Kapitel die Entwicklung des Widerstandes gegen die Gorlebener Atoanlagen nachgezeichnet wird.

Geografie

Bis zur deutschen Wiedervereinigung ragte das Wendland wie ein spitzes Dreieck in die DDR. Auf einer Strecke von 140 Kilometern war es nach Norden, Osten und Süden hin quasi abgeriegelt. Lediglich im Westen war es auf einer Länge von gut 40 Kilometern offen.³⁶ JUNGK (1977) wies darauf hin, dass ein Teil des Landkreises dank des Elbe-Jeetzel-Kanals, der ihn etwa in der Mitte von Norden nach Süden durchschneidet, sowohl nach außen (gegen auswärtigen Demonstranten) sowie im Katastrophenfall nach innen (gegen eine verstrahlte Bevölkerung) leicht abzusperren gewesen wäre. Eine zusätzliche Vermutung der Standortgegner ist die Kombination aus Grenzlage und vorherrschendem Westwind: Eine Gefährdung durch austretende Radioaktivität im Störfall hätte demnach hauptsächlich das Gebiet der DDR betroffen.³⁷

³⁵ Das Endlagerproblem ist bis heute weltweit ungelöst. So verfügen weder Frankreich, Großbritannien, die USA noch Japan oder Russland über Endlager. In allen Ländern wird Atom Müll bislang in bevölkerungsarmen Gebieten zwischengelagert. In Deutschland wird der Gorlebener Salzstock als mögliches Endlager erkundet (EJZ, 28.03.2001).

³⁶ IRMSCHER/MOLDMANN (1989).

³⁷ So zitierte Gerd Lüttig, damaliger Vizepräsident des niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung, Ministerpräsident Ernst Albrecht mit den Worten: „Jetzt werden wir’s denen mal zeigen, (...) da wird sich die Ostzone schön ärgern“ (Frankfurter Rundschau, 27.11.1993).

Bevölkerungsstruktur

Das Wendland hatte zum Zeitpunkt der Standortbenennung mit 39 Einwohnern pro Quadratmeter die geringste Bevölkerungsdichte der BRD.³⁸ Der Anteil jüngerer Menschen nahm aufgrund arbeits- und ausbildungsbedingter Abwanderung ab. Der Anteil älterer Menschen nahm aufgrund des verstärkten Zuzugs von Rentnern zu.³⁹ Zudem war der Landkreis von einer konservativen Wählerschaft geprägt. Die CDU stellte in allen Gremien die Mehrheit.⁴⁰ Dieser Umstand – so die Vermutung – ließ Politiker in Hannover und Bonn hoffen, in Lüchow-Dannenberg nicht auf ernstzunehmenden Widerstand zu stoßen.

Wirtschaftsstruktur

Die Arbeitslosigkeit im Landkreis Lüchow-Dannenberg lag im Jahr 1977 mit 10,5% knapp doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt (BEAULIEU 1992). Noch heute liegt die Arbeitslosigkeit weit über dem niedersächsischen Durchschnitt. Der Kreis und die Gemeinden sind hoch verschuldet. Wichtiger Einkommensfaktor war lange Zeit die Zonenrandförderung.⁴¹ Industrie siedelte sich auch nach 1990 nicht in ausschlaggebendem Maße an. Um Investoren anzulocken, präsentiert sich Lüchow-Dannenberg heute als der „am meisten unterschätzten Landkreis Deutschlands.“⁴²

Die genannten Besonderheiten des Landkreises Lüchow-Dannenberg hatten, so die Vermutung der Atomkraftgegner, einen Einfluss auf die Wahl Gorlebens als Standort des nuklearen Entsorgungszentrums. Im folgenden soll nun die Entwicklung des lokalen Widerstandes illustriert werden, da hier das Fundament für den heutigen Protest gegen Castortransporte zu sehen ist.

³⁸ Zum Vergleich: Durchschnittliche Bevölkerungsdichte in der Bundesrepublik/Niedersachsen: 245/152 Einwohner/Quadratkilometer (BEAULIEU 1992).

³⁹ LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG (1990). Wolfgang Peters, Leiter eines Bildungszentrums, mit dem ein Gespräch geführt wurde (19.06.2001), sagte: „Der Landstrich hier wurde von Berlinern und Hamburgern als Refugium genutzt. (...) Berliner fuhren gerne raus, sodass zwei Mischungen hier waren: Die Großstädter und die ländliche Bevölkerung, die sich natürlich arrangiert hatten, weil man auch Vorteile voneinander hatte: Dadurch kam wenigstens ein bisschen Geld rein.“

⁴⁰ Martin Schulz, stellvertretender Gemeindedirektor der Gemeinde Dannenberg (12.06.2001).

⁴¹ SCHULZ (12.06.2001).

⁴² Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Lüchow-Dannenberg mbH (2001).

3.3. Die Entstehung der Proteste gegen die Gorlebener Atomanlagen 1977-1993

Eine umfassende Darstellung der Entwicklung der Proteste ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich.⁴³ Bei der Auswahl konzentriere ich mich daher auf Ereignisse, Argumente und Entwicklungen, die in der Argumentation der folgenden Kapitel aufgegriffen werden. Die Entwicklung des Widerstandes wird in drei Phasen unterteilt: Die Entwicklungen von 1977 bis 1980, von 1981-1985 und von 1986-1993.

Die Phase von 1977-1980

Kurz nach der Standortbenennung am 22.02.1977 gründet sich die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. („BI“) und die „bäuerliche Notgemeinschaft“. Noch heute werden sie als die wichtigsten Widerstandsakteure gesehen.⁴⁴ Letztere macht noch heute durch Treckerumzüge und Treckerblockaden auf sich aufmerksam und repräsentiert den Rückhalt der Proteste in der ländlichen Bevölkerung. Unter dem Motto „Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung“ werden bei einer Großkundgebung auf dem geplanten WAA-Bauplatz junge Birken gepflanzt. „Diese Aktion sollte die Idee des Lebens und des wachsenden Widerstandes gegen die Entsorgungsanlage versinnbildlichen“ (RUCHT 1980: 114). Mit „Gorleben soll leben“ entsteht ein Slogan, der das Selbstverständnis vieler Menschen auch heute noch maßgeblich prägt.

Am 25. März 1977 fahren Bauern mit ihren Treckern in einem Demonstrationzug in Richtung Hannover. Beim Verlassen des Landkreises wird ein Schild mit der Aufschrift „Freie Republik Wendland“ angebracht. Diese symbolische Unabhängigkeitserklärung ist noch heute im Selbstverständnis vieler Bevölkerungskreise verankert. Während der Fahrt stoßen - nicht zuletzt aufgrund des Reaktorunfalls in Harrisburg am 28. März - zahlreiche Trecker hinzu. Nach einer Kundgebung in Hannover am 31. März 1979⁴⁵ gibt Ministerpräsident Albrecht den vorläufigen Verzicht auf den Bau der WAA bekannt. Das Projekt sei „politisch nicht realisierbar“.⁴⁶ An der Errichtung von Zwischenlager, Fasslager und PKA soll jedoch festgehalten werden. Endlagererkundungen sollen zeigen, „ob der Salzstock für die Tieflagerung geeignet ist.“⁴⁷ Zweites Ereignis der Widerstandsgeschichte, das auch heute noch große Symbolkraft hat, ist die Besetzung der Bohrstelle „1004“ im

⁴³ Für einen Überblick vgl. z.B. EDLER (2001a).

⁴⁴ In Anlage 3 findet sich die Beschreibung einer Auswahl von Widerstands-Gruppen im Wendland.

⁴⁵ Während die Polizei von bis zu 40.000 Personen ausging, sprach der BBU von bis zu 120.000 Teilnehmern. Die Zahl der Trecker wird mit rund 200 angegeben (SZ, 2.04.1979).

⁴⁶ SZ, 16.05.1979.

⁴⁷ Ebda.

Frühjahr 1980.⁴⁸ Mehrere Tausend einheimische und auswärtige Atomkraftgegner rufen erneut die „Republik freies Wendland“ aus und errichten auf der Bohrstelle ein Hüttendorf. Die „Grenze“ zum „Nachbarland BRD“ wird mit symbolischen Schlagbäumen abgeriegelt, die „Republik“ erhält eine Flagge: Orange Sonne auf grünem Grund (Vgl. Abbildung 1).⁴⁹



Abbildung 1: Flagge der „freien Republik Wendland“ vor dem Bohrturm des Gorlebener Erkundungsstollens. Foto: Timo Vogt/randbild

Die Solidaritätserklärung der bäuerlichen Notgemeinschaft und der Grünen führen zu einer Unterstützung der Platzbesetzung in der Bevölkerung. Anfang Juni 1980 wird das Gelände von Polizei- und BGS-Einheiten geräumt. Die Vorgehensweise der Polizei bei der Räumung wird von Atomkraftgegnern heftig kritisiert.⁵⁰ In die Anfangszeit des Widerstandes fällt auch die Gründung zahlreicher Gruppen, die teilweise noch heute im Wendland aktiv und durch persönliche Kontakte untereinander stark vernetzt sind.

Die Phase von 1981-1985

Trotz zahlreicher Informationsveranstaltungen und symbolischer Aktionen bis 1982⁵¹ gehen die Bauvorbereitungen voran. Vermehrt werden Anschläge auf Gleisanlagen und lokale Firmen verübt, die sich am Bau der Anlagen beteiligen, Bohrfahrzeuge und Stromleitungen

⁴⁸ Für einen Überblick: ZINT (1980).

⁴⁹ Die Flagge spielt auf die typische Siedlungsform der „Rundlinge“ im Wendland an. „Rundlinge“ gehen bis ins 12. Jahrhundert zurück: Bauernhöfe stehen in runder Form um einen zentralen Dorfplatz. Noch heute ist diese Form in zahlreichen Dörfern des Wendlands vorzufinden (MIEST/PAASCHE 1981).

⁵⁰ EDLER (2001a: 31).

⁵¹ So blockierten beispielsweise Mitglieder der „Gorleben-Frauen“ die Baustelleneinfahrt, indem sie sich davor zum Stricken auf mitgebrachten Sofas niederließen (EDLER 2000a: 39).

zum Zwischenlager werden zerstört.⁵² In einer Blockade der Zufahrtsstraßen des Landkreises („Wendlandblockade“) wird 1984 der „Ernstfall“ eines Atommülltransportes, der „Tag X“, geprobt. Das „X“ wird zum Widerstandssymbol (Vgl. Abbildung 2).⁵³



Abbildung 2: Das „X“ während eines Treckerumzuges. Foto: Timo Vogt/randbild

Nach der Entscheidung für Wackersdorf als WAA-Standort im Februar 1985 dauern Sabotage und Gewalt gegen Sachen im Wendland zwar an, die Teilnehmerzahl an Aktionen gegen drohende Transporte geht jedoch „stark zurück und bleibt lokal beschränkt“ (GUNDT 1998: 120). EDLER (2001a: 39) erkennt in den 80er Jahren jedoch eine Konsolidierung des Widerstandes aufgrund staatlicher Maßnahmen:

„1985 werden 15 Personen nach §129a wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Gegen drei Personen kommt es zum Verfahren. (...) Alle Angeklagten werden freigesprochen. Der Einsatz von verdeckten Ermittlern, das flächendeckende Abhören von privaten Telefongesprächen, Hausdurchsuchungen und die Speicherung von Erkenntnissen über Tausende von Bürgern des Landkreises in der geheimen und illegalen Spurendokumentationskartei (SPUDOK) (Presseberichte hierüber erscheinen im August 1985, HK) schweißen Einheimische und Zugereiste erst zusammen.“

Kriminalisierung des Widerstandes, Repression und polizeiliche Gewalt stehen an zentraler Stelle des Bandes von EDLER (2001a).⁵⁴ Dennoch benennt er einen wichtigen Faktor der Aufrechterhaltung und der Ausweitung des Protests gegen Castor-Transporte: Die

⁵² GUNDT (1998).

⁵³ In der Regel besteht das „X“ aus zwei in der Mitte zusammengeagelten gelben Holzlatten. Es findet sich im gesamten Landkreis an unzähligen Hauswänden und Zäunen, in Vorgärten, aber auch an Bäumen entlang von Landstraßen (eigene Beobachtung).

⁵⁴ Mathias Edler ist als Sprecher der BI eindeutig dem Widerstand zuzuordnen. So schreibt er im Vorwort seines Bandes (2001a: 16): „Ich habe in diesem Konflikt Partei ergriffen und ich tue das auch mit diesem Buch.“

Wahrnehmung polizeilicher Maßnahmen durch die Bevölkerung. Diese wird in Kapitel 5 thematisiert.

Die Phase von 1986-1993

Trotz der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 gelingt es der Anti-Atom-Bewegung nicht, die Angst und Wut in der Bevölkerung in eine „breit getragene Kampagne zur sofortigen Stilllegung aller Atomanlagen umzusetzen.“⁵⁵ Bundesweit und auch im Wendland flaut die Aktivität der Anti-Atom-Bewegung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ab (EHMKE 1992, GUNDT 1998). KÖCK/MOHR (2000: 65) sehen den Grund im Mangel an Erfolgen: Noch immer ist kein Ausstieg aus der Kernenergie in Sicht, Brokdorf konnte nicht verhindert werden, auch die Proteste in Wackersdorf weisen nicht auf einen Erfolg hin. Mit dem Aus der dortigen WAA im April 1989 „gab es keinen zur Mobilisierung dringend notwendigen Kristallisationspunkt mehr“ (PAUL 1997: 29). Im Wendland kommt es nur noch vereinzelt zu Blockaden von schwach- und mittelradioaktiven Transporten zum Fasslager. Dennoch ist das Thema nicht von der Tagesordnung verschwunden: Im Oktober 1991 verliert die CDU im Lüchow-Dannenberg Kreistag erstmals ihre absolute Mehrheit.⁵⁶

3.4. Vom ersten Castortransport bis zum Atomkonsens 1994-2000

Da in dem in diesem Kapitel dargestellten Zeitraum eine große Konzentration an Ereignissen vorliegt, beschränke ich mich auf die Darstellung von Aspekten, die in den folgenden Kapiteln wieder aufgegriffen werden.

Die Proteste gegen die Einlagerung von Atommüll in Gorleben äußern sich insbesondere durch Blockaden des Transports von Castoren.⁵⁷ Per Bahn gelangen die Castoren bis zur Verladestation in Dannenberg und werden von dort aus auf der Straße bis ins 20 Kilometer entfernte Gorleben transportiert (Vgl. Abbildung 3). Die Blockade der Transporte zielt auf die

⁵⁵ PAUL (1997: 29).

⁵⁶ Christian Zühlke, Landrat von Lüchow-Dannenberg (18.06.2001): „In dieser Wahl ist deutlich geworden, dass die Bevölkerung mehrheitlich gegen die Anlagen ist, denn dies war ganz eindeutig ein wichtiges Wahlkampfthema.“

⁵⁷ Es muss darauf hingewiesen werden, dass sich Proteste gegen Atommülltransporte nicht ausschließlich gegen Castortransporte nach Gorleben richten. So unterstützen beispielsweise die Kampagne „X-tausendmal-quer“, Greenpeace, Robin Wood, der BUND und andere Umweltschutzorganisationen bundesweit Proteste gegen Transporte abgebrannter Brennstäbe aus deutschen AKW in die Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield.

Verteuerung der Transporte ab. Mit jedem Castor würde, so das Argument, der bisherige Erkundungsstollen als Endlager präjudiziert. Weiteres Ziel ist die Verstopfung des Brennstoffkreislaufes und damit die Erzwingung der Abschaltung deutscher AKW.⁵⁸

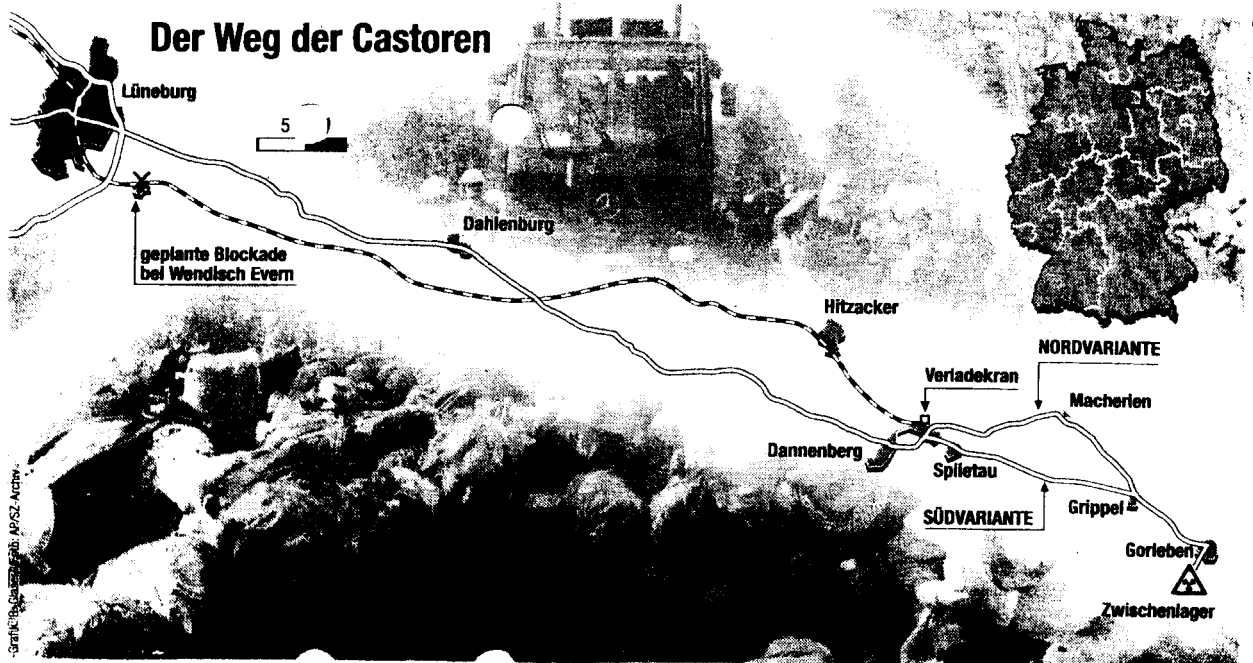


Abbildung 3: Der Weg der Castoren von Lüneburg nach Gorleben. SZ, 23.03.2001.

1994: Ankündigung des ersten Castortransportes

Am Tag der Ankündigung des ersten Castortransportes mit hochradioaktivem Atommüll am 10. Juni 1994⁵⁹ veröffentlicht die BI einen Protestaufruf und die Aufforderung, sich lokal in „Castorgruppen“ zu organisieren.⁶⁰ Kontroversen innerhalb der Kirche zum Trotz⁶¹ stellen einige Pastoren die Teilnahme an Protesten als religiösen Auftrag dar.⁶² In mehreren

⁵⁸ AKWs benötigen für den Betrieb einen Nachweis über die Entsorgung ihres Atommülls. Dieser ist entweder durch eine Lagerung an den Standorten, in einem Zwischenlager oder dem Transport in eine WAA erbracht. Bestehen keine Lagerkapazitäten an den Standorten bzw. ist der Weg zum Zwischenlager oder der WAA „verstopft“, müsse das AKW seinen Betrieb einstellen (www.anti-atom.de/stopf.htm, eingesehen am 10.09.2001).

⁵⁹ Am 21.11.1994 hob das Verwaltungsgericht Lüneburg die Einlagerungsgenehmigung auf. Der Transport musste wenige Stunden vor der Abfahrt abgesagt werden (KOLB 1997: 19).

⁶⁰ Elbe-Jeetzel-Zeitung (EJZ), 10.06.1994.

⁶¹ So kündigte der Landessuperintendent Disziplinarverfahren gegen kirchliche Mitarbeiter an, die sich an Blockadeaktionen beteiligen (EJZ, 7.07.1994).

⁶² So schrieb ein Pastor: „Gott zur Ehr – dem Nächsten zur Wehr!“ das heißt für mich: dass wir Gott da am besten ehren, wo wir das Leben in Schutz nehmen und dem Unheil wehren. (...) Nichts wäre fataler als wenn

ganzseitigen Anzeigen weisen 3000 Unterzeichner darauf hin, dass der Protest von BürgerInnen getragen wird und verwehren sich gegen die öffentliche Darstellung, es handle sich bei den Demonstranten um „Krawalltouristen, Randalierer, Gewalttäter und kriminelle Chaoten.“⁶³ Auch überregionale Organisationen erklären sich in EJZ-Anzeigen solidarisch, so die IPPNW⁶⁴, Greenpeace oder der Deutsche Kinderschutzbund e.V.⁶⁵

Im Februar 1995 wird öffentlich zu illegalem Handeln aufgerufen. Im Rahmen der Aktion „Ausrangiert“ soll die Bahnstrecke unmittelbar vor der Verladestation öffentlich demontiert werden. In einer Presseerklärung vom 7. März weisen die Initiatoren ausdrücklich auf die Ungesetzmäßigkeit der Sachbeschädigung hin.⁶⁶ Dennoch sagen über 300 Einzelpersonen, zahlreiche „Castorgruppen“, die renommierten „Gorleben-Frauen“ und die „bäuerliche Notgemeinschaft“ ihre Teilnahme an der Aktion zu. Unter den Augen mehrerer Hundert Polizeibeamter werden am 12.08.1995 Schrauben gelockert und Schotter unter den Schienen weggegraben.⁶⁷

1995-1997: Castortransporte nach Gorleben

Im April 1995 erfolgt der erste Castortransport, zwei weitere folgen in Mai 1996 und im März 1997. Da sich die einzelnen Transportverläufe in ihrem Charakter ähneln, erscheint eine stichwortartige Darstellung der Ereignisse sinnvoller als die detaillierte Darstellung jedes einzelnen Transports. Der Blick soll vielmehr auf eine Auswahl von Ereignissen und Entwicklungen gelegt werden, die in den folgenden Kapiteln wieder aufgegriffen werden.

Sowohl die Zahl der Demonstranten als auch die der Einsatzkräfte bei den Transporten steigt von 4000/7600⁶⁸ im Jahr 1995 auf 7000/30.000⁶⁹ im Jahr 1997. Jedes Mal ist das Bild geprägt von Demonstrationen, symbolischen Aktionen, Treckerumzügen und Blockadeaktionen. Insbesondere zwei als unangemessen wahrgenommene Polizeieinsätze während des Transportes von 1997 führen zu einem tiefen Misstrauen der Bevölkerung, das bis heute nicht ausgeräumt werden konnte: Zum einen zerstechen Einsatzkräfte die Reifen von Treckern, die

sich ein Feuer (...) ungehindert ausbreiten könnte. Stellen Sie sich vor: Ein Feuer bricht aus – und niemand geht hin, es zu löschen. (...) Der Castor kommt – und niemand stellt sich quer“ (EJZ, 9.07.1994).

⁶³ EJZ, 12.05.1994.

⁶⁴ **International Physicians for the Prevention of a Nuclear War.**

⁶⁵ Solidaritätsanzeigen in der EJZ erscheinen zwischen dem 27. Juni und dem 9. Juli 1994.

⁶⁶ So heißt es in der Presseerklärung der Initiatoren am 7. März 1995: „Die illegale Schienendemontage folgt einem gemeinsamen Frühstücksbuffet, gottesdienstlicher Feier im Freien, kulturellen Beiträgen und einem umfangreichen Angebot für Kinder“ (zitiert in: EDLER 2001a: 58).

⁶⁷ EJZ, 13.03.1995.

⁶⁸ Taz vom 24.04.95.

⁶⁹ EJZ, 4.03.1997.

an einer Straßenblockade teilnehmen. Den Schaden beziffert die „bäuerliche Notgemeinschaft“ auf 80.000 D-Mark.⁷⁰ Zum anderen wird eine Sitzblockade vor der Verladestation brutal geräumt.⁷¹ Der Tenor bezüglich der Transporte ist stets derselbe.⁷² Castorgegner formulieren ihre Kritik entlang folgender Dimensionen:

- Repressionen (Hausdurchsuchungen, Abhören von Telefonen, Observationen von Protestteilnehmern) bereits im Vorfeld der Transporte,
- Darstellung der Protestteilnehmer als gewaltbereit und terroristisch zur Delegitimierung seiner Aktivitäten in der Öffentlichkeit,
- „Besetzung“ des Wendlands durch Polizei und Bundesgrenzschutz (BGS),
- Unangemessenes, brutales Vorgehen von Polizei und Bundesgrenzschutz bei der Räumung von gewaltfreien Blockaden,
- Ungerechtfertigte Beschädigung von Eigentum, insbesondere von Treckern, aus Angst vor Blockadeaktionen.

Die Darstellungen seitens Polizei, BGS und Regierungsstellen lassen sich in folgenden Dimensionen zusammenfassen:

- Gewaltbereite Autonome agieren unter dem Schutz friedlicher Demonstranten. Sie gehen nicht nur gegen Sachen, sondern auch gegen Einsatzkräfte gewaltsam vor.
- Blockaden werden vom Versammlungsrecht nicht gedeckt und werden deshalb geräumt.
- Die Einsatzkräfte reagieren stets besonnen und professionell.

1997-2000: Kontaminationsskandal und Atomausstieg

Durch den Kontaminationsskandal erfolgen nach 1997 zunächst keine weiteren Transporte. Aufgrund einer 3000-fachen Überschreitung der Strahlungsgrenzwerte der Castoren stoppt Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU) die Transporte am 20. Mai 1998.⁷³ Ihr Nachfolger Jürgen Trittin (Grüne) hebt das Verbot aufgrund neuer Messungen am 25. Januar

⁷⁰ EJZ, 5.03.1997.

⁷¹ So schreiben Pastoren in einem Bericht: „Was nun kommt würden wir nicht glauben, wenn wir es nicht selbst erlebt hätten. Gleichzeitig fangen die Polizeibeamten an, die Menschen von der Straße zu prügeln. (...) Ein ca. 17-jähriges Mädchen steht mit erhobenen Händen vor den Polizeikräften. Ein Beamter holt aus und schlägt der Wehrlosen mit der Faust mitten in das Gesicht. Das Mädchen wird durch den Schlag rückwärts zu Boden gerissen, und der Beamte rollt sie mit Fußtritten von der Straße. (...) Sie (die Polizisten) drehen Arme um, treten mit den Füßen und Knien in die am Boden liegenden Menschen, schlagen, schubsen und reißen an den Haaren“ (PASTOREN 1997: 21).

⁷² Die Kritikpunkte beider Parteien finden sich in unzähligen Pressemitteilungen oder Artikeln und Leserbriefen in der EJZ.

⁷³ Stuttgarter Nachrichten, 22.05.1998.

2000 wieder auf.⁷⁴ Am 14. Juni 2000 einigen sich die nunmehr rot-grüne Bundesregierung und Vertreter der Energieversorgungsunternehmen (EVU) im Atomkonsens darauf, „die Stromerzeugung aus der Kernenergie geordnet beenden zu wollen.“⁷⁵ Dennoch stößt der Konsens bei Castor-Gegnern u.a. auf folgende Kritik:

- Für die EVU entstünden durch den Konsens keinerlei Nachteile, ein Entgegenkommen sei nur von Seiten der Bundesregierung erfolgt,⁷⁶
- Zu lange Restlaufzeiten der bestehenden Reaktoren,⁷⁷
- Lediglich ein *Transport*verbot zu Wiederaufbereitungsanlagen ab Juli 2005, nicht jedoch ein *Wiederaufbereitungsverbot*,⁷⁸
- Keine Verbesserung der Versicherungsdeckung von Reaktoren.⁷⁹

Die Zustimmung von Bündnis90/Die Grünen zum Ausstieg⁸⁰ führt zu einem massiven Austritt aus der Partei im Landkreis. Dem Kreisverband verbleiben nur 50 Prozent seiner Mitglieder, die meisten von ihnen „Karteileichen“.⁸¹ Die Aufforderung von Bundesumweltminister und erklärtem Atomkraftgegner Jürgen Trittin, sich bei Castortransporten nach Gorleben nicht an Blockaden oder sonstigen Protesten zu beteiligen,⁸² kann diese im März 2001 nicht schwächen.

⁷⁴ EJZ, 26.01.2000.

⁷⁵ BUNDESREGIERUNG (2000).

⁷⁶ So heißt es in der FAZ vom 15.06.2000: „Die Energiewirtschaft verzichtet auf die Errichtung neuer Kernkraftwerke, was sie in absehbarer Zeit ohnehin nicht vorhatte, und sie gesteht zu, dass die Laufzeiten ihrer Anlagen nicht unbegrenzt ist, was sie ohnehin nie war.“

⁷⁷ So wurde im Atomkonsens eine Regellaufzeit von 32 Jahren festgelegt. STAY (2000: 8) kritisiert, dass sich in dieser Zeit die Menge des bestehenden Atom Mülls verdoppele.

⁷⁸ STAY (2000: 8).

⁷⁹ Im Atomkonsens wurde die Deckungsvorsorge von 500 Mio. D-Mark auf 5 Mrd. D-Mark erhöht. STAY (2000: 12) kritisiert, dass sich hierdurch nichts an der Unterversicherung der Kraftwerke ändere. Im Falle eines GAUs wären demnach nur 0,1% (statt bislang 0,01%) der zu erwartenden Schäden abgedeckt.

⁸⁰ Auf dem Parteitag vom 23. Juni 2000 in Münster.

⁸¹ EJZ, 21.7.2001.

⁸² So schreibt TRITTIN (2001): „Selbstverständlich sind Sitzblockaden eine (...) Form friedlichen Protests, für deren Anerkennung Grüne lange gestritten haben. (...) Aus der Verteidigung einer solchen Form zivilen Ungehorsams kann aber nicht der Schluss gezogen werden, dass jede Sitzblockade (...) unterstützt werden muss. (...) Nur weil jemand seinen Hintern auf die Straße setzt, finden wir das noch nicht richtig. (...) Nicht, weil wir etwas gegen Sitzblockaden, Latschdemos oder Singen haben, sondern weil wir das Anliegen, weshalb gegessen, gegangen oder gesungen wird, ablehnen.“

3.5. Der Castortransport vom März 2001

Dieses Kapitel wird in zwei Unterkapitel geteilt: Kapitel 3.5.1. zeichnet die Aufrechterhaltung der Proteste trotz vierjähriger Transportpause und trotz Atomkonsens nach. Kapitel 3.5.2. stellt den Rückhalt dar, den die Proteste in weiten Teilen der Bevölkerung genießen. Dieser Punkt wird in den folgenden Kapiteln dieser Arbeit wieder aufgegriffen.

3.5.1. Der Verlauf des Castortransports vom März 2001

Im Vorfeld des Transportes wird das Strategie-Konzept „50+20“ entworfen.⁸³ Dieses sieht vor, Blockaden nicht wie bei vorangegangenen Transporten auf die 20 Kilometer lange Straßenstrecke zwischen Dannenberg und Gorleben zu beschränken, sondern auch die 50 Kilometer lange Schienenstrecke von Lüneburg nach Dannenberg zu blockieren. Während des Transportes am 27. März 2001 sind in der Tat unzählige Atomkraftgegner in den Wäldern und auf Wiesen in der Nähe der unübersichtlichen Bahnlinie unterwegs. Manche gelangen auf die Schiene, lassen sich dort nieder, ketten sich fest oder errichten Barrikaden.⁸⁴ Es entsteht ein „Hase-und-Igel-Spiel“, bei dem es „schön ist, wenn man zu den Igel n zählt und die Polizei immer nur hinterhergelaufen kommt, weil man schon wieder irgendwo auf den Gleisen sitzt oder eine Straße blockiert.“⁸⁵ In der Monatszeitschrift der Gewerkschaft der Polizei heißt es in der Mai-Ausgabe 2001:⁸⁶

„Die Strecke durch Wiesen, Felder und Wälder ohne parallel verlaufende Wirtschaftswege oder Straßen machte es den Atomkraftgegnern leicht, in kleinen Gruppen blitzschnell zu agieren, während die Einsatzkräfte oft Hunderte von Metern durch Waldgebiete und über Felder laufen mussten und Fahrzeuge kaum nachgeführt werden konnten.“

Diese offensichtliche Überlastung der Polizeikräfte ermöglicht es vier Aktivisten aus dem Wendland sowie von der Umweltschutzorganisation Robin Wood, unbemerkt auf die Schienen zu gelangen,⁸⁷ sich in einem vorbereiteten Betonblock anzuketten und den Transport

⁸³ anti-atom-aktuell, No. 119 u.120/ 2001, 4ff.

⁸⁴ EJZ, 28.03.2001.

⁸⁵ SZ, 28.03.2001.

⁸⁶ www.gdp.de, eingesehen am 6.06.2001.

⁸⁷ So riefen die Aktivisten selbst per Handy bei der Einsatzleitung an, um auf ihre Blockade aufmerksam zu machen (Gespräch mit einem der Aktivisten am 13.06.2001). Ein anderer von ihnen sagte: „Womit wir am wenigsten gerechnet haben, war, dass wir auf die Schienen kommen und es ist kein Mensch da“ (SIMON 2001).

für einen Tag zu verzögern.⁸⁸ Bundesweit sind 94 Hubschrauber und 29.000 Beamte im Einsatz, allein im Wendland 18.300. Durch Kosten von 120 Mio. D-Mark wird der Castortransport im März 2001 zum teuersten Polizeieinsatz der deutschen Nachkriegsgeschichte.⁸⁹ Unter den Castorgegnern wird dies als großer Erfolg gefeiert.⁹⁰

3.5.2. Der Rückhalt des Protests in der Bevölkerung

Wie bei den vorangegangenen Transporten stützt sich der Protest auf eine breite Koalition aus allen Bevölkerungskreisen: Die bäuerliche Notgemeinschaft führt die „Stunkparade“, einen Umzug mit mehreren Hundert Treckern, unter großer öffentlicher Beteiligung durch. An unzähligen Stellen gibt es Demonstrationen und Mahnwachen, Lehrer verbringen den Transporttag mit ihren Schulklassen auf den Straßen, viele Arbeitnehmer und Angestellte nehmen Urlaub, viele Geschäfte und Arztpraxen werden geschlossen, Schüler veranstalten symbolische Blockaden.⁹¹

Um das „Hase-und-Igel-Spiel“ zu ermöglichen, das der Polizei Schwierigkeiten bereiten sollte, wurden entlang der Transportstrecke acht Camps geplant.⁹² Kurz vor Transportbeginn wurden diese jedoch durch die Lüneburger Bezirksregierung verboten oder stark eingeschränkt.⁹³ In der Folge öffnen die Kirchen ihre Türen für Atomkraftgegner.⁹⁴ etliche kommen auch in besetzten Turnhallen oder Grundschulen,⁹⁵ in einem Altenheim sowie in unzähligen Privathäusern unter. Ein Mitglied der Bürgerinitiative, das bereits im Vorfeld eine „Schlafbörse“ eingerichtet hatte,⁹⁶ berichtet:

„Als die Camps geschlossen wurden, gab es auf einmal eine riesige Welle von Anrufen. Da war alles dabei: Schlafen im Stroh, in Garagen, bis hin zu ganzen Ferienwohnungen. Wir konnten gar nicht so viele Leute vermitteln, wie wir Schlafplätze hatten. Manche, die Zimmer angeboten

⁸⁸ SZ, 29.03.2001.

⁸⁹ Lüchow-Dannenberg General Anzeiger, 4.04.2001.

⁹⁰ So heißt es in der „Gorleben Rundschau“ No. 6/2001: „Dies war der teuerste Transport in der Geschichte der Bundesrepublik. (...) Das von uns propagierte Konzept „50+20“ war ein voller Erfolg.“

⁹¹ Eigene Beobachtung.

⁹² Die Camps mit Versammlungszelten, Informationsständen, Suppenküchen sowie mobile Toiletten sollten durch lokale Castorgruppen organisiert, betreut und versorgt werden. Hierzu wurden im Vorfeld in großem Ausmaß Spenden von Bauern, Privatleuten oder lokalen Lebensmittelherstellern gesammelt (BÜRGERINITIATIVE LÜCHOW-DANNENBERG 2001a).

⁹³ EJZ, 26.03.2001.

⁹⁴ KRITZOKAT, 15.06.2001.

⁹⁵ Landrat ZÜHLKE, (18.06.2001), Grundschuldirektorin (11.06.2001).

⁹⁶ In Kleinanzeigen in der EJZ wurde im Vorfeld dazu aufgerufen, auswärtige Atomkraftgegner zu beherbergen. Bereitwillige konnten sich unter einer zentralen Telefonnummer melden.

hatten, riefen irgendwann bei mir an und sagten: „Wo bleiben denn die Gäste? Ich habe extra die Betten frisch bezogen.“⁹⁷

Viele Auswärtige fanden auch ohne Vermittlung Privatunterkunft, so beispielsweise durch neue Bekanntschaften mit Einheimischen in Demonstrationen oder Kundgebungen,⁹⁸ Bauern entlang der Schienen- und Straßenstrecke öffneten ihre Scheunen. Eltern versorgten die Demonstranten in den von ihren Kindern besetzten Schulen und Turnhallen,⁹⁹ Mitglieder von Kirchengemeinden diejenigen, die in Kirchen unterkamen. Zahlreiche Einheimische nahmen zum ersten Mal an Protest- oder Blockadeaktionen teil oder unterstützten diese. Auch ältere Menschen waren unterwegs, um die von Kälte, Nässe und Übernachtung geschwächten Demonstranten entlang der Strecke mit heißen Getränken oder Lebensmitteln zu versorgen.¹⁰⁰ Diese massive Unterstützung fördert die dezentralen Blockadeaktionen, die die Polizei in große Schwierigkeit bei der Durchsetzung des Transports bringt, in hohem Maße. Die durch die Campverbote stark beeinträchtigte Infrastruktur der Atomkraftgegner konnte aufgefangen werden.

Zusammenfassung

Im vorliegenden Kapitel wurde die Entwicklung des Protests gegen die Nutzung der Kernenergie in Deutschland nachgezeichnet. Es wurden die Motive der Atomkraftgegner und die Entwicklung der Bewegung von den Anfängen im badischen Whyll bis zum Beginn der Auseinandersetzungen in Gorleben dargestellt. Die Benennung Gorlebens als Standort des Nuklearen Entsorgungszentrums 1977 löste den unmittelbaren Protest der Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg aus. Es wurde vermutet, dass nicht die Eignung des Gorlebener Salzstocks, sondern die Besonderheiten des Landkreises für die Benennung des Standortes ausschlaggebend waren. Die Ankündigung eines Castortransports löste 1994 den Protest weiter Bevölkerungskreise aus. Zahlreiche Bürger nahmen an einer öffentlichen illegalen Schienendemontage teil. Bei den Transporten von 1995, 1996 und 1997 kam es zu Protesten. Hierbei wurde die Vorgehensweise der Polizei kritisiert. Trotz einer Transportpause von vier Jahren und dem Atomkonsens von rot-grüner Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen wurde der Protest aufrechtgehalten: Beim Transport im

⁹⁷ Informelles Gespräch mit dem BI-Mitglied (10.06.2001).

⁹⁸ Eigene Beobachtung.

⁹⁹ Grundschuldirektorin (11.06.2001), Hausfrau (19.06.2001).

¹⁰⁰ Landrat ZÜHLKE (18.06.2001), Leitender Pastor des Kirchenkreises, Superintendent KRITZOKAT (15.06.2001).

März 2001 kam es zu zahlreichen Protest- und Blockadeaktionen, die von der einheimischen Bevölkerung getragen und/oder massiv unterstützt wurden. Zahlreiche Einheimische nahmen zum ersten Mal an den Protesten teil.

Wie das folgende Kapitel zeigt, wird eine derartige Aufrechterhaltung und Ausweitung des Protests durch die Theorien sozialer Bewegungen nur unzureichend erklärt. Kapitel 5 wird daher Aussagen über die Wirkungsweisen eines Managements von sozialem Protest machen und Thesen generieren, die die Theorien sozialer Bewegungen erweitern.

4. Theorien sozialer Bewegungen und ihre Übertragung auf das Wendland

Um der Argumentation der Arbeit folgen zu können, soll der Aufbau des folgenden Kapitels kurz erläutert werden. Kapitel 4.1. bietet einen Überblick über die Kernfragen der Theorien sozialer Bewegungen und zeigt, dass sich diese weniger mit der Aufrechterhaltung von sozialen Bewegungen und sozialem Protest als vielmehr mit deren Entstehung beschäftigen. In Kapitel 4.2. wird die Fragestellung der Arbeit noch einmal aufgeworfen und gezeigt, welchen Beitrag Theorien sozialer Bewegungen für ihre Beantwortung leisten können. Es wird begründet, warum manche Theorien fallengelassen, andere hingegen weiterverfolgt wurden. Kapitel 4.3. führt in die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie ein, überträgt diese auf die Ereignisse und Entwicklungen im Wendland und leuchtet den Raum für ihre Weiterentwicklung aus. In Kapitel 4.4. geschieht dies analog für die Framing-Ansätze.

Im Verlauf der Datenerhebung kam der Verdacht auf, dass die Alltagsintegration von Protest ein wichtiger Mechanismus eines Managements von sozialem Protest und für dessen Aufrechterhaltung von Bedeutung sein könnte. Zudem entstand die Vermutung, dass der Eingriff von staatlichen Maßnahmen in den Alltag Unbeteiligter zu einer Ausweitung des Protests führen könnte. Um zu überprüfen, ob diese Aspekte bereits erschöpfend behandelt wurden, wurde im Rahmen des explorativen Forschungsprozesses erneut ein Blick auf die Bewegungsliteratur geworfen (Rückkopplungspfeil I., Grafik 1, S.4). In den Kapiteln 4.5. und 4.6. wird überprüft, ob bisher eine erschöpfende Behandlung der beiden Aspekte stattgefunden hat. Die identifizierten Forschungslücken öffnen den Raum für die Thesengenerierung in Kapitel 5.

4.1. Die Aufrechterhaltung sozialen Protests in der Theorie

Theorien sozialer Bewegungen versuchen Antworten auf folgende Fragen zu geben:

- Unter welchen Bedingungen kommt es zur Entstehung sozialer Bewegungen/sozialen Protests?
- Was motiviert Individuen zu einer Teilnahme an sozialen Bewegungen/ an sozialem Protest?
- Welche Mechanismen fördern, welche behindern einen solchen Prozess?
- Welche Strategien sollten Personen verfolgen, die die Entstehung von sozialen Bewegungen und sozialem Protest fördern und ihnen zum Erfolg verhelfen wollen?

MCADAM et al. (1988) stellten fest, dass sich die Theorien sozialer Bewegungen weit mehr mit ihrer Entstehung als mit ihrer Aufrechterhaltung beschäftigen. Ein Defizit der Literatur sehen die Autoren in einem unterentwickelten Wissensstand über die Dynamik von sozialen Bewegungen nach deren Entstehungsphase:

„We simply have theorized more and amassed more empirical evidence concerning the early stage of a social movement. By comparison, we know comparatively little about the dynamics of collective action *over time*.“¹⁰¹

Wie gezeigt werden wird, liefern die Theorien sozialer Bewegungen dennoch Argumente und Hinweise, die auch für die Erklärung ihrer Aufrechterhaltung genutzt werden können. Aus diesen Argumenten und Hinweisen soll im weiteren Verlauf dieses Kapitels ein theoretisches Buffet angerichtet werden, an dem sich das anschließende thesengenerierende Kapitel 5 bedienen wird.

4.2. Auswahl relevanter Theorien und Ansätze¹⁰²

Die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung und Unterstützung des Widerstandes gegen den Castortransport im März 2001 durch breite Kreise der Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenberg schienen eher ungünstig: Insbesondere die Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/ Die Grünen und die geordnete Beendigung der Stromerzeugung aus Kernenergie durch den Atomkonsens hätte ein Abflauen der Beteiligung und der Unterstützung von Protesten gegen den Transport erwarten lassen. Die vorliegende Arbeit sucht nach bislang unberücksichtigten Erklärungen, warum dies dennoch nicht geschah. Auf Grundlage dieser Erklärungen sollen Thesen generiert und die Theorien sozialer Bewegungen erweitert werden.

Der explorativen Forschung entsprechend wurde zunächst die Literatur zu Theorien sozialer Bewegungen gesichtet und auf dieser Basis ein Gesprächsleitfaden erstellt. Es zeigte sich, dass manche der Theorien, die in den Leitfaden einfließen, zwar Erklärungsansätze für die Aufrechterhaltung der Proteste in Gorleben boten, während der Datenerhebung jedoch keine Indizien erkannt wurden, die zu ihrer Weiterentwicklung und einer Generierung neuer Thesen

¹⁰¹ MCADAM et al. (1988: 728-9, Hervorhebung HK).

¹⁰² Die Bezeichnungen „Theorie“ und „Ansätze“ werden in der Literatur uneinheitlich verwendet. Ich folge daher dem vorherrschenden Sprachgebrauch von Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie und Framing-Ansätzen.

hätten führen können. So beispielsweise die Theorie relativer Deprivation: Sie postuliert, dass das Gefühl einer relativen Benachteiligung gegenüber einer Vergleichsgruppe zur Entstehung von sozialem Protest führt. Es stellte sich heraus, dass alle Befragten trotz Atomkonsens eine Endlagerung des gesamten deutschen Atommülls in Gorleben befürchten und u.a. deshalb an den Protesten teilnahmen.¹⁰³ Somit fühlen sich die Bewohner des Wendlandes gegenüber der Bevölkerung anderer Regionen benachteiligt. Zwar zeigte sich, dass die Theorie relativer Deprivation auch für die Aufrechterhaltung sozialen Protests eine gewisse Erklärungskraft hat, allerdings bot sie keinen Raum für eine gewinnbringende Erweiterung. Gleiches galt für Interaktionstheorien. Diese thematisieren die Interaktionen zwischen Bewegungen und dem Staat sowie zwischen Bewegungen und der Öffentlichkeit. RUCHT (1994: 348) stellte fest, dass spektakuläre Regelverletzungen zwar eine starke öffentliche Beachtung sichern, jedoch mit dem Risiko einhergehen, dass nicht die Motive des Protests, sondern die Verwerflichkeit der Protestformen Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit werden. Im Verlauf der Datenerhebung zeigte sich, dass allen Befragten dieses Spannungsverhältnis bewusst ist. Auch die Interaktionstheorien boten keine Anknüpfungspunkte für eine Erweiterung und die Generierung neuer Thesen.¹⁰⁴

Deshalb wurden die genannten Theorien im weiteren Verlauf der explorativen Forschung fallengelassen. Auf ihre detaillierte Darstellung soll daher im folgenden verzichtet werden. Es entstand jedoch der Verdacht, dass die Ressourcen-Mobilisierung-Theorie und die Framing-Ansätze Impulse für eine Erklärung der Aufrechterhaltung der Proteste geben und sich in gewinnbringender Weise erweitern lassen könnten.

¹⁰³ So heißt es auch in zahlreichen Flugblättern oder Kleinanzeigen sinngemäß: „Wir wollen nicht zum ‚Atomklo der Nation‘ werden“ (eigene Beobachtung).

¹⁰⁴ KOLB (1997) zieht die gesamte Bandbreite von Theorien heran, um das „Comeback“ der Anti-Atom-Bewegung nach ihrer Ruhephase zu Beginn der 80er Jahre mit dem Beginn der Castortransporte im Jahr 1994 zu erklären. Darunter auch die Theorie relativer Deprivation und Interaktionstheorien.

4.3. Die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie

Inspiziert vom Aufkommen sozialer Bewegungen in den USA der 60er Jahre (insbesondere der Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen) wurde ab Anfang der 70er Jahre Kritik an früheren Erklärungen der Entstehung von sozialen Bewegungen geübt.¹⁰⁵ Die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie machte nicht mehr sozialpsychologische Phänomene für die Entstehung von sozialen Bewegungen verantwortlich, sondern betonte ihre organisierten, rationalen und strategischen Momente: „The new approach depends more upon political sociological and economic theories than upon the social psychology of collective behavior“ (MCCARTHY/ZALD 1977: 1213, vgl. auch FREEMAN 1979). Die Entstehung von sozialen Bewegungen wurde nunmehr von den verfügbaren Ressourcen und ihrer effizienten Mobilisierung abhängig gemacht. FREEMAN (1979: 172ff) unterscheidet zwischen „tangiblen“ Ressourcen (insbesondere Geld, aber auch Fahrzeuge, Räume, Kommunikationsmittel etc.) und „intangiblen“ Ressourcen (insbesondere Menschen, die der Bewegung ihre Zeit und Arbeitskraft zur Verfügung stellen, aber auch Qualifikationen oder die Zustimmung zu Zielen und Aktionsformen der Bewegung).

Bei der Frage nach den Mechanismen, die einer Ressourcenmobilisierung zugrunde liegen, können innerhalb der Theorie zwei Diskussionsstränge unterschieden werden: In 4.3.1. wird die ‚Ressourcenmobilisierung und Organisationsstruktur‘ beleuchtet und in 4.3.2. auf die Ereignisse im Wendland übertragen. In Kapitel 4.3.3. hingegen wird die ‚Ressourcenmobilisierung trotz Trittbrettfahrerproblem‘ dargestellt und in 4.3.4. ebenfalls auf die Ereignisse übertragen.

4.3.1. Ressourcenmobilisierung und Organisationsstruktur

Ressourcen-Mobilisierungs-Theoretiker sehen im Vorhandensein von Organisationsstrukturen eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung von sozialen Bewegungen. Nur mit Hilfe von Organisationen, so das Argument, könnten die notwendigen Ressourcen mobilisiert werden. So habe beispielsweise die Urbanisierung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

¹⁰⁵ Kritisiert wurde u.a. die „Theorie relativer Deprivation“ (DAVIES 1963, 1969, RUNCIMAN 1966, GURR 1970) und der „Collective-Behavior-Ansatz“ (WILKINSON 1971, TURNER/KILLIAN 1972, SMELSER 1962). Erstere führt sozialen Protest von Individuen auf ihre als ungerecht empfundene relative Schlechterstellung gegenüber einer Gruppe von Vergleichspersonen zurück. Letzterer sah sozialen Protest als ein unstrukturiertes und irrationales Phänomen. Formen der Organisation wurden als Nebenprodukt gesehen, das höchstens in späteren Phasen einer Bewegung aufträte.

dazu geführt, dass sich Schwarze mit Hilfe von Organisationen besser koordinieren konnten als zuvor (MCADAM 1982, MORRIS 1984, TILLY 1978). Für eine optimale Mobilisierung von Ressourcen forderten MCCARTHY/ZALD (1973, 1977) „Social-Movement-Organisations“ (SMOs). Diese müssten in der Lage sein, trotz Konkurrenz um gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Unterstützung Ressourcen für ihre Ziele zu mobilisieren. Die Frage nach der optimalen Organisationsform der SMOs löste eine lebhafte Debatte aus: MCCARTHY/ZALD (1973, 1977, vgl. auch BERRY 1977) sprachen sich für formal organisierte, bürokratische und effizient arbeitende SMOs aus. GAMSON (1975) forderte für die SMOs eine zentrale Leitungsstruktur und klare Arbeitsteilung.¹⁰⁶

Allerdings scheinen die Befürworter dezentraler Organisationsstrukturen in der Mehrzahl zu sein: GERLACH/HINE (1970: 34ff) forderten ein Minimum an Arbeitsteilung und informelle Netzwerke, die durch eine gemeinsame, darüber liegende Ideologie zusammengehalten werden könnten (vgl. auch FREEMAN 1979). JENKINS (1983) sprach sich ebenfalls für dezentrale SMOs und informelle Strukturen aus. So habe in der Studentenbewegung der USA eine führerlose Struktur und die Möglichkeit einer direkten Einflussnahme auf die Bewegung zur Motivation der Studenten beigetragen und damit zu einer erfolgreichen Ressourcenmobilisierung geführt:

„The student movement (...) adopted a decentralized „leaderless“ model of democratic structure in order to maximize the values of direct participation and communal involvement and to avoid the dangers of oligarchy and cooptation” (JENKINS 1983: 541).

Dezentralen Gruppen mit starker Gruppenidentität wurden auch aus anderem Grund Vorteile attestiert: So könnten diese schneller mobilisiert werden als Gruppen mit weniger ausgeprägter Identität (TILLY 1978: 62). OBERSCHALL (1973: 125) spricht sogar von „bloc recruitment“ ganzer Gruppen.

Dezentrale Gruppen könnten nach MCADAM et al. (1988: 716) zwar die Entstehung von sozialen Bewegungen und sozialem Protest fördern, nicht jedoch zu ihrer Aufrechterhaltung beitragen: „Such groups may function as the organizational locus of early mobilization efforts, but rarely as permanent movement organizations.“ Die Gründung institutionalisierter SMOs, die sich permanent um die Mobilisierung von Ressourcen kümmern, sei daher eine Forderung für die Aufrechterhaltung einer Bewegung. Schließlich könne nicht davon

¹⁰⁶ Der Autor untersuchte 53 Bewegungsorganisationen in den USA zwischen 1800 und 1945. Demnach waren erfolgreiche Organisationen bürokratisch organisiert, verfolgten genaue Ziele und setzten selektive Anreize und außergewöhnliche Protestformen (inklusive Gewalt) ein.

ausgegangen werden, dass sich eine in der Entstehungsphase einer Bewegung gebildete „revolutionary consciousness“ automatisch langfristig hält (MCADAM et al. 1988: 722).

Unter Rückgriff auf ZALD/ASH (1966) plädierte JENKINS (1983: 542) für eine Mischung aus zentraler und dezentraler Organisationsstruktur. Er verwies auf die Vor- und Nachteile beider Modelle:

„Bureaucratic structures provide technical expertise and coordination essential in institutional change efforts but are less effective at mobilizing „grass roots“ participation. Decentralized structures maximize personal transformation, thereby mobilizing „grass roots“ participation and insuring group maintenance, but often at the cost of strategic effectiveness.“

Neben der Diskussion um die Organisationsstruktur einer Bewegung wurden weitere Faktoren für eine erfolgreiche Ressourcenmobilisierung verantwortlich gemacht. So wurde beispielsweise auf gute Kommunikationsmöglichkeiten aufgrund der räumlichen Konzentration von Menschen in Fabriken (Arbeiterbewegung) oder Städten und Universitäten (Studentenbewegung) hingewiesen (LODHI/TILLY 1973, LINCOLN 1978, RAGIN 1979). Analog wurde vor dem Hintergrund der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung mit der Bedeutung von Kirchen als Mittelpunkt des sozialen Lebens von Schwarzen argumentiert (MORRIS 1980, MCADAM 1982). WALSH/WARLAND (1983) merkten an, dass die Verbreitung von Informationen über Proteste eine wichtige Rolle spielen.¹⁰⁷

4.3.2. Ressourcenmobilisierung und Organisationsstruktur im Wendland

Die Diskussion, die von Autoren der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie geführt wurde, soll im folgenden Kapitel auf die Organisationsstruktur des Widerstands im Wendland übertragen werden.

Die dortige Organisationsstruktur entspricht der Forderung von ZALD/ASH (1966) nach einer Kombination aus zentralen/formalen und dezentralen/informellen Organisationen. Es zeigte sich, dass die Befragten die BI mit ihrem Lüchower Büro und der Koordination von Protestaktivitäten für den zentralen Akteur des Widerstandes halten. Von vielen wird das Konto der BI als „zentrale Widerstandskasse“ gesehen. Sie ist als eingetragener Verein die

¹⁰⁷ Sie stellten fest, dass von den Anrainern des havarierten Kernreaktors in Harrisburg, die gegen eine Wiederaufnahme der Arbeit des Reaktors waren, lediglich 13% dieser Meinung in Form von Protesten Ausdruck verliehen. 48% nahmen deshalb nicht an den Protesten teil, weil sie nicht über sie informiert waren.

einzig wendländische Widerstandsorganisation mit formaler Struktur. Diese entspricht den Anforderungen des Vereinsrechts. So verfügt die BI über einen siebenköpfigen Vorstand, dessen Ämter aufgrund der hohen Arbeitsbelastung doppelt besetzt wurden.¹⁰⁸ Dieser Vorstand koordiniert und trägt maßgeblich die Aktivitäten der BI. Aufgrund der Kontinuität ihrer Arbeit verfügt sie über eine hohe fachliche Kompetenz, aktuelle Informationen und Kontakte zu überregionalen Medien und anderen Organisationen.¹⁰⁹ Die BI betreibt daher nicht nur Öffentlichkeitsarbeit innerhalb des Wendlandes, sondern dient auch als zentrales Sprachrohr des Castor-Widerstandes für auswärtige Interessenten sowie nationale und internationale Medien. Weitere Funktion der BI ist die Koordination zahlreicher unabhängiger Gruppen aus dem Landkreis. So findet unter ihrer Regie im 14-tägigen Rhythmus das „Köpfe-Treffen“ statt, in dem sich einzelne Gruppen über ihre Aktivitäten informieren oder gemeinsame Aktionen planen. In der „Montagsleiste“ der BI, einer wöchentlich in der EJZ erscheinenden Anzeige, wird zudem auf Veranstaltungen und Termine der einzelnen Gruppen hingewiesen.

Unter den dezentralen Gruppen findet sich beispielsweise die „bäuerliche Notgemeinschaft“, die Motorradfahrergruppe „Idas“¹¹⁰ oder die „Initiative 60“ in der sich ältere Atomkraftgegner zusammenfinden. Daneben gibt es etliche lokale Castorgruppen auf Dorf- oder Gemeindeebene. Die dezentralen Gruppen verfügen weder über formale Strukturen noch über formale Mitgliedschaften. Zwar gibt es i.d.R. wortführende Vertreter der einzelnen Gruppen, feste Führungsgremien gibt es jedoch nicht. Auch an den „Köpfe-Treffen“ nehmen daher lediglich Mitglieder der einzelnen Gruppen teil, um Informationen in die Gruppe zu tragen. Eine Vertretungsmacht besteht nicht. Auch zwischen den Gruppen gibt es zahlreiche informelle Kontakte, die Teilnahme an Veranstaltungen anderer Gruppen ist üblich.¹¹¹

Diese Organisationsform entspricht der Forderung von GERLACH/HINE (1970) nach informellen Netzwerken, die durch eine gemeinsame Ideologie – in diesem Fall die Atomkraftgegnerschaft – zusammengehalten werden. Im Verlauf der Widerstandsgeschichte entstand im Wendland ein engmaschiges Netz an informellen Verbindungen und persönlichen

¹⁰⁸ Gespräch mit der BI-Vorsitzenden Rosi Schoppe (11.06.2001).

¹⁰⁹ So beispielsweise zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (www.bbu-online.de), dem BUND (www.bund.net) oder internationalen Organisationen wie Greenpeace (www.greenpeace.org), Robin Wood (robinwood.de) oder dem französischen Netzwerk von Atomkraftgegnern „réseau sortir du nucléaire“ (www.sortirdunucleaire.de).

¹¹⁰ Ihr Name geht auf den aus der griechischen Mythologie bekannten „Idas“ zurück, der im Kampf „Castor“ erschlug (GRANT/HAZEL 1973).

¹¹¹ So will beispielsweise der stellvertretende Dannenberger Gemeindedirektor Martin Schulz (11.06.2001) bei kommenden Transporten mit einem Trecker bei der bäuerlichen „Stunkparade“ mitfahren.

Kontakten, das sich für die Mobilisierung von Ressourcen offenbar eignet, wobei die Mechanismen der Mobilisierung den Beteiligten oft selbst nicht bewusst sind. So sagte beispielsweise ein befragter wendländischer Arzt (7.08.2001):

„Das ist das tolle hier: Keiner organisiert was, aber trotzdem läuft alles. Man kennt sich halt über viele Jahre hinweg, hat schon viel zusammen gemacht. (...) Wenn einer eine Idee hat und zehn Leute für irgendeine Aktion braucht, kriegt man die sofort zusammen. (...) Das spricht sich irgendwie rum. Und auch 500 Leute können so in kürzester Zeit erreicht werden.“

Trotz ihrer zentralen Funktion hat selbst die BI keinen vollständigen Überblick über die Aktivitäten. In seiner Unberechenbarkeit wird auch eine Stärke des Widerstandes während der Castortransporte gesehen: „Dass die Zuständigkeit nicht klar ist, das ist praktisch das Konzept. Das war schon immer so.“¹¹² Gerade diese Unberechenbarkeit unterstützte letztlich auch die Überforderung der Einsatzkräfte beim Transport vom März 2001 (vgl. Kapitel 3).

Der bewusste Einsatz von illegalen Praktiken wird als weiteres Argument für eine informelle Organisationsstruktur gesehen. Aktionen einzelner könnten – obwohl ihre Billigung durch die Gruppe vorausgesetzt wird - nicht zu einem Verbot der gesamten Organisation oder ihrer Überwachung durch den Verfassungsschutz führen. So sagte ein wortführender Vertreter der bäuerlichen Notgemeinschaft (19.06.2001):

„Die bäuerliche Notgemeinschaft ist kein Verein, aber trotzdem immer ein Begriff. (...) Das ist unser Vorteil gegenüber der BI: Uns kann man nicht greifen, man kann in der Notgemeinschaft keinen verantwortlich machen.“

Auch die Mobilisierung von inaktiven Atomkraftgegnern wird durch die dezentrale Organisationsform gefördert. Informationen werden in das Umfeld (Freunde, Kollegen, Nachbarn etc.) der Mitglieder dezentraler Gruppen hineingetragen.¹¹³ Hierdurch wird das von WALSH/WARLAND (1983) identifizierte Problem der Informationsverbreitung verringert.

Auch das von TILLY (1978) vorgebrachte Argument, dezentrale Gruppen mit ausgeprägten Identitäten könnten schneller mobilisiert werden, bestätigt sich im Wendland. So kündigen

¹¹² BI-Sprecher Mathias Edler im Interview mit dem online-Magazin „Wendland-net.de“ am 17.03.2001, eingesehen am 5.05.2001.

¹¹³ So gaben zahlreiche Befragte an, sich über persönliche Kontakte mit Mitgliedern einzelner Gruppen über Fragen zur Atomkraft sowie über Veranstaltungen und Termine zu informieren.

immer wieder ganze Castorgruppen oder Dorfgemeinschaften ihre Beteiligung an den Protesten per Kleinanzeige an (vgl. „bloc recruitment“, OBERSCHALL 1973).¹¹⁴

Die Forderung von MCADAM et al. (1988) nach einer institutionalisierten SMO, die sich kontinuierlich um die Mobilisierung von Ressourcen kümmert und somit die Aufrechterhaltung einer Bewegung gewährleistet, wird durch die BI erfüllt.¹¹⁵

Von verschiedenen Autoren wurde die Konzentration von Menschen auf engen Räumen (Fabriken, Universitäten etc.) als Argument für eine erfolgreiche Ressourcenmobilisierung vorgebracht. Da eine derartige Konzentration gerade im ländlichen Raum kaum gegeben ist, bietet sich die dezentrale Organisation von Atomkraftgegnern in lokalen Castorgruppen an. In ihnen finden sich Menschen aller sozialer Schichten oder Alters- und Berufsgruppen. Ausschlaggebend für die Mitgliedschaft ist der Wohnort. Auf diese Weise gelingt es, trotz der dünnen Besiedlung eine größtmögliche örtliche Konzentration von Atomkraftgegnern und damit eine intensive Kommunikation zu gewährleisten.

Zwischenfazit

Der erste Diskussionsstrang der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie setzte die Fähigkeit, Ressourcen zu mobilisieren in Zusammenhang mit der Organisationsstruktur von Protestorganisationen. Es zeigte sich, dass sich die Mischung aus der zentralen, formalen Organisationsform der BI und der Dezentralität zahlreicher informeller Gruppen für die Mobilisierung von Ressourcen bewährt hat. Im folgenden soll der zweite Diskussionsstrang beleuchtet werden.

4.3.3. Ressourcenmobilisierung trotz Trittbrettfahrerproblem

Einigkeit herrschte bei Vertretern der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie darüber, dass Menschen und ihr Einsatz für die Ziele der Bewegung die wichtigste intangible Ressource sind. Bei der Beantwortung der Frage, warum Menschen an Bewegungen und Protesten teilnehmen, setzten sie weniger auf psychologische Gründe. Protestteilnehmer wurden

¹¹⁴ Vgl. die Auswahl an Kleinanzeigen aus der EJZ in Anhang 4.

¹¹⁵ So sagte beispielsweise Wolfgang Ehmke, neben Mathias Edler zweiter Sprecher der BI (10.09.2001): „Wir sind so die Garanten dafür, dass es weitergeht mit dem Widerstand.“

vielmehr als rationale Akteure gesehen, die ihre Teilnahme von einem individuellen Kosten/Nutzen-Kalkül abhängig machen (TILLY 1978).

Die Ziele sozialer Bewegungen stellen für ihre Nutznießer i.d.R. kollektive Güter dar.¹¹⁶ Da keiner vom Genuss dieses Gutes ausgeschlossen werden kann, drängt sich die Problematik der von MANCUR OLSON (1965) entwickelten Theorie des kollektiven Handelns auf. Ihr zufolge tragen Individuen nicht zur Herstellung eines kollektiven Gutes bei, wenn sie aufgrund der Nicht-Ausschließbarkeit auch ohne eigenen Beitrag zu seiner Herstellung von ihm profitieren können („Trittbrettfahrerproblem“ bzw. „Olson-Dilemma“). Ein Beitrag zur Herstellung des Gutes erfolgt nach OLSON nur dann, wenn selektive Anreize geboten werden oder wenn die Gruppe hinreichend klein ist, so dass der individuelle Nutzen größer ist als die individuellen Kosten einer Teilnahme.

Die Theorie hat unter Autoren der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie eine lebhafte Debatte ausgelöst. Um eine Teilnahme an Bewegungen und Protesten trotz des Trittbrettfahrerproblems zu erklären, argumentieren manche mit Karrieremöglichkeiten innerhalb einer Gruppe (FROHLICH et al., 1971, OBERSCHALL 1973) sowie mit moralischen Anreizen (TILLOCK/MORRISON 1979), die zur individuellen Teilnahme führen. HIRSCH (1990) kritisiert, dass Olsons Theorie Gruppenprozesse vernachlässige und zu unrecht unterstelle, Entscheidungen über eine Teilnahme gingen lediglich auf individuelle Kosten-Nutzen-Rechnungen zurück. Verschiedene Autoren führen zudem „Gruppensolidarität“ und „moralische Verpflichtungen“ als Möglichkeit einer Überwindung des Olson-Dilemmas an (WILSON 1973, GAMSON/FIREMAN 1979, MOE 1980). JENKINS (1983: 538) sieht daher in der Solidarität in weiten Kreisen potenzieller Bewegungsteilnehmer eine bedeutende Aufgabe an das Management als Eigenschaft des Systems. Um das Olson-Dilemma zu lösen, sei es demnach wichtig, „to generate solidarity and moral commitments to the broad collectivities in whose name movements act.“ Auch OPP (1988) weist auf den Zusammenhang der Integration von Personen in ihr persönliches Umfeld („community integration“) und ihr Protestverhalten hin. Er betonte die Wichtigkeit von Zuspruch und Ermutigung oder dem Gefühl des Rückhalts durch die Integration in ein Umfeld, das Protesten aufgeschlossen gegenübersteht. HOMANS (1974: 150) argumentiert, durch die Integration in ein protestfreundliches Umfeld könnten die Kosten für eine Nicht-Beteiligung stark erhöht werden. So übten beispielsweise Freundeskreise eine hohe Kontrolle über ihre Mitglieder aus, denn „(a friendship group) can deprive them of much, if they do not conform.“

¹¹⁶ So profitierten beispielsweise alle Schwarzen, Studenten, Arbeiter und Frauen von der Bürgerrechts-, der Studenten-, der Arbeiter bzw. der Frauenbewegung.

KLANDERMANS (1984) versucht in diesem Zusammenhang, die Ressourcen-Mobilisierungstheorie zu erweitern, indem er eine sozialpsychologische Komponente zur Lösung des Trittbrettfahrerproblems vorschlägt. Seinem Argument zufolge vernachlässige die Theorie die Relevanz von Emotionen. Auch diese hätten einen wesentlichen Einfluss auf die individuelle Entscheidung über eine Protestbeteiligung. Bezüglich des individuellen Kosten/Nutzen-Kalküls weist er zudem auf folgende Faktoren hin: a.) Die individuellen Erwartungen über die Zahl anderer Teilnehmer, b.) den vermuteten Beitrag der eigenen Teilnahme an einer Erhöhung der Erfolgswahrscheinlichkeit sowie c.) die Erwartungen über die Wahrscheinlichkeit eines Erfolges bei einer großen Zahl von Teilnehmern.¹¹⁷

4.3.4. Ressourcenmobilisierung trotz Trittbrettfahrerproblem im Wendland

Im folgenden werden die Argumente der Diskussion der Ressourcen-Mobilisierungstheoretiker auf Ereignisse und Entwicklungen im Wendland übertragen.

Es zeigte sich während der Datenerhebung im Wendland sowie durch informelle Gespräche und die Analyse von Dokumenten, dass bei Geschäftsleuten unter anderem ein rationales Kosten/Nutzen-Kalkül über ihre Beteiligung an Protesten mitentscheidet. So vermuten manche offensichtlich, dass ein bedeutender Teil ihrer Kundschaft den Protesten positiv gegenübersteht. So ist zu erklären, warum sie demonstrativ mit ihrer Protestteilnahme werben.¹¹⁸ Es kann unterstellt werden, dass hiermit ein Werbeeffect angestrebt wird.

Ein weiteres Indiz für die Relevanz individueller Kosten/Nutzen-Kalküle stellt auch die Einrichtung des „Ermittlungsausschusses Gorleben“ (EA) dar. Bei Sitzblockaden gegen Castortransporte kommt es häufig zu Ingewahrsam- und Festnahmen der beteiligten Personen.¹¹⁹ Die drohenden Konsequenzen einer solchen Ingewahrsam- oder Festnahme dürften die Kosten-Seite eines individuellen Kalküls stark erhöhen. Durch die Betreuung der

¹¹⁷ Diese Argumentation stellt eine „selbsterfüllende Prophezeiung“ dar: Besteht die Erwartung, dass viele Personen an Protesten teilnehmen, so nehmen viele an den Protesten teil. Gleiches gilt für den umgekehrten Fall.

¹¹⁸ So kündigte beispielsweise eine Baustoffhandlung in der EJZ per Kleinanzeige an: „Am Tag X bleibt unser Geschäft (...) geschlossen. Für etwaige Beratungen finden Sie uns an der Transportstrecke“ (siehe Anzeige in der Anlage 4).

¹¹⁹ Beim Transport im März 2001 kam es zu 693 Ingewahrsamnahmen und 116 Festnahmen (HOLECEK 2001).

Betroffenen durch den EA wird versucht, die individuellen Kosten einer Gewahrsamnahme zu senken.¹²⁰ So sagte eine Vertreterin des EA (7.08.2001):

„Wenn Leute in Gewahrsam genommen werden, (sollen sie) das Gefühl haben, „wenn ich einfahre, gehe ich nicht verloren“. Das ist ja eine Form von Repression und damit soll keiner alleine dastehen.“

Dennoch muss angenommen werden, dass die Entscheidung über eine Beteiligung an den Protesten auch auf andere Gründe als auf individuelle Kosten/Nutzen-Kalküle zurückgeht. Es soll daher gezeigt werden, welche Erklärungsfaktoren aus der Ressourcen-Mobilisierungstheorie für eine Überwindung des Trittbrettfahrerproblems im Wendland herangezogen werden können.

Durch die (wenn auch informelle) Mitgliedschaft in Gruppierungen, die sich dem gemeinsamen Ziel der Proteste gegen Castor-Transporte verschrieben haben (TILLOCK/MORRISON 1979), können moralische Anreize innerhalb der Gruppe oder in einem atomkritischen Umfeld (Freunde, Kollegen, Nachbarn etc.) zu einer Entschärfung des Problems beitragen. Ebenso können moralische Kosten für eine Nicht-Beteiligung durch ein solches Umfeld entstehen (HOMANS 1974). Diese Anreize und Sanktionen können aus einer Gruppensolidarität und dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung (WILSON 1973, GAMSON/FIREMAN 1979, MOE 1980) gegenüber anderen Gruppenmitgliedern oder dem Umfeld resultieren. Da es keine Hierarchien gibt, können Karrieremöglichkeiten innerhalb der Gruppe (FROHLICH et al. 1971, OBERSCHALL 1973) nur bedingt zu einer Erklärung beitragen. Dennoch kann unterstellt werden, dass ein starkes Engagement oder die Stellung als wortführender Vertreter oder Ansprechpartner für Gruppenexterne zu einem Prestigegewinn innerhalb der Gruppe oder des persönlichen Umfeldes führt.

KLANDERMANS (1984) wies zu recht auf die Bedeutung von Emotionen bei der individuellen Entscheidung über eine Protestteilnahme hin. Diese sozialpsychologische Komponente kann im Wendland an einem Beispiel nachgezeichnet werden. Wolfgang Peters, Leiter eines

¹²⁰ In Gewahrsam oder festgenommene Personen werden meist in eine ca. acht Kilometer von Dannenberg entfernte Polizeikaserne gebracht. Dort werden sie erkennungsdienstlich behandelt und i.d.R. nach mehreren Stunden freigelassen. Der EA bietet für Betroffene juristische Unterstützung an. Für Freigelassene betrieb er im März 2001 neben der Kaserne einen Raum, in dem diese sich erholen, aufwärmen und essen konnten. Ein Taxiunternehmen, das mit dem EA kooperierte sowie Privatpersonen brachten sie daraufhin kostenlos zu ihrer Unterkunft oder dem Protestgeschehen zurück (vgl. Darstellung der einzelnen Gruppen in Anhang 3).

Bildungszentrums (19.06.2001), erkennt in der wendländischen Bevölkerung, insbesondere bei den Bauern, ein erhebliches „konservatives Element“, das mit einer starken Identifikation mit der Region einhergeht. Die wahrgenommene Gefährdung der Region durch die Gorlebener Anlagen löst Emotionen aus, die sich ebenfalls positiv auf eine Protestbeteiligung auswirken dürften. Weitere Beispiele der Auslösung von Emotionen wäre die wachsende Verärgerung, sich von staatlichen Institutionen permanent übergangen zu fühlen¹²¹ oder das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe durch die gemeinsame Atomkraft-Gegnerschaft.¹²²

Wie gezeigt wurde, wies KLANDERMANS (1984) auf die Relevanz der Erwartungen potenzieller Protestteilnehmer hin. Seine Forderungen lassen sich wie folgt darstellen: Potenzielle Teilnehmer müssen glauben, dass a.) viele andere an den Protesten teilnehmen, b.) es auf ihre persönliche Beteiligung ankäme und c.) bei hoher Gesamtbeteiligung eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit bestehe. Diese Forderung wird in unzähligen Anzeigen der BI oder anderer Gruppen, aber auch auf Flugblättern und Plakaten erfüllt: a.) Die namentliche Nennung von Personen, die ihre Beteiligung an Protestaktivitäten ankündigen (beispielsweise bei der Aktion „Ausrangiert“) stärkt den Glauben, es beteiligten sich viele an der Aktion. b.) Der Aufruf „es kommt auf jede/n von uns an“¹²³ weist auf die Wichtigkeit jedes Einzelnen hin. c.) Der Hinweis „mit jeder erfolgreichen Mobilisierung haben wir auch überregional immer mehr Unterstützung bekommen“¹²⁴ stärkt die Erwartung, dass eine hohe Beteiligung die Erfolgswahrscheinlichkeit erhöht.

Zwischenfazit

Die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie weist auf wichtige Aspekte der Entstehung von sozialen Bewegungen hin (Organisationsstrukturen, Überwindung des Trittbrettfahrerproblems, Erwartungen potenzieller Teilnehmer). Dennoch kann folgende Kritik an ihr vorgebracht werden: So wird das Vorhandensein von dezentralen Organisationen

¹²¹ PETERS (19.06.2001) identifiziert dieses Gefühl von Beginn der Auseinandersetzungen an. Demnach hätte die Bevölkerung bereits damals eine „dumpfe Ahnung“ gehabt, „wir hier in Lüchow-Dannenberg werden sowieso verschaukelt, verkohlt und verkauft.“

¹²² So vermutet der stellvertretende Gemeindedirektor von Dannenberg, Martin Schulz (11.06.2001), das Gefühl einer Zugehörigkeit zum Kollegenkreis als wichtiges Motiv für Atomkraftgegnerschaft und Teilnahme an Protesten: „In der Verwaltung haben wir überwiegend Atomkraftgegner. Aber ich denke mal, dass 20-30 Prozent Atomkraftgegner sind, weil das alle sind. Ich glaube nicht, dass das alle so intellektuell reflektieren.“

¹²³ Beispielsweise in einem Protestaufruf der BI am 10.06.1994 in der EJZ.

¹²⁴ Protestaufruf der BI am 10.06.1994 in der EJZ.

und Netzwerken als gegeben angesehen. Aussagen darüber, auf welche Art diese über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden können, trifft sie jedoch nicht. Bezüglich des Trittbrettfahrerproblems weist sie zu Recht auf Gruppenprozesse, Solidarität, moralische Verpflichtungen, Emotionen und die Erwartungen potenzieller Teilnehmerzahlen hin. Damit benennt sie wichtige Voraussetzungen für die Entstehung von sozialem Protest. Aussagen darüber, wie diese Voraussetzungen auch über längere Zeit hinweg erfüllt werden können, finden sich jedoch ebensowenig. Diese Kritik ist die offene Flanke der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie, an denen die vorliegende Arbeit angreift: An dieser Stelle soll die Theorie ergänzt und weiterentwickelt werden. Wie in Kapitel 5 gezeigt wird, bietet die Integration von Protest in den *protestunabhängigen* Alltag Antworten auf die Frage nach einer langfristigen Erfüllung der genannten Voraussetzungen.

Die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie thematisierte die Organisationsstrukturen von sozialen Bewegungen. Um ein Netzwerk von vielen dezentralen Akteuren zusammenzuhalten, verwiesen GERLACH/HINE (1970) auf die Notwendigkeit einer gemeinsamen Ideologie. Aussagen darüber, wie diese entstehen kann, welcher Dynamik sie unterliegt und inwieweit sie gefördert werden kann, fehlen. Dieser Frage gehen die Autoren der Framing-Ansätze nach.

4. 4. Die Framing-Ansätze

Die Framing-Ansätze konzentrieren sich auf Wahrnehmungen, Werte und Bedeutungen, die Individuen und Gruppen mit sozialen Umständen in Verbindung bringen. Die Autoren gehen der Fragen nach, welche Faktoren bei der Entstehung einer Ideologie als Bindemittel von Individuen und Gruppen eine Rolle spielen. Framing-Ansätze lieferten wertvolle Impulse für eine Erklärung der Aufrechterhaltung des sozialen Protests im Wendland. Im Verlauf der Datenerhebung stellte sich zudem heraus, dass auch diese Ansätze Raum für eine Erweiterung durch die Generierung neuer Thesen lassen. Diese Erweiterung wird in Kapitel 5 vorgenommen. Im folgenden sollen zunächst die Argumente der Framing-Ansätze dargestellt (4.4.1.) und auf Ereignisse und Entwicklungen im Wendland übertragen werden (4.4.2.).

4.4.1. Framing-Ansätze in der Literatur

Unter Rückgriff auf den symbolischen Interaktionismus (BLUMER 1946, 1955) argumentierten TURNER/KILLIAN (1957), sozialer Protest könne erst dann entstehen, wenn sich allgemeine handlungsleitende Normen und Werte bei einer Gruppe von Menschen abgeschwächt haben und an ihre Stelle neue Normen und Werte getreten sind. Die Abschwächung alter und die Ausbildung neuer Normen und Werte führe dazu, dass sich die Mitglieder einer Gruppe für Außenstehende „unnormale“ verhalten. Die Frage, die aus dieser Feststellung resultiert, lautet daher: Welche Mechanismen liegen der Abschwächung alter bzw. der Ausbildung neuer Normen und Werte bei einer Gruppe zugrunde?

SNOW et al. (1986) griffen diese Fragestellung auf und übertrugen sie auf die Entstehung von sozialen Bewegungen und sozialem Protest. Sie gelangten zu der Erkenntnis, dass die Teilnahme von Personen an sozialen Bewegungen und sozialem Protest insbesondere davon abhängt, ob sich die Aktionen, die Ziele und die Ideologien, die von Social-Movement-Organisations (SMOs) durchgeführt, verfolgt und propagiert werden, mit ihren individuellen Interessen, Normen und Werten decken. Aufgabe von Bewegungsorganisationen sei es daher, die Normen und Werte von Adressaten dahingehend zu beeinflussen, dass sie mit denen der SMOs übereinstimmen. Bei der Bildung von Normen sehen die Autoren Interaktionen von Individuen und Gruppen als wichtigsten Faktor an. Um die Normen ihrer Adressaten in ihrem Sinne zu beeinflussen, müssten SMOs demnach in den Interaktionsprozess eingreifen und dafür sorgen, dass „subjektive Erfahrungen kollektiv „gerahmt“, „Wir-Gefühle“ gestützt sowie Ziele und Strategien programmiert werden“ (RUCHT 1994: 344).

Unter dem Einfluss von GOFFMAN (1977) wurden vor diesem Hintergrund in der Bewegungsforschung der 80er Jahre Framing-Ansätze populär.¹²⁵ Diese gehen davon aus, dass gewisse soziale *Umstände* nur dann zu Protesten oder einer Bewegung führen, wenn sie von einer breiten Masse als ungerechte *Misstände* wahrgenommen werden: „Before collective action is likely to occur, a critical mass of people must socially construct a sense of injustice“ (BENFORD 1997: 415). Die Bildung derartiger, von den Individuen einer Gruppe geteilten Deutungsmuster, mit denen spezifische soziale Umstände kollektiv „gerahmt“ und in wahrgenommene Misstände transformiert werden, wird als „Framing“ bezeichnet.

¹²⁵ Auch der Begriff „Frame“ geht auf GOFFMAN (1977: 21) zurück. Er bezeichnet damit Interpretationsschemata, die es Individuen ermöglichen, Erfahrungen zu „lokalisieren, wahrzunehmen, zu identifizieren und einzuordnen.“ Indem Ereignisse mit einer Bedeutung versehen werden, übernehmen „Frames“ die Funktion, Erfahrungen zu organisieren und individuelles oder gemeinschaftliches Handeln anzuleiten.

„We use the verb *framing* to conceptualize this signifying work precisely because that is one of the things social movements do. They frame, or assign meaning to and interpret, relevant events and conditions in ways that are intended to mobilize potential adherents and constituents, to garner bystander support, and to demobilize antagonists.” (SNOW/BENFORD 1988: 198).

In Anlehnung an WILSON (1973) und KLANDERMANS (1984) weisen SNOW/BENFORD (1988) allerdings darauf hin, dass die Tatsache, dass gewisse *Umstände* als *Misstände* wahrgenommen werden, zwar eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung für die Entstehung sozialer Bewegungen und sozialen Protests sei. So müssten Personen, die aufgrund ihrer Wahrnehmung eines Umstandes als ungerechten Misstand zu potenziellen Bewegungs- und Protestteilnehmern werden, erst motiviert werden, auch tatsächlich an Protesten teilzunehmen.¹²⁶ Um dieser Differenzierung gerecht zu werden, differenzieren sie zwischen drei verschiedenen Arten des „Framings“:

- *Diagnostic Framing*: Die Identifikation von Kausalitäten, die zu dem jeweiligen Misstand führen und die Zuweisung von Schuld („causality“ und „blame“),
- *Prognostic Framing*: Die Identifikation von Strategien, Taktiken und Zielen als Vorschläge der Problemlösung („strategies, tactics and targets“),
- *Motivational Framing*: Die Identifikation eines Grundes, weshalb neben der Diagnose und der Prognose Handeln erforderlich ist sowie ein Aufruf zum Handeln („call to arms“).

Desweiteren schlagen SNOW et al. (1986) das „Frame-Bridging“ als einen Mechanismus eines Managements von sozialem Protest vor, mit Hilfe dessen der Pool an Personen, die sich an den Protesten einer Gruppe potenziell beteiligen, erhöht werden könne: Über die Grenzen eines Frames hinaus könne demnach eine „Brücke“ zu anderen Frames geschlagen und somit andere Gruppen für eine Protestbeteiligung motiviert werden. Diesen Zielgruppen sollen jeweils Argumente an die Hand geliefert werden, die eine Protestbeteiligung aus ihrem gruppenspezifischen Frame heraus plausibel machen.¹²⁷

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch der Hinweis von SNOW/BENFORD (1988) auf die „Frame-Resonance“. Hierunter verstehen sie die Intensität der Resonanz, die ein Frame bei potenziellen Protestteilnehmern auslöst, inwieweit diese also bereit sind, sich für die

¹²⁶ GERHARDS/RUCHT (1992: 556) stellen den Mobilisierungsprozess wie folgt dar: Makrosoziale Bedingungen (soziale Umstände) ? Vermittlungsstrukturen und Frames ? Schaffung potenzieller Teilnehmer durch eine Veränderung deren Wahrnehmung von *Umständen* als *Misstände* ? Aufrufe zu Protesten ? Protest (vgl. auch KLANDERMANS 1988).

¹²⁷ Vgl. hierzu GERHARDS/RUCHT (1992).

Erreichung der Ziele eines Frames einzusetzen. Die „Frame-Resonance“ beeinflusse damit maßgeblich die Mobilisierungskraft eines Frames. Die Autoren identifizierten verschiedene „constraints“ (Zwänge, Einschränkungen), die eine „Frame-Resonance“ schwächen können. So sei eine geringere Resonanz auf ein Framing dann zu erwarten, wenn die Bedeutung der Werte, die es vertritt, eine geringe hierarchische Stellung innerhalb des Wertesystems der Adressaten einnimmt. Als weiteren „constraint“ identifizierten die Autoren die „empirische Glaubwürdigkeit“ („empirical credibility“) der Werte, die vermittelt werden sollen: So müsse sich ein Framing auf die Wahrnehmung von Ereignissen und Erfahrungen der Lebenswelt der Adressaten beziehen. Neue Ereignisse müssten in bestehende Frames integriert werden. Die Schwierigkeit liege hierbei auch darin, die Adressaten trotz der Framing-Aktivitäten von Bewegungsgegnern von der Richtigkeit der eigenen „diagnostic“- und der „prognostic“-Frames zu überzeugen.

GAMSON (1988: 220) weist darauf hin, dass kein Frame lediglich aus einer einzigen Idee besteht, sondern vielmehr aus einem Bündel von Ideen, einem „package of idea elements“. Die unübersichtliche Vielzahl von Ideen könne durch „condensing symbols“ auf ein überschaubares Maß reduziert und damit sichtbar gemacht werden: „Condensing symbols (...) are used to express or suggest the package in some form of shorthand“. Analog in ihrer Funktion sind auch die von GAMSON vorgeschlagenen „framing devices“ (Kunstgriffe, mit denen ein Frame sichtbar gemacht wird) zu sehen. Zu diesen gehören Metaphern, Beispiele aus der Geschichte, aus denen Schlussfolgerungen getroffen werden können, Slogans und bedeutungstragende Bilder („icons“).

MCADAM (1994) betont die Notwendigkeit, Aktionen medienwirksam zu inszenieren, um ein Frame einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Er sieht im Geschick Martin Luther Kings, Gewalt weißer Polizisten gegen gewaltfrei demonstrierende Schwarze zu provozieren (Frame hier: „Schwarzen wird in unserem Land Unrecht getan“), einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Bürgerrechtsbewegung.¹²⁸

¹²⁸ So wurde die Stadt Birmingham im US-Bundesstaat Alabama 1963 absichtlich als Demonstrationort gewählt, weil der dortige Polizeichef und notorische Rassist „Bull“ Connor für brutale Polizeieinsätze bekannt war. Tatsächlich kam es zu massiver polizeilicher Gewalt gegenüber den friedlichen Demonstranten. Insbesondere die Fernsehberichterstattung führte landesweit zu einer Solidarisierungswelle mit der Bürgerrechtsbewegung (MCADAM 1994: 403).

4.4.2. Framing-Ansätze im Wendland

Im folgenden sollen die Argumente der Framing-Ansätze auf die Ereignisse und Entwicklungen im Wendland übertragen werden. Um die Übersicht zu erleichtern, erscheint für jedes Argument ein Schlagwort in fetter Schrift.

TURNER/KILLIAN (1957) stellten fest, dass ein für Außenstehende „**unnormales**“ Verhalten einer Gruppe auf die Abschwächung von Normen und Werten innerhalb dieser Gruppe zurückgeht. Im März 1994 erklärten sich über 300 Personen im Vorfeld öffentlich bereit, an der explizit als illegal angekündigten Aktion „Ausrangiert“ teilzunehmen und bei Tageslicht und in aller Öffentlichkeit Schienen und Gleiskörper vor der Verladestation zu demontieren. Die Aktion wurde von Vertretern der „Initiative 60“ sowie der „bäuerlichen Notgemeinschaft“ unterstützt. Das Beispiel zeigt, dass sich die Normen und Werte weiter Bevölkerungskreise gewandelt hatten. Die Norm „Gesetzestreue“ wurde abgeschwächt, selbst ältere Menschen schreckten nicht vor der Teilnahme an der illegalen Aktion zurück.

Es stellte sich im Verlauf der Datenerhebung heraus, dass bei den befragten Personen sowohl der **Diagnostic Frame** (Kausalität und Schuldzuweisung) als auch **Prognostic-Frame** (Strategien, Taktiken und Ziele) und **Motivational-Frame** (Grund zu Handeln) (SNOW/BENFORD 1988) stark ausgeprägt sind.

Als *Kausalitäten*, die zu einem wahrgenommenen Missstand führten, wurde die „Profitgier“ der Energieversorgungsunternehmen ebenso genannt wie die bedingungslose politische Unterstützung der Kernenergienutzung auf Kosten der Gesundheit kommender Generationen. Den genannten Akteuren wurde auch die Schuld an dem Missstand zugewiesen. Als *Strategien, Taktiken und Ziele* wurde die Erregung von Aufmerksamkeit in den Medien durch symbolische Aktionen und Demonstrationen, aber auch durch Blockaden genannt. Es zeigte sich, dass die Befragten die Anwendung von Gewalt gegen Personen kategorisch ablehnen, Gewalt gegen Sachen jedoch nur auf geringe Ablehnung stößt oder sogar ausdrücklich begrüßt wird. Auf die Frage nach den Zielen wurde zwischen kurzfristigen und langfristigen Zielen unterschieden. Kurzfristiges Ziel sei die Verteuerung und Erschwerung der Transporte, um diese möglichst unattraktiv zu machen. Langfristiges Ziel sei die Verhinderung des Endlagers in Gorleben und ein schnellerer Ausstieg aus der Atomenergienutzung.

Als *Grund für weiteres Handeln* wurde auf bisherige Erfolge verwiesen wie beispielsweise auf die Verhinderung der WAA und zahlreicher Castor-Transporte.¹²⁹

Ein **Frame-Bridging** (SNOW et al. 1986) konnte darin erkannt werden, dass beispielsweise Pastoren den Widerstand gegen Castortransporte als religiösen Auftrag darstellten und dadurch erreichten, dass sich Gläubige den Protesten anschlossen. So sagte die befragte Hausfrau (19.06.2001): „Wenn der Pastor hier gegen den Castor ist, dann ist die Oma von nebenan auch gegen den Castor.“

Bezüglich der **Frame-Resonance** und der „constraints“, die diese schwächen könnten (SNOW/BENFORD 1988) konnte folgendes festgestellt werden: Die Werte, die der Anti-Atomkraft-Frame vertritt (Schutz des Lebens und der Umwelt etc.), genießen eine hohe hierarchische Stellung innerhalb des Wertesystems der Adressaten. Die Tatsache, dass diese Werte für Menschen gleich welchen Geschlechts, Berufs oder Alters eine hohe Stellung einnehmen, dürfte erklären, warum sich Menschen aus allen Bevölkerungskreisen gegen die Castortransporte engagieren. Als weiterer möglicher „constraint“ wurde die empirische Glaubwürdigkeit eines Frames genannt. So zeigte sich beispielsweise, dass alle Befragten selbst oder in ihrem Umfeld eine ungerechtfertigte Überwachung durch Polizei und Geheimdienste vermuten. Zwar wurde die BRD nicht als „Atomstaat“ im Sinne von JUNGK (1977) gesehen, dennoch decken sich weite Teile des Atomstaat-Frames offensichtlich mit den Erfahrungen der Lebenswelt der Adressaten. In weiten Teilen der Bevölkerung besitzt der Frame somit eine hohe empirische Glaubwürdigkeit.

Ferner betonten SNOW/BENFORD (1988), dass **neue Ereignisse** in bestehende Frames integriert werden müssten. So stellte beispielsweise der Atomkonsens zwischen Regierung und Energieversorgungsunternehmen ein wesentliches neues Ereignis dar. Die Kritik, die gegen den Konsens vorgebracht wurde (vgl. Kapitel 3) kann als Versuch gesehen werden, dieses Ereignis in den bestehenden Frame zu integrieren und zu verhindern, dass seine Überzeugungs- und Mobilisierungskraft nachlässt. In diesem Zusammenhang kann auch der Umgang mit einem **Gegen-Framing** gesehen werden. Nach SNOW/BENFORD (1988) müsse versucht werden, die Adressaten trotz eines Gegen-Framings von der Richtigkeit des eigenen Frames zu überzeugen. Dieser Aspekt kann an der Darstellung der Castor-Transporte durch das Deutsche Atomforum auf das Wendland übertragen werden. In einer Broschüre des

¹²⁹ Die Castorhalle in Gorleben wurde im Dezember 1983 fertiggestellt. Sie verfügt über 420 Stellplätze. Bisher sind hiervon 14 belegt.

Atomforums, die Mitte März 2001 der lokalen Elbe-Jeetzel-Zeitung beilag, wird auf die hohe Sicherheit der Castoren und die Unbedenklichkeit der Transporte hingewiesen (DEUTSCHES ATOMFORUM EV. 2001).¹³⁰ Die „Fachgruppe Radioaktivität“ der BI wirft dem Atomforum hingegen vor, die wahre Strahlenbelastung, die von den Behältern ausginge, zu verschweigen (BI-LÜCHOW-DANNENBERG 2001).¹³¹

GAMSON (1988) wies auf die Relevanz von „**condensing symbols**“ hin, mit denen ein ganzes Bündel von Ideen und Argumenten auf ein überschaubares Maß reduziert werden könne. Als ein solches „condensing symbol“ kann das gelbe Holzkreuz gesehen werden, das als Widerstandssymbol an zahlreichen Häusern, Gartenzäunen und Alleebäumen im Wendland angebracht ist. Es reduziert das Geflecht von Ideen, Widerstandsmotiven und Ereignissen aus der Vergangenheit auf ein unkompliziertes Sinnbild: ein einfaches Bild, das einen komplexen Sinn vermittelt.

Auch die von GAMSON (1988) vorgeschlagenen „**Framing-Devices**“ (Metaphern, Beispiele aus der Geschichte oder Sologans) können im Wendland nachgewiesen werden: Als Metapher dient beispielsweise der Begriff „Atommafia“, den viele Menschen im Wendland gebrauchen,¹³² Beispiele aus der Geschichte wären die Treckerfahrt nach Hannover oder das Hüttendorf auf der Bohrstelle, die symbolträchtige Gemeinschaftserlebnisse darstellen. Ein Slogan wäre der Leitgedanke „Gorleben soll Leben“.

Auch die von MCADAM (1994) thematisierte **Inszenierung von medienwirksamen Aktionen** (Provokation von weißer Gewalt gegen schwarze Demonstranten), findet sich im Protest gegen Castor-Transporte wieder: Eine ähnliche Taktik wie Martin Luther King in Birmingham wollen auch Bauern beim kommenden Transport im Wendland einsetzen: Im März 2001 wurden mehrere von ihnen, die sich mit ihren Treckern über ein Feld auf die Transportstrecke zubewegten von Einsatzkräften bereits außerhalb des 50-Meter-Korridors, innerhalb dessen Versammlungen verboten waren, in Gewahrsam genommen. Um die

¹³⁰ So heißt es in der Broschüre des Atomforums: „Denn was immer Skeptiker an Bedenken vorbringen (...) Schwachstellen gibt es nicht.“

¹³¹ So heißt es in einem Flugblatt: „Die derzeitige Castor-Technik bietet keinen hinreichenden Strahlenschutz. Diese Technik ist veraltet, da ihre Entwicklung auf veralteten Vorstellungen über die Gefährlichkeit von Gamma- und Neutronenstrahlung beruht.“

¹³² Eigene Beobachtung.

Trecker fahruntüchtig zu machen, wurde die Luft aus den Reifen gelassen.¹³³ Aus dieser Erfahrung leiten die Bauern folgende Strategie für kommende Transporte ab:

„Wir fahren einfach mal mit zehn Treckern nebeneinander auf die Straße zu und bleiben mit laufenden Motoren 70 Meter davor stehen. Da wollen wir mal sehen, was die machen. Da muss man halt ein Fernseheteam dabei haben und zeigen, dass der Transport mit rechtsstaatlichen Mitteln nicht durchführbar ist. Wir müssen den Staat vorführen.“¹³⁴

Kritik und Zwischenfazit

Seit ihrer Entstehung in den 80er Jahren wurden Framing-Ansätze auf eine Vielzahl von Fällen übertragen.¹³⁵ BENFORD (1997) stellt jedoch fest, dass die Anwendungen häufig Mängel aufweisen:

- So würden „Frames“ oft als gegebene statische Größen und nicht als dynamischer Prozess gesehen. Zu oft seien „Frames“ und nicht der Prozess des „Framings“ und die ihm zugrundeliegenden Mechanismen betrachtet worden.
- Es bestehe die Tendenz, sich bei der Analyse auf das Framing durch Bewegungseliten zu beschränken (z.B. durch Analyse von Flugblättern, Medienberichte oder Interviews mit Schlüsselakteuren etc.). Vielen Arbeiten habe ein mechanistisches Verständnis von Framing-Prozessen zugrunde gelegen, „as though participant mobilization were simply a matter of movement activists pushing the appropriate rhetorical button.“¹³⁶ Um ein breiteres Bild über die Dynamik von Framing-Prozessen zu erhalten, fordert er Studien, die sich auch mit den Interaktionen und Selbstverständnissen von Nicht-Eliten beschäftigen.
- Framing-Ansätze seien häufig isoliert betrachtet worden. Alternative Erklärungen für die Entstehung von sozialem Protest sollten jedoch nicht als konkurrierend, sondern als komplementär verstanden werden. Insofern seien Untersuchungen nötig, die eine Brücke zwischen den verschiedenen Konzepten und Theorien schlagen: „(We must) integrate social structure and culture, (...) affect and organization.“¹³⁷

¹³³ Die Informationen stammen vom wortführenden Vertreter der „bäuerlichen Notgemeinschaft“. Zwar konnte kein weiterer Beleg für die geschilderte Ereignisse gefunden werden, dennoch gibt es eine Fülle von ähnlichen Situationen, die von Pastoren, Augenzeugen oder in der EJZ dokumentiert wurden.

¹³⁴ Wortführender Vertreter der „bäuerlichen Notgemeinschaft“ (19.06.2001).

¹³⁵ BENFORD (1997).

¹³⁶ Ebd. (1997: 421).

¹³⁷ Ebd. (1997: 423).

BENFORD (1997) weist zu Recht auf die Tendenz hin, lediglich die Frames zu untersuchen, die Bewegungseliten propagieren und dabei die Mechanismen, die ihrer Verbreitung und Aufrechterhaltung zugrunde liegen, außer acht zu lassen. Auch die isolierte Betrachtung von Framing-Ansätzen wurde zu Recht beanstandet. Um bisher unberücksichtigte Mechanismen eines Managements von sozialem Protest als Eigenschaft des Systems und ihren Einfluss auf dessen Aufrechterhaltung zu erkennen und Thesen zur Erweiterung der Theorien sozialer Bewegungen zu formulieren, werden in der vorliegenden Arbeit die Argumente der Framing-Ansätze mit denen der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie verbunden. Hierbei werden insbesondere „social structures, culture, affect and organization“ berücksichtigt.

Zwischenfazit

Im vorangegangenen Abschnitt wurde gezeigt, dass sich die Ideen und Argumente der Framing-Ansätze auf die Ereignisse im Wendland übertragen lassen. Hauptziel dieser Arbeit ist jedoch nicht allein die Übertragung der Theorien auf die Ereignisse im Wendland, sondern ihre Erweiterung. Da im Verlauf der Datenerhebung der Verdacht entstand, die Alltagsintegration von sozialem Protest könnte zu seiner Aufrechterhaltung und der Eingriff polizeilicher Maßnahmen in den Alltag Unbeteiligter zu seiner Ausweitung führen, wurde die Literatur im Rahmen der explorativen Forschung erneut gesichtet:

4.5. Theorien zur Alltagsintegration von sozialem Protest

Im Verlauf der Datenerhebungsphase kristallisierten sich zwei Verdachtsmomente heraus:

- Die Alltagsintegration von Protest könnte ein wichtiger Mechanismus eines Managements von sozialem Protest sein und zu dessen Aufrechterhaltung trotz der langen Transportpause zwischen 1997 und 2001 und dem Atomausstieg im Jahr 2000 beigetragen haben,
- der Eingriff von staatlichen Maßnahmen in den Alltag Unbeteiligter könnte zu deren erstmaligen Teilnahme an den Protesten im März 2001 und damit zu deren Ausweitung geführt haben. Die Polizei würde hiermit in das System, als dessen Eigenschaft in dieser Arbeit Management verstanden wird, aufgenommen.

Um zu sehen, ob diese Spuren zu einer Erweiterung der Theorien sozialer Bewegungen führen könnten, wurde die bestehende Literatur erneut gesichtet (Rückkopplungspfeil I., Grafik S.4). Im folgenden sollen die Ergebnisse dieser erneuten Sichtung dargestellt werden. Da es sich um zwei Aspekte handelt, wurde jedoch zwei Kapitel notwendig. Das vorliegende Kapitel 4.5. zeigt, inwieweit die Alltagsintegration von sozialem Protest thematisiert wurde. Im anschließenden Kapitel 4.6. wird nachgezeichnet, welche Aussagen über die Ausweitung von sozialem Protest durch den Eingriff polizeilicher Maßnahmen getroffen wurden.

MELUCCI (1989) unterscheidet zwischen den sichtbaren und den unsichtbaren Strukturen kollektiven Handelns. Kollektives Handeln könne nicht nur dann als existent betrachtet werden, wenn es sich in Form sozialen Protests äußert. Vielmehr lägen ihm versteckte Netzwerke („hidden networks“) zugrunde, die nur von Zeit zu Zeit sichtbar würden. Diese seien die Voraussetzung für kollektives Handeln, da sie den Nährboden für die Vermittlung von Bedeutungen und gemeinsame Situationsdeutungen böten: „Collective action is nourished by the daily production of alternative frameworks of meaning, on which the networks themselves are founded and live from day to day“ (MELUCCI 1989: 70). In der Formulierung „day to day“ steckt bereits der Gedanke, der auch diese Arbeit trägt: Die Integration der Normen, Werte und Deutungsmuster einer Bewegung in den protestunabhängigen Alltag. Bewegungen zeichnen sich nach Melucci dadurch aus, dass sie in soziale Netzwerke des Alltags eingreifen. Über diese Netzwerke und die gemeinsamen Deutungsmuster schöpfe die Bewegung Kraft, sobald es Anlass für eine Mobilisierung gebe. Da sich diese Netzwerke einem staatlichen Einfluss weitgehend entzögen, sieht Melucci in ihnen sogar die Stärke von Bewegungen: „The latency of a movement is its effective strength“ (MELUCCI 1989: 70). Der Autor weist darauf hin, dass gemeinsame Deutungsmuster in unsichtbaren Netzwerken durch den Alltag getragen werden. Allerdings macht er keine Aussagen darüber, durch welche Mechanismen diese Deutungsmuster auf Netzwerke des Alltagslebens zugreifen und unter welchen Bedingungen sie sich in ihnen „from day to day“ verankern.

Ein weiterer Hinweis auf die Integration von Protestgedanken in den Alltag findet sich bei MCADAM (1982) und MORRIS (1984). So stellten sie beispielsweise fest, dass die schwarze Kirche in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung eine außerordentlich wichtige Rolle spielte. Sie war *die* Institution, die in den ländlichen Kommunen im Süden der USA den

sozialen Alltag der Schwarzen prägte.¹³⁸ Da sie sich ab 1940 nicht mehr nur auf die Gestaltung des religiösen Lebens beschränkte, sondern auch politisch aktiv wurde, wurden Religion, Alltag und Politik eng miteinander verzahnt.¹³⁹ Die Tatsache, dass Kirchen ohnehin als allgemeiner sozialer Treffpunkt dienten, sorgte zudem für eine intensive Kommunikation und verstärkte den Prozess der Politisierung des Alltags.

McAdam und Morris weisen zu Recht auf die Relevanz einer engen Verzahnung von Alltag und dem Gedankengut von sozialem Protest hin. Allerdings setzen sie hierfür die Kirche als Institution voraus, die den Prozess der Verzahnung aktiv und bewusst fördert. Hinweise auf Mechanismen, die auch unabhängig von solchen Institutionen zu einer Integration von Protest in den Alltag führen, fanden sich nicht.

4.6. Theorien zum Einfluss polizeilicher Maßnahmen auf sozialen Protest

In Kapitel 3 wurde gezeigt, dass der Vorgehensweise der Polizei gegen Demonstranten (Brutale Einsätze, Strafverfolgung, Beschattungen etc.) in Brokdorf ebenso wie im Wendland ein mobilisierender Effekt zugesprochen wurde (BRUCHMÜLLER 1997, EDLER 2001a). Dieser Aspekt findet sich auch in der theoretischen Literatur. Während der Datenerhebungsphase kristallisierte sich jedoch kein Indiz heraus, das diese Theorien in gewinnbringender Weise erweitern könnte.¹⁴⁰

LIPSKY wies jedoch bereits 1968 darauf hin, dass nicht nur die Auswirkung von Repressionen auf das künftige Protestverhalten von *Protestbeteiligten*, sondern auch die Wirkung derartiger Repressionen auf das Verhalten von *Unbeteiligten* („bystander publics“) Aufmerksamkeit verdienen. Da sich im Verlauf der Datenerhebung herausstellte, dass es bei den Protesten im März 2001 insbesondere zu einer Ausweitung durch bisher Unbeteiligte kam, sollen hier ausschließlich Argumente beleuchtet werden, die versuchen, dieses Phänomen zu erklären.

¹³⁸ SNOW/MARSHALL (1984) wiesen Moscheen zu Beginn der Iranischen Revolution eine ähnliche Bedeutung zu.

¹³⁹ So drängten die Kirchen ihre Mitglieder dazu, sich in Wählerverzeichnisse einzutragen und zu wählen, boten Informationen zur Wahlprozedur und den Kandidaten an und organisierten die „political community“. Außerdem unterstützten sie explizit die „National Association for the Advancement of Colored People“ (MCADAM 1982: 100).

¹⁴⁰ Die Frage, wie sich Repressionen gegen Protestbeteiligte auf deren künftiges Protestverhalten auswirken, hat eine lebhafte Debatte ausgelöst. Autoren, die sich mit dieser Frage beschäftigen sind GURR (1970), OBERSCHALL (1973), JENKINGS/PERROW (1977), TILLY (1978), ZALD/MCCARTHY (1980), OPP/ROEHL (1990), GERLACH/HINE (1970). Die meisten argumentieren, dass Repressionen gegen Protestbeteiligte unter gewissen Bedingungen zu deren Radikalisierung und einer Ausweitung künftiger Proteste führen können.

DENARDO (1985: 191) stellte fest, dass es zu einer Unterstützung von Bewegungen kommen kann, wenn Demonstranten Opfer von Repressionen würden: „When demonstrators become the victims of brutal repression, their movement often gains sympathy and even material support from people who have not suffered directly from the government’s excesses”. MCADAM et al. (1988: 719) sprechen in diesem Zusammenhang von einer Auslösung von „positive response“ Unbeteiligter als Reaktion auf Repressionen gegen Beteiligte:

„Systematic, sustained, unbridled repression works in the short run. But regimes – especially ostensibly democratic ones – can rarely buy social peace for long periods of time by recourse to repression. Even in the short run, the use of repression may trigger a positive response to the movement from previously neutral or only mildly sympathetic bystander publics.”

Unter Repressionen werden in der Literatur implizit Maßnahmen wie polizeiliche Gewalt, Verhaftungen oder juristisches Vorgehen gegen Protestbeteiligte verstanden. Allerdings ist dieses Verständnis von Repressionen zu eng gefasst. Ich bevorzuge daher den Begriff „polizeiliche Maßnahmen.“ Dieser soll nicht nur Repressionen im o.g. Sinne bezeichnen, sondern auch die wahrgenommene Einschränkung des gewohnten Alltagslebens wie Personalkontrollen, Reduzierung der Bewegungsfreiheit, Lärmbelästigung oder eine Verunsicherung durch ungewohnt starke Polizeipräsenz.

Desweiteren fällt bei genauer Betrachtung der vorgebrachten Argumente auf, dass stets von Repressionen gegen *Protestbeteiligte* die Rede ist, die eine Mobilisierung von Unbeteiligten auslösten. Auch dieses Verständnis greift zu kurz: So dürfen nicht nur Repressionen bzw. polizeiliche Maßnahmen gegenüber *Protestbeteiligten* betrachtet werden. Im Verlauf der Datenerhebung entstand der Verdacht, auch polizeiliche Maßnahmen gegenüber *Unbeteiligten* könnte zu deren Mobilisierung und damit zu einer Ausweitung des Protests führen. Diesen Gedanken wird Kapitel 5 aufgreifen. Dort wird gezeigt, wie polizeiliche Maßnahmen in verschiedene Bereiche des Alltagslebens der Bevölkerung im Wendland eingriffen, die *nicht in direktem Zusammenhang* mit Protestaktivitäten standen. Dieser Aspekt ist in der Literatur bisher nicht thematisiert worden. Diese Forschungslücke soll mit den in Kapitel 5 generierten Thesen geschlossen werden.

5. Analyse und Thesengenerierung zur Alltagsintegration von sozialem Protest

Wie in Kapitel 4 gezeigt wurde, konzentrieren sich die Theorien sozialer Bewegungen hauptsächlich auf die *Entstehung* von sozialen Bewegungen und sozialem Protest. Überlegungen zu ihrer *Aufrechterhaltung* wurden in weit geringerem Maße angestellt. Die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie thematisierte die Frage nach der optimalen Organisationsstruktur und der Möglichkeiten einer Überwindung des Trittbrettfahrerproblems. Die Framing-Ansätze betonten die Bedeutung von gemeinsamen Deutungsmustern von Situationen und Mechanismen, die zur Ausbildung einer Ideologie führen. Sowohl die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie als auch die Framing-Ansätze wiesen auf die Bedeutung von Netzwerken hin. Die vorgebrachten Argumente gaben Impulse für die Betrachtung des Protests gegen Castortransporte im Wendland und wurden auf die dortigen Ereignisse und Entwicklungen übertragen. Wie gezeigt wurde, gaben weder Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie noch Framing-Ansätze befriedigende Antworten auf die Frage, über welche Mechanismen die geforderten Organisationsformen, Netzwerke oder Deutungsmuster im Wendland aufrecht erhalten werden konnten.

Während der Datenerhebung entstand der Verdacht, die Integration des Protests in den protestunabhängigen Alltag könne ein solcher Mechanismus sein. Eine erneute Analyse der Literatur zeigte, dass dieser Aspekt dort nur unzureichend behandelt wurde. Zudem entstand der Verdacht, dass polizeiliche Maßnahmen, die in den Alltag von Unbeteiligten eingreifen, zu deren Mobilisierung und damit zu einer Ausweitung des Protests führen könnten. Nachdem eine Analyse der Literatur zeigte, dass dieser Aspekt bisher gänzlich unbehandelt blieb, wurde die Fragestellung erweitert, die Polizei wurde in das System, als dessen Eigenschaft Management hier verstanden wird, aufgenommen.

Im folgenden Kapitel werden Thesen generiert, die diese beiden Lücken schließen und die Theorien sozialer Bewegungen erweitern sollen: Zum einen der Einfluss der Integration von sozialem Protest in den Alltag als Mechanismus des Managements seiner Aufrechterhaltung, zum anderen der Einfluss eines polizeilichen Eingriffs in den Alltag von Unbeteiligten als Mechanismus seiner Ausweitung.

In Kapitel 5.1. wird dargestellt, in welche Alltagsbereiche der Protest gegen die Gorlebener Anlagen im Wendland integriert wurde. Kapitel 5.2. wird daraufhin Thesen ableiten, die die Theorien sozialer Bewegungen um den Aspekt der Aufrechterhaltung sozialen Protests durch

eine Alltagsintegration erweitern. In Kapitel 5.3. werden verschiedene Alltagsbereiche, in die die Polizei im Zusammenhang mit den Transporten eingriff und die Wahrnehmung dieser Eingriffe dargestellt. Kapitel 5.4. generiert schließlich Thesen bezüglich der Ausweitung von sozialem Protest durch polizeiliche Eingriffe in den Alltag.

5.1. Die Bereiche der Alltagsintegration

Während der Datenerhebungsphase kristallisierte sich heraus, dass der Protest gegen die Gorlebener Anlagen in weite Bereiche des protestunabhängigen Alltags der Bevölkerung des Wendlands ausstrahlt. Dies betrifft den sozialen, den kulturellen sowie den religiösen Alltag.¹⁴¹ Da alle diese Bereiche einem gewandelten Selbstverständnis weiter Bevölkerungskreise des Wendlands unterworfen sind, soll zunächst kurz dieses Selbstverständnis dargestellt und sodann auf die einzelnen Alltagsbereiche eingegangen werden.

Durch den Bau der Gorlebener Anlagen wurden viele Alltagsbereiche im Wendland von der Thematik der Atommüllendlagerung erfasst. Unter dem Leitgedanken „Gorleben soll Leben“ bildete sich in weiten Bevölkerungskreisen ein Bewusstsein für alternative Lebensformen wie Solidarität, schonenden Umgang mit Ressourcen, ökologische Formen des Wirtschaftens und der Landwirtschaft sowie eine hohe Bedeutung von Kunst und Kultur heraus. Nach PETERS (19.06.2001) ist der Leitgedanke „Gorleben soll leben“ noch heute „der kategorische Imperativ für das Leben im Wendland.“ War der Begriff „Wendland“ vor 1979 kaum im Sprachgebrauch verankert, so änderte sich dies mit dem „Trek nach Hannover“ (vgl. Kapitel 3), als an der Kreisgrenze ein Schild mit der Aufschrift „Freie Republik Wendland“ angebracht wurde. Auch bei der Besetzung der Bohrstelle 1004 wurde diese symbolische Unabhängigkeitserklärung wieder aufgegriffen. Die Selbstbezeichnung als „Wenden“¹⁴² setzte sich selbst bei Gorleben-Befürwortern durch (BEAULIEU 1992: 102).

Wie sehr das Selbstverständnis des Landkreises Lüchow-Dannenberg durch den Konflikt um die Gorlebener Anlagen geprägt ist, zeigt sich beispielsweise in einer Werbebroschüre für

¹⁴¹ Es sei darauf hingewiesen, dass die einzelnen Alltagsbereiche nicht trennscharf sind. Die vorliegende Systematik wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit gewählt.

¹⁴² Der Begriff „Wenden“ ist eigentlich eine Sammelbezeichnung für alle in Mittel- und Ostdeutschland sowie in den Ostalpenländern ansässigen Slawen (PETERS, 19.06.2001).

Investoren: Dort begrüßt Landrat Zühlke den Leser mit den Worten: „Herzlich Willkommen im Land des kultivierten Streitens!“ Auf Gorleben weist er bereits im zweiten Satz hin.¹⁴³

5.1.1. Sozialer Alltag

Im Verlauf des nunmehr 24 Jahre andauernden Protests gegen Atomanlagen und Castortransporte kam es im Wendland zu einer engen Vernetzung der Bevölkerung durch zahlreiche informelle Gruppen, Bekannten- und Freundeskreise und persönliche Kontakte.¹⁴⁴ Aufgrund ihrer Einzigartigkeit soll eine dieser Gruppenformen näher beleuchtet werden: In der Folge des ersten angekündigten Transportes 1994 gründeten sich auf Dorf- oder Gemeindeebene zahlreiche „Castorgruppen“. Ihre Zusammensetzung orientiert sich nicht entlang der Dimensionen Beruf, Alter, Geschlecht oder spezieller Interessen wie Sport, Musik oder Kultur etc. im Sinne herkömmlicher Vereine.¹⁴⁵ Sie sind informelle Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich allein aufgrund ihrer Atomkraftgegnerschaft zusammenfinden. Die Förderung von Castorgruppen ist erklärtes Ziel der BI.¹⁴⁶ Einzige institutionalisierte Koordination zwischen den Castorgruppen ist das 14-tägige „Köpfe-Treffen“¹⁴⁷ auf deren Initiative. Castorgruppen sind inzwischen derart bekannt, dass ihre Gründung durch Erfahrungen während des Transportes 2001 auch spontan geschah.¹⁴⁸ Ihr Repertoire an Aktivitäten ist sehr uneinheitlich. Während der Transporte übernehmen sie Fahrdienste, organisieren Camps für auswärtige Atomkraftgegner, sammeln Lebensmittelspenden für deren Verpflegung oder betreiben Informationsstände.

Da sich Castorgruppen jedoch nicht auf Protestaktionen beschränken, sondern auch zwischen den Transporten Kontakt halten, stellen sie für das soziale Leben im Wendland eine wesentliche Komponente dar. So sind Castorgruppen nach EHMKE (10.09.2001) Verbindungen, „wo die Leute Parties und Geschäfte zusammen machen. Die Castorgruppen

¹⁴³ Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Lüchow-Dannenberg mbH (2001: 3).

¹⁴⁴ Vgl. die Auswahl der Widerstandsgruppen in Anlage 4.

¹⁴⁵ Gespräch mit dem Sozialwissenschaftler Dr. Wolfgang Hertle (14.06.2001).

¹⁴⁶ Gerade „in Mobilisierungszeiten gegen Atommülltransporte ist die Zusammenarbeit mit den inzwischen zahlreichen örtlichen Gruppen eine wichtige Basisarbeit und das Büro wird zu einem Antriebsmotor, wo alle Fäden zusammenlaufen und zurückfließen“ (BÜRGERINITIATIVE 2000b).

¹⁴⁷ PETERS (19.06.2001). Bei dem Treffen informieren sich die Gruppen gegenseitig über lokale Projekte, Ideen oder geplante Aktionen (eigene Beobachtung). Die Bezeichnung „Köpfe-Treffen“ ist jedoch irreführend: Es treffen sich dort nicht die „Köpfe“ des Widerstandes, sondern Vertreter der einzelnen Gruppen ohne jegliche Vertretungsmacht.

¹⁴⁸ So sagte der befragte Arzt (8.07.2001): „Da haben sich viele im Dorf einfach so ohnmächtig gefühlt, dass sich sofort 20 Leute gefunden und eine Castorgruppe aufgemacht haben. Die treffen sich jetzt regelmäßig.“

übernehmen teilweise die Funktionen, die woanders vielleicht Sportvereine übernehmen.“ Der befragte Handwerker (18.06.2001) bestätigte diese Funktion: „Wenn ich zu jemandem geh´ und den vom Widerstand kenne, geht das schon leichter, wenn man was braucht. Man kommt sich dann schon eher entgegen.“

Die Verbreitung der Castor-Gegnerschaft in weiten Bevölkerungskreisen entfaltet jedoch einen sozialen Konformitätsdruck, der die Entscheidungen von Einzelnen mitunter stark beeinflussen kann. So sagte EHMKE (10.09.2001):

„Es kann sich dem Widerstand eigentlich keiner entziehen. 24 Jahre nach Standortbenennung ist die Kernfrage in Freundeskreisen, Sportkreisen, Bekanntenkreisen: „Bist Du dafür oder dagegen? Gehst Du hin oder nicht, wenn der Castor rollt?“ (...) Aber es wird natürlich auch gesehen, ob jemand zu Hause bleibt, wenn was los ist. (...) Negativ gesagt, gibt es hier eine Form sozialer Kontrolle. Positiv gesagt, gibt es sehr enge Verbindungen, wie ich sie sonst nirgends kennengelernt habe.“

Wie sich die soziale Kontrolle im Alltag auch auf das Verhalten während des Transportes 2001 auswirkte, zeigte sich im Gespräch mit der Grundschuldirektorin (11.06.2001). Eine Castorgruppe, deren geplantes Camp verboten wurde, besetzte gemeinsam mit auswärtigen Demonstranten ihre verschlossene Schule.

„Mit welchem Schlüssel sie reingekommen sind, weiß keiner. Keiner hat sich dazu bekannt. Eine Lehrerin, die einen Schlüssel hat, ist in der Castorgruppe. Aber sie hat es weit von sich gewiesen. Ich darf sie natürlich nicht verdächtigen, sonst krieg´ ich hier ruck zuck eins über die Rübe.“

Die Direktorin erwies sich zwar als überzeugte Castor-Gegnerin, wollte jedoch nicht, dass die Interessen der Grundschüler unter der Besetzung litt: „Die Kinder haben auch ihr Recht. Die sind ja auch ganz durcheinander, aber gerade da finde ich Schule wichtig, dass man das auffängt.“ Das Beispiel zeigt, wie sich die Gefahr, sozialem Druck im Alltag ausgesetzt zu werden, auf ihr Verhalten auswirkte: Trotz der Sorge um Unterrichtsausfall duldeten sie die Besetzung.¹⁴⁹

¹⁴⁹ Es kam schließlich nicht zu einem Unterrichtsausfall aufgrund der Besetzung: Von zehn Klassen kamen in den Transporttagen ohnehin nur drei Kinder in die Schule.

Eine bedeutende soziale Funktion übernehmen die beiden selbstverwalteten Mischformen aus Kneipe, Kulturzentrum und Tagungshaus in den Orten Meuchefitz und Platenlaase. Trotz erheblicher Anfahrtswege¹⁵⁰ und wohl auch mangels Vielfalt an Ausgehmöglichkeiten im ländlichen Raum wurden die beiden Einrichtungen zu zentralen sozialen Treffpunkten. In einer Selbstdarstellung des „Gasthofs Meuchefitz“¹⁵¹, der von ehemaligen Bohrlochbesetzern gegründet wurde, heißt es:

„Wir sehen Meuchefitz als einen Ort der Auseinandersetzung: Einmal mit dem Widerstand (...) und zum anderen mit Möglichkeiten, selbstbestimmt, menschlicher und kreativer zu leben. (...) Für Kinder- und Jugendgruppen soll der Landurlaub Neugierde wecken, mehr über Tiere und Pflanzen, über Landschaft und Landwirtschaft wissen zu wollen. (...) Die Kneipe ist entstanden aus den Anfängen des Anti-AKW-Widerstandes. (...) Inzwischen hat sich aber der Charakter der Kneipe total gewandelt. Von der anfänglich sehr starken politischen Ausrichtung ist nicht mehr allzu viel zu spüren.“

Der Hinweis auf die Abnahme der politischen Ausrichtung spricht für die angestrebte Offenheit für Personen, die sich dem Widerstand weniger verbunden fühlen. Im Gasthof Meuchefitz wird versucht, solidarisches Zusammenleben,¹⁵² Kultur- und Naturschutz in einen gemeinsamen Kontext mit Atomkraftgegnerschaft zu stellen. Auch ohne eine explizite Thematisierung der Auseinandersetzung um Gorleben finden Besuche in Meuchefitz und Platenlaase stets vor dessen Hintergrund statt. Ihre Frequentierung von Personen verschiedener Alters- und Berufsgruppen führt zudem zu einer ungewöhnlich hohen sozialen Vernetzung und der Ausbildung einer gemeinsamen Identität weiter Bevölkerungskreise.

Der stellvertretende Gemeindedirektor von Dannenberg, Martin Schulz (11.06.2001) sieht jedoch auch Probleme, die mit der permanenten Präsenz der Gorleben-Problematik einhergehen. Bisweilen lähme diese sogar den lokalpolitischen Alltag:

„Da werden ideologische Schlachten geschlagen, es schwebt über allem immer der grundsätzliche Streit „Gorleben-Gegner, ja oder nein.“ Und das ist ein Problem, das ein Außenstehender nicht verstehen kann. (...) Hier teilt sich im Wendland die Menschheit in zwei Gruppen: Nicht in Männlein und Weiblein, sondern in Gute und Böse. Die Guten sind gegen Atomkraft und die Bösen dafür. Und vor diesem einfachen Schema lieben hier viele. Und wenn dann einer gegen eine Verkehrsberuhigung ist, dann darf er das nur sein, wenn er auch gegen Atomkraft ist.“

¹⁵⁰ Eigene Beobachtung.

¹⁵¹ www.meuchefitz.de, eingesehen am 12.07.2001.

¹⁵² So können beispielsweise die Essenspreise „bei Gerichten ab 9.-DM je nach Einkommen in drei Kategorien selbst bestimmt werden“ (Speisekarte des Gasthofs Meuchefitz).

Es konnte gezeigt werden, dass die Auseinandersetzung mit den Gorlebener Anlagen in weite Teile des sozialen Zusammenlebens im Wendland integriert wurde. Im folgenden soll ein weiterer Bereich der Integration des Protestes dargestellt werden.

5.1.2. Kultureller Alltag

„Kultur und Protest sind im Wendland nicht mehr zu trennen.“ Mit dieser Aussage fasst Kunstpädagoge Michael Seelig (20.06.2001)¹⁵³ ein besonderes Phänomen des Wendlandes zusammen. Nicht zuletzt durch die Bohrlochbesetzung von 1980 kamen zahlreiche auswärtige Atomkraftgegner mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg in Kontakt. Viele von ihnen siedelten ins Wendland über, darunter zahlreiche Maler, Kunsthandwerker, Musiker und Fotografen. Ein großes Angebot an günstigen Bauernhöfen und niedrige Bodenpreise ermöglichten die Umsetzung des Wunsches nach alternativem Leben, der häufig mit der Atomkraftgegnerschaft einherging.¹⁵⁴ Die Mischung aus alteingesessenen und neu zugezogenen Bevölkerungsgruppen prägt auch heute noch das Bild des Wendlandes.

Von Beginn an sicherten sich die Künstler mit ihrem Schaffen die Aufrechterhaltung ihres politischen Engagements. So schrieb eine Künstlerin: „Um durchzuhalten in der Politik brauche ich diesen Witz, die Lust am Nebensächlichen, einen Schwebezustand zwischen Politik und Kultur“ (GÖTZ 1988: 148). Diese Verzahnung von Kultur und Protest hat sich bis heute erhalten. So hieß es im Vorfeld des Transportes 2001 in einer EJZ-Anzeige mit namentlicher Nennung von 164 Kulturschaffenden:

„Zu unserem Alltag gehört neben handwerklicher und künstlerischer Arbeit, neben der Organisation von Ausstellungen und Kulturveranstaltungen, auch der Protest gegen die Gorlebener Atomanlagen. Weil wir das Eine wie das Andere ernst nehmen, werden wir Ende März gegen den geplanten Castortransport nach Gorleben demonstrieren. Auf Straße und Schiene. Für uns und unsere Kinder.“¹⁵⁵

Im Frühjahr 1990 wurde zum ersten Mal das Kulturprogramm „Wunderpunkte“ veranstaltet. In dieser öffentlichen Demonstration der entstandenen Alltagskultur sahen ökologische und

¹⁵³ Michael Seelig betreibt im Wendland ein Bildungs- und Kulturzentrum. Seelig wird von vielen als Experte der kulturellen Entwicklung im Wendland nach 1977 gesehen. Das Zitat entnehme ich einem Gespräch mit Seelig am 20.06.2001.

¹⁵⁴ PETERS (19.06.2001).

¹⁵⁵ EJZ, 2.03.2001.

christliche Initiativgruppen sowie Künstler und Handwerker eine „Quelle neuer Kraft“ (BEAULIEU 1992: 108). Zahlreiche kulturelle Veranstaltungen wurden durchgeführt, darunter Ausstellungen, Vorfürhungen und Workshops. Mit den „Wunderpunkten“ wurde „der Atomwirtschaft und der Wachstumsideologie durch ein positives Bild entgegengetreten“ (GÖTZ 1988: 147). „Kunst und Lebensfreude wurde zum politischen Programm erhoben.“¹⁵⁶

Mit dieser Instrumentalisierung von Kunst und Kultur wurden zwei Ziele gleichzeitig verfolgt: Zum einen die Aufrechterhaltung der eigenen Motivation durch eine gemeinsame Veranstaltung bereits aktiver Atomkraftgegner, zum anderen die Gewinnung von Sympathisanten. Bereits 1984 hatte HERTLE¹⁵⁷ von Widerstandsgruppen kulturelles Engagement gefordert, um Bevölkerungsschichten, die sich nicht mit Inhalten des Widerstandes auseinandergesetzt hatten, anzusprechen. Da sich die Veranstaltung „Wunderpunkte“ ausdrücklich an die Öffentlichkeit wandte, wurde dieser Forderung Rechnung getragen. Seit 1990 wird die Veranstaltung jährlich durchgeführt. Seit 1995 trägt sie den Namen „Kulturelle Landpartie“ (KLP). Viele der Befragten nannten die KLP auf die Frage nach einem besonderen Zusammenhalt der Menschen im Wendland. Deshalb muss ihr ein besonderer Stellenwert beigemessen werden. Im Lauf der Zeit entwickelte sie sich zum kulturellen Großereignis der Region mit weit über 20.000 Besuchern, viele von Ihnen von außerhalb des Wendlands. Die KLP dient als kulturelles Forum für die Verbreitung des Protestgedankens. Das Veranstaltungsprogramm ist gleichzeitig politische Schrift: So lässt BI-Sprecher Mathias Edler im Editorial des Programms von 2001 die als unangemessen wahrgenommenen polizeilichen Maßnahmen während des Transportes vom März Revue passieren: „Im Kampf gegen Atomkraft ging es nie allein um radioaktiv strahlende Zerfallsprodukte, sondern immer gleichzeitig um den Zerfall von demokratischen Grundrechten“ (EDLER 2001b: 6)

Trotz der Größe der Veranstaltung (Innerhalb von zwei Wochen finden an 64 verschiedenen Orten des Landkreises über 100 Veranstaltungen statt) gibt es kein formales Organisationsgremium. Das soziale Netzwerk von Vertretern der BI, Künstlern und anderen Gruppen ist hierauf offensichtlich nicht angewiesen. So sagte KLP-Aussteller Johann-Reimer Schulz:

¹⁵⁶ SEELIG (20.06.2001).

¹⁵⁷ Im Rundbrief No. 13/1984 der Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion, „Kurve Wustrow.“

„Ich weiß auch nicht genau, wie das funktioniert hier. Das weiß eigentlich keiner. Da macht mal der was, dann der, dann ruft einer an. Wir sind hier so eingespielt, dass das auch blind klappt.“¹⁵⁸

Das Zitat zeigt, wie bei der Organisation von Veranstaltungen des kulturellen Alltags Erfahrungen gesammelt und Kontakte aufrecht gehalten werden, die in der Organisation von Protesten gegen die Castortransporte genutzt werden.

Bereits kurz nach der Ankündigung des ersten Castortransportes im Frühjahr 1994 entwickelte sich zudem eine außergewöhnliche Leserbrief- und Kleinanzeigenkultur in der lokalen Elbe-Jeetzel-Zeitung,¹⁵⁹ die bis heute kultiviert wird: Neben einzelnen Widerstandsgruppen äußern sich auch unzählige Privat- und Geschäftsleute häufig in Kleinanzeigen zum Castor-Konflikt – Befürworter ebenso wie Gegner der Gorlebener Anlagen.¹⁶⁰ Das öffentliche Bekenntnis einzelner Personen oder Gruppen mit vollständigen Namenslisten zu den Protesten wurde zur Tradition. Bemerkenswert ist eine Kampagne der BI: Für Anzeigen wurden Zitate großer Persönlichkeiten mit dem Castor in Verbindung gebracht.¹⁶¹ In Anzeigen hieß es beispielsweise: „Das Volk, zerreißend seine Kette, zur Eigenhilfe schrecklich greift.“ Schiller über den Castor¹⁶² oder „Wo das Mark des Volkes nicht verdorben ist, stiften Aufruhr und Unruhen keinen Schaden.“ Machiavelli über den Castor.¹⁶³ In diesem Zusammenhang entwickelte sich auch eine spezifische Sprachkultur, in der mit verklausulierten Formulierungen noch heute zu illegalen Aktionen aufgerufen wird: So wurde beispielsweise unter dem Titel „eine Nacht im Gleisbett“ die Durchführung von Schienenblockaden geprobt. An anderer Stelle wurde dazu aufgerufen, „Biotop auf der Bahnstrecke anzulegen“ oder es wurden „Camps für aktive Gäste“ angekündigt, von denen aus Trecker die „Belastbarkeit der Transportstrecke überprüfen“ sollten.¹⁶⁴

Es kann unterstellt werden, dass die Herstellung einer engen Verbindung der in diesem Kapitel beschriebenen (Sprach-)Kultur mit dem Protest gegen die Gorlebener Anlagen unter den wendländischen Atomkraftgegnern zweierlei Gefühle stärkt: Zum einen das Gefühl einer

¹⁵⁸ Das Zitat stammt aus einem informellen Gespräch mit Schulz am 22.06.2001.

¹⁵⁹ BOECKER (2001) weist auf die Bedeutung der „Offenheit für beide Seiten“ der EJZ für den Castor-Widerstand hin.

¹⁶⁰ Vgl. Anlage 4.

¹⁶¹ Vgl. EDLER (2001a: 43).

¹⁶² EJZ, 15.06.1994.

¹⁶³ Der Spiegel No. 29/1994: 58.

¹⁶⁴ BEZIRKSREGIERUNG LÜNEBURG (2001). Die Bezirksregierung zog die o.g. Aktionen am 10.03.2001 in einer Gefahrenprognose für den bevorstehenden Transport zur Begründung von Versammlungsverboten während der Transportzeit heran.

kreativen und kulturellen Überlegenheit gegenüber Atomkraftbefürwortern. Zum anderen das Gefühl, zu einer Gemeinschaft mit kulturell und moralisch hochwertigen Normen zu gehören, in deren Licht auch die Anwendung illegaler Praktiken gegen die Castortransporte als geboten und legitim erscheint.

5.1.3. Religiöser Alltag

Bereits früh sprachen sich einzelne Pastoren gegen die „unverantwortliche Spaltung des Atoms“ als „Verbrechen gegen die Schöpfung“ aus, die Gesundheit und Leben bedrohe.¹⁶⁵ Zwar habe Politik in der Kirche nichts zu suchen, „aber wo Politiker gegen Gottes Gebote handeln, muss ich meinen Mund auf tun, auch wenn es Widerspruch gibt“ (HINRICHS 1987). Während viele religiöse Aktive noch Anfang der 90er Jahre die unklare Haltung bezüglich der Gorlebener Atoanlagen seitens der offiziellen Kirchenleitung kritisierten (BEAULIEU 1992: 107), findet der Widerstand in ihr heute einen stabilen Rückhalt. So erklärte die Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands: „An der Eignung des Salzstocks in Gorleben bestehen erhebliche Zweifel. Deshalb darf nichts unternommen werden, was diesen Standort als Endlager präjudiziert.“ Die Synode der evangelisch-lutherischen Landeskirche forderte das „Aussetzen aller Transporte hochradioaktiver Abfälle nach Gorleben, bis die Entsorgungsfrage gelöst ist.“¹⁶⁶

Es verwundert daher nicht, dass Religion und Widerstand im Wendland nicht mehr völlig zu trennen sind. Der Lüchower Pastor Rolf Adler (7.09.2001) fasste die enge Verbindung der Gorleben-Thematik mit dem religiösen Leben folgendermaßen zusammen:

„Das Thema spielt in allem, was die Kirchengemeinden machen, eine große Rolle. In dem Augenblick, in dem die Worte Schöpfung oder Ökologie fallen, dann ist das erste Beispiel die Frage: Wie gehen wir mit dem Atom Müll um? Was haben wir uns damit ins Leben gelegt? Was bedeutet das für das jetzige und künftige Leben? Das liegt nahe und wird immer auch als erstes genannt. (...) Hier wird die Gorlebenproblematik wirklich durch den Alltag hindurchgetragen, das ist eine ritualisierte Widerstandsform.“

Die Integration des Protests in den religiösen Alltag äußert sich auf verschiedene Weise: So wurden 1985 und 1988 „Kreuzwege der Schöpfung“ veranstaltet.¹⁶⁷ Von symbolträchtigen

¹⁶⁵ Vgl. Kapitel 3.

¹⁶⁶ vgl. PASTOREN (2001: 2).

¹⁶⁷ Pastor Rolf Adler (7.09.2001).

Orten aus (AKW Krümmel und Wackersdorf) wurden mehrtägige medienträchtige Fußmärsche mit großen Holzkreuzen nach Gorleben durchgeführt und diese vor dem dortigen Zwischenlager aufgestellt. An den Kreuzen veranstalten verschiedene religiöse Gruppen seit 1985 bislang ohne Unterbrechung jeden Sonntag das „Gorlebener Gebet.“ Zu diesem finden sich vor und während der Transporte bis zu 300 Personen ein. Durch die Integration in den religiösen Alltag haben sich sogar nicht-religiöse Personen der Kirche angenähert. So erklärte der befragte Handwerker (18.06.2001):

„Ich bin nach meiner Lehre aus der Kirche ausgetreten. Wegen den Kindern von Biafra, weil die Kirche da nichts tut. (...) Ich habe hier aber gesehen, wie sich die Pastoren für die Bewahrung der Schöpfung einsetzen und deshalb Leute austreten. Da habe ich gesagt: „Den Pastoren möchte ich den Rücken stärken“ und bin wieder eingetreten. Ich bin der Kirche und dem Glauben dadurch wieder ein ganzes Stück näher gekommen und nehme auch wieder an Gottesdiensten teil.“

Durch die intensive Beschäftigung mit der Problematik und durch die Reflexion ihrer Rolle als Kirchenvertreter ist zu erklären, dass nach dem Verbot der Camps binnen kürzester Zeit nahezu alle Kirchen ihre Türen für auswärtige Atomkraftgegner öffneten. Der leitende Pastor des Kirchenkreises Dannenberg, Superintendent Kritzokat, hierzu (15.06.2001):

„Das habe ich denen (der Polizei) bei einem Treffen vorher auch schon gesagt: Wenn Ihr so weiter macht, dann machen wir die Kirchen auf. Da gibt es im Landkreis keinen Pastor, der sich da raushält.“

Indes kann hier nicht von völligem Einvernehmen aller kirchlichen Entscheidungsträger gesprochen werden: So hatte ein weiterer befragter Pastor aufgrund der gebotenen Eile keine Gelegenheit, bezüglich der Kirchenöffnung Rücksprache mit allen Mitgliedern seines örtlichen Kirchenvorstandes zu halten. Nachträglich meldete eines von ihnen Bedenken gegen die Öffnung an:

„Wie sich herausstellte, war ein Mitglied dagegen. Dessen Klientel sieht in der Öffnung der Kirche ein Unterstützertum des Widerstandes. Die Kirche ergreife zu stark Partei, es sei moralisch nicht zu rechtfertigen, dass gegen Gesetze verstoßen wird und wir das unterstützen. Nachdem er keine Resonanz auf seine Argumente bekam, hat er resigniert. Er fühlt sich alleingelassen.“¹⁶⁸

¹⁶⁸ PASTOR (7.06.2001).

Die Aussage weist ebenfalls auf den sozialen Druck hin, dem sich Personen im Wendland ausgesetzt fühlen, wenn sie den Protesten skeptisch gegenüber stehen oder atomkraftfreundliche Positionen vertreten.

5.1.4. Wirtschaftlicher Alltag

Neben der sozialen, kulturellen und religiösen Integration von Protest in den Alltag spiegelt sich die Gorleben-Problematik auch in verschiedenen Formen des wirtschaftlichen Alltags der Region, insbesondere der Energiegewinnung, wieder. So wurde bereits im Herbst 1977 zur Entwicklung alternativer Technologien als einem positiven Gegenkonzept zu dem als lebensverachtend wahrgenommenen „Atomstaat“ (JUNGK 1977) aufgerufen.¹⁶⁹ Vor diesem Hintergrund wurde die „Modellregion Wendland“ proklamiert. In einer Werbebroschüre für potenzielle Investoren verspricht der Landkreis seine besondere Unterstützung für den Ausbau alternativer Energiequellen, für naturnahe Lebensmittelproduktion, für Hersteller ökologischer Bausysteme, für Formen alternativer Gesundheitsfürsorge sowie für einen „sanften, naturnahen“ Tourismus.¹⁷⁰

Bislang konnten einige der Vorhaben verwirklicht werden.¹⁷¹ So verfügt der Landkreis heute pro Einwohner über die höchste Dichte an Öko-Landwirtschaftsbetrieben der BRD. Seit der Gründung einer Windbetreibergemeinschaft zu Beginn der 90er Jahre sind bisher sieben Windräder im Einsatz. Allerdings war weniger die Energieerzeugung als vielmehr die Symbolik der Windräder der ausschlaggebende Beweggrund für ihre Installation: SCHAARSCHMIDT (14.08.2001) weist darauf hin, dass das Wendland „mangels Wind gar nicht mal so geeignet ist.“ Neben den Windrädern sind bislang sechs von 50 geplanten Biogasanlagen im Einsatz. In der Zukunft sollen diese 30 % des Strombedarfs des Landkreises decken. Im Bau befindet sich ein Holz-Biomasse-Kraftwerk und eine Ökosiedlung mit Niedrigenergiehäusern, die von ortsansässigen, ökologisch ausgerichteten Handwerksbetrieben entwickelt wurden. Ihre Ausstattung mit Solarmodulen soll sie zu einer der größten Solaranlagen Norddeutschlands machen.¹⁷² Als schwierig erweist sich aufgrund

¹⁶⁹ GÖTTINGER FREUNDESKREIS DER BI (1978: 82ff).

¹⁷⁰ Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Lüchow-Dannenberg mbH (2001).

¹⁷¹ Die Informationen entnehme ich einem Gespräch mit Dieter Schaarschmidt, Geschäftsführer der ReEnergie Wendland GmbH (14.08.2001).

¹⁷² Vgl. „Neue Energie“ 3/2001, www.wind-energie.de/zeitschrift/neue-energie/jahr2001, eingesehen am 14.08.2001.

der dünnen Besiedlung hingegen der Aufbau eines ökologisch ausgerichteten öffentlichen Nahverkehrs.

1999 hatte der Kreistag einstimmig eine Bewerbung beim „Altener Programm“ der Europäischen Union beschlossen. Im Oktober 2000 wurde das Wendland im Rahmen des Programms als eine von 100 europäischen Regionen ausgewählt, die eine vollständige Versorgung aus erneuerbaren Energien anstreben. Für die Einbeziehung der bäuerlichen Bevölkerung an dem Konzept wurde es zudem als „beste ländliche Region Europas“ ausgezeichnet.¹⁷³

Zusammenfassung

Im vorliegenden Kapitel wurde gezeigt, dass der Protest gegen die Gorlebener Anlagen zu einem gewandelten Selbstverständnis weiter Bevölkerungskreise des Wendlandes geführt hat. Der Protest wurde in verschiedene Bereiche des Alltagslebens integriert und prägt diese in entscheidender Weise mit. Im folgenden Kapitel wird unter Rückgriff auf die in Kapitel 4 dargestellten Theorien gezeigt, inwieweit die Alltagsintegration einen Mechanismus des Managements sozialen Protests darstellt, der zu dessen Aufrechterhaltung beiträgt. Es werden Thesen entwickelt, die die Theorien um diesen Aspekt erweitern.

5.2. Thesen zur Aufrechterhaltung sozialen Protests

In Kapitel 4 wurde gezeigt, wie sich Argumente der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie und der Framing-Ansätze auf die Ereignisse im Wendland übertragen lassen. Im folgenden soll – angeregt von diesen Argumenten – gezeigt werden, dass die Alltagsintegration von sozialem Protest als Mechanismus seines Managements zu dessen Aufrechterhaltung beitragen kann. Vor diesem Hintergrund werden Thesen generiert, die die Theorien sozialer Bewegungen erweitern. Alle Thesen basieren auf Hauptthese 1 und stützen diese:

¹⁷³ Allerdings ist hiermit keine finanzielle Unterstützung verbunden. Es handelt sich vielmehr um einen Prestige-Gewinn, der bei der Bewerbung für Subventionsprogramme helfen kann.

Hauptthese 1: Die Integration von Protest in den protestunabhängigen Alltag ist ein Mechanismus des Managements von sozialem Protest und trägt zu seiner Aufrechterhaltung bei.

Analog zum Aufbau des Kapitels 4 ist dieses Kapitel in Unterkapitel unterteilt: Kapitel 5.2.1. widmet sich dem Einfluss der Alltagsintegration von sozialem Protest auf die Aufrechterhaltung von Organisationsstrukturen im Wendland. Kapitel 5.2.2. wird den Einfluss der Alltagsintegration von sozialem Protest auf eine langfristige Überwindung des Trittbrettfahrerproblems thematisieren. Gegenstand von Kapitel 5.2.3. ist der Einfluss der Alltagsintegration auf die Aufrechterhaltung gemeinsamer Deutungsmuster.

5.2.1. Aufrechterhaltung von Organisationsstrukturen

Wie gezeigt wurde, werden die Gruppen und Netzwerke, die sich aufgrund des gemeinsamen Protests gegen die Gorlebener Atomanlagen gebildet haben, auch im protestunabhängigen Alltag genutzt. Diese Integration der Gruppen und Netzwerke in den Alltag führt zu ihrer Aufrechterhaltung. Hieraus leite ich folgende These ab:

These 1.1: Eine Nutzung von Gruppen und Netzwerken, deren Ursprung auf sozialen Protest zurückgeht, im protestunabhängigen Alltag, trägt zu seiner Aufrechterhaltung bei.

Durch die Aufrechterhaltung der dezentralen Gruppen können diese wiederum schnell mobilisiert werden (TILLY 1978, „bloc recruitment“ nach OBERSCHALL 1973). Auch die Information des Umfeldes der Gruppenmitglieder (Freunde, Kollegen, Nachbarn etc.) und deren Mobilisierung wird so dauerhaft gewährleistet (WALSH/WARLAND 1982). Da durch die Castorgruppen über Berufs- und Altersgruppen hinweg weite Bevölkerungskreise erfasst sind, wird durch die Alltagsintegration zudem eine intensive Kommunikation zwischen möglichst vielen Atomkraftgegnern eines Wohnortes aufrecht erhalten. Dies entspricht den Forderungen von LODHI/TILLY (1973), LINCOLN (1978) und RAGIN (1979).

Wie gezeigt wurde, entspricht die Organisationsstruktur des Widerstandes im Wendland der Forderung von ZALD/ASH (1966) und GERLACH/HINE (1970) nach einer Kombination aus zentralen/formalen und dezentralen/informellen Organisationen. Durch diese Kombination, so

das Argument, könnten Ressourcen für sozialen Protest optimal mobilisiert werden. Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass eine reibungslose Koordination zwischen zentralen und dezentralen Organisationen nach einer vierjährigen Transportpause ohne weiteres wieder zum Leben erweckt werden konnte. Durch die Integration des Protests in den Alltag wird diese Koordination im Wendland beispielsweise auch zur Mobilisierung von Ressourcen für die Kulturelle Landpartie (KLP) genutzt: Hierdurch besteht auch zwischen den Transporten Gelegenheit, die Zusammenarbeit mit anderen Atomkraftgegnern zu erproben, gemeinsame Erfahrungen zu machen, die Zuverlässigkeit anderer kennenzulernen und Kontakte aufrecht zu erhalten. Die BI ist als zentraler Akteur hierbei involviert und wirkt an der Vorbereitung der KLP mit.

In Form der Castorgruppen bildeten sich vor dem Hintergrund des Protests gegen die Gorlebener Anlagen dezentrale Gruppen, die untereinander durch persönliche Kontakte auch über Alters- oder Berufsgrenzen hinweg, eng vernetzt sind. Durch die Nutzung dieses Netzwerkes im protestunabhängigen Alltag des sozialen Zusammenlebens können auch dort Erfahrungen gemacht werden, die sich bei der Mobilisierung von Ressourcen für sozialen Protest auszahlen. Nur so ist die Aussage des befragten Arztes zu verstehen (7.08.2001):

„Man kennt sich halt über viele Jahre hinweg, hat schon viel zusammen gemacht. Man weiß, auf wen man sich verlassen kann.“

Die Organisationserfahrungen, die im kulturellen oder sozialen Leben erworben wurden, konnten bei der Organisation von Protesten gegen den Castortransport im März 2001 und der Mobilisierung von Ressourcen genutzt werden. Hieraus leite ich These 1.2. ab:

These 1.2: Erfahrungen, die im protestunabhängigen Alltag mit der Mobilisierung von Ressourcen gemacht werden, können auch bei der Mobilisierung von Ressourcen für sozialen Protest genutzt werden und tragen somit zu seiner Aufrechterhaltung bei.

5.2.2. Überwindung des Trittbrettfahrerproblems

Im folgenden werden Argumente vorgebracht, die die Integration des Protests in weite Bereiche des Alltags für eine Überwindung des Trittbrettfahrerproblems und damit zur

Aufrechterhaltung von sozialem Protest verantwortlich machen. Es sei darauf hingewiesen, dass hierbei nur Personen betrachtet werden, die bereits gegen die Gorlebener Anlagen eingestellt sind und deren Umfeld diese Einstellung teilt.

Es wurde gezeigt, dass bei Geschäftsleuten bisweilen ein rationales individuelles Kosten/Nutzen-Kalkül über die Art ihrer Teilnahme an Protesten mitentscheidet.¹⁷⁴ Wie gezeigt wurde, unterstellen sie – vorausgesetzt sie halten ihre Kundschaft für atomkritisch -, dass sich ihre demonstrative Teilnahme an Protesten positiv auf das Kaufverhalten ihrer Kunden im Alltag auswirkt. Der ökonomische Anreiz, der Geschäftsleuten durch diese Art der Alltagsintegration des Protests geboten wird, führt zu ihrer demonstrativen Teilnahme und damit zur Aufrechterhaltung des Protests. Hieraus leite ich These 1.3. ab:

These 1.3: Die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag kann die Nutzenseite rationaler individueller Kosten/Nutzen-Kalküle erhöhen und damit zu einer Aufrechterhaltung des Protests beitragen.

Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass die Teilnahme an Protesten in den wenigsten Fällen von rationalen Kosten/Nutzen-Kalkülen abhängig gemacht werden. Andere Impulse aus der Ressourcen-Mobilisierungstheorie bezüglich des Trittbrettfahrerproblems lassen die Integration von Protest in den Alltag jedoch in besonderem Licht erscheinen. TILLOCK/MORRISON (1979) schlugen moralische Anreize vor. Da weite Bereiche des Alltags im Wendland von der Gorleben-Thematik erfasst sind, werden moralische Anreize für eine Teilnahme an Protesten nicht nur von den Mitgliedern einer geschlossenen Gruppe (beispielsweise einer Castorgruppe oder einem atomkritischen Kollegenkreis) angeboten, sondern auch in zahlreichen anderen Alltagsbereichen.¹⁷⁵ Gleiches gilt für einen Prestigegewinn (FROHLICH et al. 1971, OBERSCHALL 1973), der durch ein Engagement gegen die Castortransporte nicht nur innerhalb einer geschlossenen Gruppe, sondern in zahlreichen Alltagsbereichen anerkannt wird. Durch die Integration des Protests in den Alltag und die Anerkennung und Wertschätzung einer Protestteilnahme in zahlreichen Kontexten des Alltagslebens gewinnen moralische Anreize und Prestige ein größeres Gewicht. Diese

¹⁷⁴ Dieses Argument kann auch zu einer Abschwächung des Protests herangezogen werden: Nämlich dann, wenn atomkritische Geschäftsleute deshalb von einer Teilnahme an Protesten absehen, da sie befürchten, dass sich ihre Teilnahme negativ auf das Kaufverhalten ihrer atomfreundlichen Kundschaft auswirkt. Dieser Aspekt soll hier jedoch nicht weiter thematisiert werden.

¹⁷⁵ So kann beispielsweise davon ausgegangen werden, dass das Engagement innerhalb eines Sportvereins hauptsächlich von den Mitgliedern des Vereins und weniger im Alltagsleben zur Anerkennung der Leistung und damit zu einem moralischen Anreiz führt.

Verstärkung erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Überwindung des Trittbrettfahrerproblems und führt somit zu einer Aufrechterhaltung sozialen Protests. Hieraus leite ich folgende These ab:

These 1.4: Durch die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag gewinnen moralische Anreize und Prestige zur Überwindung des Trittbrettfahrerproblems ein größeres Gewicht und tragen somit zur Aufrechterhaltung sozialen Protests bei.

HOMANS (1974: 150) argumentierte, dass die Integration in ein protestsfreundliches Umfeld die Kosten für eine Nicht-Beteiligung durch Sanktionen stark erhöhen können. Er führte Freundeskreise an, die hohe Kontrolle über ihre Mitglieder ausüben: „(A friendship group) can deprive them of much, if they do not conform.“ Im vorigen Kapitel wurde darauf hingewiesen, dass auf Befürworter der Gorlebener Anlagen oder Personen, die sich nicht demonstrativ hinter die Proteste stellen, im Alltag durch eine atomkritische Bevölkerungsmehrheit Druck ausgeübt wird. Dieser Druck erhält durch die Integration des Protests in den Alltag ein größeres Gewicht.¹⁷⁶ Es kann unterstellt werden, dass durch diese Verstärkung eine Nicht-Beteiligung an den Protesten unwahrscheinlicher wird. Dieser Umstand trägt ebenfalls zur Aufrechterhaltung sozialen Protests bei. Hieraus leite ich folgende These ab:

These 1.5: Durch die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag steigt der Druck, der auf Individuen im Falle einer Nicht-Beteiligung an Protesten ausgeübt wird. Dies trägt zu einer Aufrechterhaltung sozialen Protests bei.

KLANDERMANS (1984) wies auf die Bedeutung von Emotionen bei der individuellen Entscheidung über eine Protestteilnahme hin. Es wurde gezeigt, dass die besondere Identifikation der Bevölkerung des Wendlands mit ihrer Region Emotionen auslöst, die zu einer Protestteilnahme führen können. Die Identifikation mit dem Wendland und das durch den Protest gegen die Gorlebener Anlagen gewandelte Selbstverständnis weiter Kreise der Bevölkerung wird in verschiedene Bereiche des Alltagslebens integriert: So beispielsweise im

¹⁷⁶ So kann beispielsweise ein Mitglied des Sportvereins, das sich entgegen der im Verein herrschenden Normen verhält, damit rechnen, dass es nur innerhalb des Vereins, nicht jedoch in seinem sonstigen Alltag unter Druck gesetzt wird.

Engagement für alternative Energiequellen, solidarisches Gemeinschaftsleben oder den hohen Stellenwert von Kultur und Kreativität. Auch in den religiösen Alltag wurde die Thematik hineingetragen. Diese Durchdringung des Alltags durch die Thematik und die Ausbildung eines Selbstverständnisses, das den Protest gegen die Gorlebener Anlagen für viele zu einem bedeutenden Lebensinhalt werden ließ, kann die Emotionen erklären, die im Falle eines Castortransportes ausgelöst werden. Hieraus leite ich folgende These ab:

These 1.6: Die Integration von Protest in den protestunabhängigen Alltag erhöht die emotionale Bindung an den Protest. Dies wiederum steigert die Wahrscheinlichkeit einer individuellen Teilnahme an Protesten und führt somit zur Aufrechterhaltung von sozialem Protest.

KLANDERMANS (1984) formulierte eine weitere Voraussetzung für die Teilnahme von Individuen an sozialem Protest: So müssten potenzielle Teilnehmer erwarten, dass

- viele andere an den Protesten teilnehmen,
- es auf ihre persönliche Beteiligung ankäme und
- dass bei hoher Gesamtbeteiligung eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit besteht.

Durch die Integration des Protests in den Alltag breiter Bevölkerungskreise wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass alle diese Forderungen erfüllt werden. Es kann unterstellt werden, dass die Präsenz des Themas in vielen Alltagsbereichen Bewohner des Wendlandes in der Annahme bestärkt, es handle sich um eine große Gemeinschaft von Protestteilnehmern. Es kann zudem unterstellt werden, dass im Alltag eine gegenseitige Bestätigung der Bedeutung einer Teilnahme jedes Einzelnen stattfindet. Das Gefühl, gemeinsam erfolgreich zu sein und darin bestätigt zu werden, dass bei hoher Beteiligung Erfolge erzielt wurden (beispielsweise bei der Organisation der Kulturellen Landpartie), trägt schließlich der zweiten und dritten Forderung KLANDERMANS (1984) Rechnung. Hieraus leite ich folgende These ab:

These 1.7: Die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Individuen erwarten, dass

- sich viele andere an den Protesten beteiligen,
- es auf ihre persönliche Beteiligung ankomme und

- dass bei hoher Gesamtbeteiligung eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit bestehe. Dies erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich Individuen an sozialem Protest beteiligen und trägt somit zu seiner Aufrechterhaltung bei.

5.2.3. Aufrechterhaltung von Deutungsmustern

Framing-Ansätze betonten die Bedeutung von gemeinsamen Deutungsmustern für die Entstehung sozialer Bewegungen und sozialen Protests. Es wurden Argumente vorgebracht, welche Mechanismen der Entstehung derartiger Deutungsmuster zugrunde liegen. Diese Argumente sollen als Impulse aufgegriffen und weitergeführt werden. Aus ihnen sollen ebenfalls Thesen entwickelt werden, die die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag für die Aufrechterhaltung von Deutungsmustern verantwortlich machen.

TURNER/KILLIAN (1957) betonten, dass einer Ausbildung neuer Deutungsmuster innerhalb einer Gruppe eine Abschwächung vorheriger Deutungsmuster vorangehen muss. Es wurde gezeigt, dass sich in breiten Kreisen der Bevölkerung eine gewisse Toleranz gegenüber illegalen Protestaktionen ausgebildet hat. Diese Normen werden beispielsweise im kulturellen Alltag gegenseitig bestätigt: So veranstaltete die „bäuerliche Notgemeinschaft“ auf der Kulturellen Landpartie 2001 eine Spendenaktion zugunsten der Aktivisten, die sich im Gleisbett anketteten und den Transport um einen Tag verzögerten. Es sollte Geld gesammelt werden, um die zu erwartenden strafrechtlichen Kosten gemeinschaftlich zu tragen. Wertlose Kettenglieder aus Eisen wurden unter dem Motto „Ihre Verbindung zum Wendland – schließen Sie sich an!“ gegen eine Spende von fünf Mark verkauft.¹⁷⁷ Die Norm „Akzeptanz von illegalen Protestformen“ wurde hierdurch in den kulturellen Alltag hineingetragen und hiermit zu ihrer Aufrechterhaltung beigetragen. Hieraus leite ich folgende These ab:

These 1.8.: Die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag führt zu einer Aufrechterhaltung gemeinsamer Normen und Deutungsmustern und trägt damit zu einer Aufrechterhaltung sozialen Protests bei.

¹⁷⁷ Eigene Beobachtung.

SNOW/BENFORD (1988) wiesen auf die Notwendigkeit eines Diagnostic-, eines Prognostic- und eines Motivational-Frames hin. Durch die permanente Beschäftigung mit dem Protest gegen die Gorlebener Anlagen in protestunabhängigen Alltagsbereichen werden diese drei Frames aufrecht erhalten: So werden sowohl die Zuweisung von Kausalität und Schuld sowie die Strategien, Taktiken und Ziele als auch der Grund zum Handeln immer wieder ins Bewusstsein gerufen. Ich leite hieraus folgende These ab:

These 1.9: Die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag führt zu einer Aufrechterhaltung des Bewusstseins des *Diagnostic*-, des *Prognostic*- und des *Motivational*-Frames und damit zu einer Aufrechterhaltung sozialen Protests.

SNOW et al. (1986) schlugen ein „Frame-Bridging“ vor. Einzelnen Gruppen sollten Argumente an die Hand geliefert werden, die eine Beteiligung an Protesten aus ihrem spezifischen Frame heraus plausibel machen. Die Integration des Protestes gegen die Gorlebener Anlagen beispielsweise in den religiösen Alltag stellt ein solches Frame-Bridging dar und sorgt dafür, dass gläubige Personen in ihrem Alltag immer wieder darin bestärkt werden, dass eine Beteiligung an den Protesten aus religiösen Gründen geboten ist. Da religiöse Werte einen hohen Stellenwert genießen und das Selbstverständnis von gläubigen Menschen prägen, trägt die permanente Erinnerung an die Verbindung von Religion und Protest (beispielsweise in Form der seit 1985 ohne Unterbrechung stattfindenden „Gorlebener Gebete“) zu einer Aufrechterhaltung des Protests. Ich leite hieraus folgende These ab:

These 1.10: Die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag führt zu einer Aufrechterhaltung einer durch „Frame-Bridging“ entstandenen Verbindung bedeutender individueller Wertvorstellungen mit dem Protestgedanken und trägt somit zur Aufrechterhaltung sozialen Protests bei.

GAMSON (1988) wies auf die Bedeutung von „Condensing Symbols“ hin, mit Hilfe derer ein Bündel von Ideen und Argumenten in einem einfachen Sinnbild dargestellt werden könne. Auf die alltägliche Präsenz des „X“ an Häusern, Gartenzäunen, Bäumen oder Autoaufklebern wurde bereits hingewiesen. Allerdings zeigte sich, dass das „X“ auch im sozialen Alltag eine Rolle spielt. So sagte beispielsweise EHMKE (10.09.2001):

„Wenn ich eine Radtour mache und ich habe einen Platten: Egal in welchem Dorf, da kann ich anklopfen und weiß, dass ich da hinkann, wo das „X“ vor der Tür steht. Wenn´s nötig ist, kann ich da auch übernachten.“

Das Beispiel zeigt, wie das „X“ im Wendland zum Symbol einer Gemeinschaft wurde, die sich aufgrund der gemeinsamen Atomkraftgegnerschaft zusammengewöhrt fühlt. Die Integration dieses Gefühls in den sozialen Alltag führt zu einer Aufrechterhaltung des Protestgedankens. Gleiches gilt für die „Framing-Devices“ (Beispiele aus der Geschichte oder Slogans) nach GAMSON (1988): Die häufige Erinnerung an die Besetzung der Bohrstelle und die dortigen Ideale eines alternativen Lebens finden im Slogan „Gorleben soll leben“ ihren Ausdruck, unter dessen Leitgedanken weite Bereiche des Alltagslebens gestellt wurden. Ich leite hieraus folgende These ab:

These 1.11: Die alltägliche Nutzung von „condensing symbols“ und „Framing-Devices“ führt zu einer Aufrechterhaltung des Protestgedankens und trägt somit zur Aufrechterhaltung sozialen Protests bei.

MCADAM (1994) thematisierte die Inszenierung von medienwirksamen Aktionen, um den Frame „Die Polizei wendet ungerechtfertigt Gewalt an“ einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Es wurde gezeigt, dass die Bauern im Wendland bei kommenden Transporten eine solche Strategie einsetzen wollen. Analog argumentiere ich, dass, neben der Vermittlung des Frames in der breiten Öffentlichkeit, seine Verankerung im Alltag zu seiner Aufrechterhaltung beiträgt. Dies wird im Wendland auf folgende Weise versucht: Beim Castortransport vom März 1997 landeten vier Hubschrauber neben einer Treckerblockade. Einsatzkräfte sprangen heraus und zerstachen Reifen im Wert von 80.000 D-Mark und flogen wieder ab.¹⁷⁸ Die Szene löste große Empörung in der Bevölkerung aus. Die zerstochenen Reifen wurden an der Stelle des Ereignisses neben der Landstraße aufgetürmt und erinnern bei täglichen Autofahrten an den als unangemessen empfundenen Einsatz. Ich leite hieraus folgende These ab:

These 1.12: Nicht nur eine medienwirksame Inszenierung eines Frames, sondern auch dessen Visualisierung im Alltag trägt zu einer Aufrechterhaltung des Protestgedankens und damit zur Aufrechterhaltung von Protest bei.

¹⁷⁸ EJZ, 6.03.2001.

BENFORD (1997) kritisierte, dass Frames zu oft als statische Größe und nicht als dynamischer Prozess angesehen wurden. Durch die im vorliegenden Kapitel generierten Thesen konnte gezeigt werden, welcher Dynamik Frames unterliegen und wie die Alltagsintegration als ein Mechanismus des Managements von sozialem Protest zu dessen Aufrechterhaltung in weiten Bevölkerungskreisen beitragen kann. Ebenfalls wurde gezeigt, dass ein mechanisches Verständnis von Framing-Prozessen zu kurz greift. Die vorliegende Analyse beschränkte sich nicht auf das Framing von Bewegungseliten, sondern beschäftigte sich auch mit Mechanismen der Interaktion und dem Selbstverständnis von Nicht-Eliten, die zu einer Aufrechterhaltung von Frames beitragen. Nicht zuletzt forderte BENFORD (1997: 421) eine Brücke zwischen verschiedenen Konzepten und Theorien: „(We must) integrate social structure and culture, (...) affect and organization.“ Durch die Berücksichtigung von sozialen Strukturen, von Kultur und Emotionen sowie der Organisationsstruktur wurde die vorliegende Analyse auch dieser Forderung gerecht.

Zusammenfassung

Im vorliegenden Kapitel wurden – angeregt durch Argumente der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie und der Framing-Ansätze – Thesen generiert, die die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag für seine Aufrechterhaltung verantwortlich machen. Dies geschah durch die Nutzung von Organisationsstrukturen im Alltag und die Möglichkeit, hierdurch Erfahrungen zu sammeln. Diese wiederum konnten bei der Mobilisierung von Ressourcen für Protestaktionen während des Castortransportes im März 2001 genutzt werden. Auch der Beitrag der Alltagsintegration zur Überwindung des Trittbrettfahrerproblems wurde in Form von Thesen dargestellt. Nicht zuletzt konnte gezeigt werden, inwieweit die Alltagsintegration von sozialem Protest die Aufrechterhaltung gemeinsamer Deutungsmuster und Frames fördert und damit einen Beitrag zur Aufrechterhaltung von sozialem Protest leistet.

Die Theorien sozialer Bewegungen wurden durch die generierten Thesen erweitert. Diese Thesen gilt es, in weiteren empirischen Untersuchungen zu überprüfen. Kapitel 6 wird zeigen, unter welchen Fragestellungen weiterführende Studien diese Thesen aufgreifen und weiterentwickeln bzw. fundieren können.

Im Verlauf der Datenerhebung kristallisierte sich zudem der Verdacht heraus, im Zusammenhang mit dem Alltag der Bevölkerung könnte ein weiterer Mechanismus identifiziert werden, der in der Theorie nicht ausreichend berücksichtigt wurde: Die Ausweitung sozialen Protests durch den Eingriff polizeilicher Maßnahmen in den Alltag von Unbeteiligten. Im Zusammenhang mit der Alltagsintegration von sozialem Protest wurde lediglich die Bevölkerung als System betrachtet, als dessen Eigenschaft Management in dieser Arbeit verstanden wird. Durch die Integration der Polizei in dieses System wird dieses erweitert: Es können Mechanismen aufgedeckt werden, die im Zusammenspiel von Polizei und Bevölkerung zu einer Ausweitung sozialen Protests führen.

5.3. Die Wahrnehmung polizeilicher Maßnahmen im Alltag

Wie in Kapitel 4 gezeigt wurde, konzentrieren sich die theoretischen Perspektiven, die sich mit den Auswirkungen staatlichen Handelns auf die Ausweitung von sozialem Protest beschäftigten, insbesondere auf zwei Punkte: Zum einen auf die Stimulation der Protestbereitschaft bereits aktiver Protestteilnehmer, zum anderen auf die Stimulation der Protestbereitschaft von bisher Unbeteiligten durch ihre Wahrnehmung staatlichen Handelns. Bei diesen Perspektiven wurden stets staatliche Maßnahmen als direkte Reaktion auf Protesthandlungen beleuchtet. Wie in Kapitel 3 an verschiedenen Stellen erwähnt wurde, wurden auch in der Geschichte der Anti-Atom-Bewegung und im Wendland derartige Solidarisierungseffekte unterstellt. Bislang fehlen jedoch Ansätze, die den Einfluss staatlicher Maßnahmen auf den *protestunabhängigen* Alltag der Bevölkerung thematisieren. Um Thesen zu generieren, die diese Forschungslücke schließen können, sollen in diesem Kapitel die Eingriffe in verschiedene Alltagsbereiche der Bevölkerung des Wendlands vorgestellt werden.¹⁷⁹ In Kapitel 5.4. werden schließlich neue Thesen über die Mechanismen einer Ausweitung des Protests generiert.

Die folgenden Äußerungen stammen von Personen, die sich dem Widerstand verbunden fühlen und ohnehin an Protestaktionen teilnehmen. Ich gehe jedoch davon aus, dass die erwähnten Eingriffe in den Alltag auch von Bevölkerungskreisen, die dem Widerstand weniger verbunden sind, als unangemessen und störend wahrgenommen wurden. Die

¹⁷⁹ Es sei darauf hingewiesen, dass nicht die objektive Darstellung des Polizeieinsatzes, sondern seine subjektive Wahrnehmung in der Bevölkerung Gegenstand des Kapitels ist.

Einschätzungen von Superintendent Kritzokat und Landrat Zühlke (Kapitel 5.4.) stützen diese Annahme.

In Kapitel 5.3.1. soll zunächst der Hintergrund des Polizeieinsatzes dargestellt werden. Danach unterscheide ich in drei verschiedene Alltagsbereiche: Kapitel 5.3.2. behandelt den Eingriff der Polizei in die Nachtruhe und die Wahrnehmung der ungewohnten Polizeipräsenz im Alltag, Kapitel 5.3.3. thematisiert die Einschränkung der alltäglichen Bewegungsfreiheit während Kapitel 5.3.4. schließlich den Eingriff der Polizei in Schulwesen und Kindererziehung nachzeichnet.

5.3.1. Hintergrund des Polizeieinsatzes

Bereits lange vor dem Castortransport vom März 2001 begann sich die Polizei im Wendland zu formieren.¹⁸⁰ Grund hierfür war der Schutz der Dannenberger Verladestation und der „Seerauer Brücke“. Die Eisenbahnbrücke überspannt ca. sechs Kilometer vor Dannenberg bei der Ortschaft Seerau den Fluss Jeetzel. Sie wurde ab Herbst 2000 neu gebaut, da die alte Brücke aufgrund des hohen Gewichts der Castoren (120t/Stück) als einsturzgefährdet eingestuft wurde.¹⁸¹ In ihrem Neubau sahen Atomkraftgegner eine weitere Präjudizierung Gorlebens als Endlager. Bereits während der Bauarbeiten wurde sie zum neuralgischen Punkt der Auseinandersetzungen.¹⁸² Am 15. Januar 2001 wurde die Brücke für den Schienenverkehr geöffnet. Hans Reime (18.06.2001), Gesamteinsatzleiter während des Castortransportes, sagte zum Hintergrund des Polizeieinsatzes:

„Die Seerauer Brücke ist das Nadelöhr. Es ist im Vorfeld des Transportes öffentlich zu Aktionen gegen die Bahnanlage aufgerufen worden. Deshalb wurde im Vorfeld bereits ein Raumschutz eingerichtet, um zu verhindern, dass die Bahnanlagen, insbesondere die Bauarbeiten an der Brücke, nachhaltig gestört werden. Gleiches galt für den Verladekran. Die Polizeipräsenz war ausschließlich Schutzmaßnahme für den Kran und die Brücke. Das hatte mit dem Castor im Grunde nichts zu tun. Es ging darum, diese beiden Bauwerke zu sichern.“

¹⁸⁰ Für die Sicherung der Schienenstrecke war der Bundesgrenzschutz (BGS) zuständig, während die Polizei ihm „den Rücken freihalten sollte“ (REIME 18.06.2001). Für die Straßenstrecke galt der umgekehrte Fall. Im folgenden werde ich aus Übersichtsgründen die Bezeichnung „Polizei“ verwenden, worin die BGS-Kräfte eingeschlossen sein sollen.

¹⁸¹ EJZ, 14.08.2000.

¹⁸² Im Dezember 2000 besetzten ca. 400 Personen die Schienen neben der Baustelle und unterhöhlten im Schutz von Transparenten den Gleiskörper (BEZIRKSREGIERUNG 2001: 2).

5.3.2. Ruhestörung und Polizeipräsenz

Für die Sicherung von Brücke und Verladestation wurden u.a. Hubschrauber eingesetzt. Auch die Zahl der Polizeikräfte prägte nach Aussagen der Befragten das Straßenbild. Für den Alltag der Bevölkerung stellte der Einsatz weit mehr als einen Raumschutz dar. Betroffen waren insbesondere Anwohner der gleis- und straßennahen Dörfer und Gemeinden. So schilderte beispielsweise Christian Zühlke, Landrat des Landkreises Lüchow-Dannenberg, (18.06.2001) seine Wahrnehmung der Situation wie folgt:

„Mein Heimatort Hitzacker liegt direkt an der Bahnstrecke. Bereits Wochen vor dem Transport flogen die Hubschrauber. Vor allem auch nachts, dicht über die Häuser. Wenn Sie in die Stadt gehen, sehen sie überall wild parkende Polizeifahrzeuge, die sich an nichts halten. (...) An jeder Straßenecke steht ein VW-Bully. Sie fühlen sich beobachtet. Sie werden auch beobachtet, daran ist gar kein Zweifel.“

Der stellvertretende Dannenberger Gemeindedirektor, Martin Schulz, der unmittelbar neben der Verladestation wohnt, sagte in diesem Zusammenhang (12.06.2001):

„Ich habe Nächte lang nicht geschlafen. Ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, was das für ein Psychoterror ist, welchen Belastungen man ausgesetzt ist. Gerade mit Kindern. Wir haben Freunde, die ihre Kinder nach Lüneburg zu Eltern gebracht haben. Das kann ja wohl nicht sein, dass die Bevölkerung ihre Kinder in Sicherheit bringen muss.“

Es zeigte sich, dass die Bevölkerung neben der empfundenen Ruhestörung den Eindruck gewann, bei der Erledigung von Alltagstätigkeiten („Wenn Sie in die Stadt gehen“) beobachtet zu werden. Hinzu kam die Sorge um das Wohlergehen von Kindern, die „in Sicherheit“ gebracht werden mussten.

Superintendent Kritzokat (15.06.2001) schilderte eine Begebenheit, die bei der späteren Thesengenerierung wieder aufgegriffen werden soll. Er berichtete von einer Beerdigungszeremonie auf dem Dannenberger Friedhof:

„Da ist der ganze Friedhof voll und wir sprechen gerade das Vater-Unser. Und dann kommt eine Polizeikolonnen. Der Friedhof liegt an einer Kreuzung. Da üben die immer Abbiegen. Wenn die abbiegen, dann machen die kurz ihr Blaulicht und ihr Tütü-Tata an, damit alle hintereinander um die Ecke kommen. Und gerade beim Vater-Unser macht die ganze Kolonne – und das sind

viel Fahrzeuge – ihr Tatu-Tata an und man versteht sein eigenes Wort nicht mehr. Völlig unnötig, weil gleich nach der Kurve machen die das dann wieder aus.“

Diese Beschreibung scheint mir insbesondere deshalb wichtig, weil Beerdigungen naturgemäß von zahlreichen älteren Menschen besucht werden. Peter Kritzokat zufolge sind diese den Protesten gegen die Gorlebener Anlagen tendenziell weniger verbunden und in geringerem Maße gegen Castor-Transporte aktiv.

5.3.3. Einschränkung der Bewegungsfreiheit

Die Intensität des Einsatzes und die wahrgenommenen Einschränkungen nahmen nach Auskunft der Befragten bis zum Transport im März 2001 kontinuierlich zu.¹⁸³ Um den Transport auch gegen den zu erwartenden Widerstand durchzusetzen, veröffentlichte die Lüneburger Bezirksregierung (BZR) am 10.03.2001 eine drei Zeitungsseiten umfassende Allgemeinverfügung.¹⁸⁴ Auf Grundlage einer Gefahrenprognose wurden Versammlungen im Transportzeitraum in einem Korridor von 50 Metern beiderseits der Schienen und Straßenstrecken verboten. Eingeschlossen waren auch die Bahnübergänge, die massiv geschützt wurden.¹⁸⁵ Der auf Rechtsgrundlage der Allgemeinverfügung stattfindende Schutz von Schiene und Straße reduzierte sich jedoch nicht auf eine Bewachung des Korridors, sondern vermittelte der Bevölkerung das Gefühl, in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt zu sein.

Anwohner der gleis- und straßennahen Dörfer und Gemeinden konnten bei der Lüchow-Dannenbergler Polizeidirektion vor dem Transport Passierscheine beantragen,¹⁸⁶ die zu freiem Zugang zur Wohnung berechtigen sollten. Bereits bei der Vergabe der Passierscheine kam es zu Unstimmigkeiten. So berichtete der stellvertretende Landrat, Kurt Herzog:¹⁸⁷

¹⁸³ So kursierte bereits Wochen vor dem Transport folgender Witz: Sagt ein Bauer zum anderen: „Der Winter scheint nie zu Ende zu gehen!“- „Ja“, sagt der andere, „aber trotzdem ist es bei uns im Wendland schon überall grün“ (eigene Beobachtung).

¹⁸⁴ EJZ vom 10.03.2001.

¹⁸⁵ Eigene Beobachtung.

¹⁸⁶ EJZ, 10.03.2001.

¹⁸⁷ Bei einer öffentlichen Gemeinderatssitzung am 11.06.2001 in Dannenberg.

„Ich habe einen Passierschein beantragt, aber nie einen erhalten. Als ich nachfragte, hieß es, das Formular sei unleserlich. Ausgefüllt habe ich es allerdings nicht selbst. Das wurde von einem Polizeibeamten gemacht.“

Auch Personen mit Passierschein nahmen eine Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit wahr. So sagte beispielsweise der stellvertretende Dannenberger Gemeindedirektor, Martin Schulz (11.06.2001):

„Manche Leute kriegen keine Passierscheine, meine Frau hat drei gekriegt. Das hilft nur nichts, sie ist nicht durchgelassen worden. (...) Meine Frau ist Bankkauffrau. Sie wissen ja, wie Bankkauffrauen aussehen, wenn sie zur Arbeit fahren. Nicht wie Chaoten. (...) Sie steht um acht an den Gleisen und sie lassen sie nicht durch, und sie muss 20 bis 30 Kilometer Umweg fahren. Mit meiner Frau darf man da gar nicht sprechen, die hat Schaum vorm Mund. (...) Diese Machtlosigkeit macht mich wahnsinnig. Ich habe einen Dienstausweis. Das ist ein Beleg dafür, dass ich als Hauptamtlicher, und auch noch vom Dezernat des Ordnungswesens, dass ich da wirklich nicht irgendwas mache. (...) Und dann werde ich, so wie ich hier aussehe, mit drei Leuten über die Gleise geleitet. Da kann ich nur sagen: Die sind doch behämmert.“

Die Äußerungen bedürfen kaum einer Interpretation. Es zeigte sich nicht nur eine generelle Verärgerung über die Notwendigkeit von Passierscheinen, sondern auch über die als unkoordiniert wahrgenommene Vergabe- und Anerkennungspraxis. Superintendent Peter Kritzokat (15.06.2001) zog bezüglich der Polizeipräsenz Parallelen zur Vergangenheit: So fühlten sich demnach insbesondere ältere Bürger an die Zeit des dritten Reiches erinnert. Ähnlich äußerte sich Landrat Zühlke (18.06.2001):

„Das hat gerade auch die ältere Bevölkerung noch durch den Krieg in Erinnerung. Da haben wir ja auch Besatzer gehabt. (...) Da fühlt man sich schon eingeschränkt, beobachtet, besetzt, belagert.“

Der befragte Psychotherapeut (20.06.2001), der während des Transportes 70 Demonstranten in seiner Scheune unterbrachte und verpflegte, gab als Motivation hierfür die eingeschränkte Bewegungsfreiheit und eine wahrgenommene Bedrohung durch die Polizei an:

„Die Leute, die hier herkamen, waren für uns eine Erleichterung. Das ganze Dorf war abgeriegelt. Man durfte von außen nicht mehr rein und wir durften nicht mehr raus. Die sind dann wohl alle irgendwie durch den Wald gekommen. (...) Jedenfalls waren wir froh, hier nicht

mehr so allein zu sein mit der ganzen Polizei. (...) Dass die dann kamen, hat uns doch Mut gemacht. Das war für uns die Chance, uns überhaupt noch einmal zu zeigen.“

Die Zitate belegen, inwieweit sich die befragten Personen aufgrund der polizeilichen Maßnahmen in ihrer alltäglichen Bewegungsfreiheit eingeschränkt fühlten.

5.3.4. Eingriffe in Schulwesens und Kindererziehung

Es stellte sich heraus, dass der Polizeieinsatz auch in die Alltagsbereiche des Schulwesens und der Kindererziehung eingriff. Die befragte Grundschuldirektorin (11.06.2001) berichtet von massiven Einschränkungen des Schulalltags vor und während des Transportes aufgrund der Polizeipräsenz:

„Man hatte die Faxen (von der Polizei) schon so dicke, die Nerven lagen schon so blank, dass die Eltern gesagt haben, `dann schicken wir die Kinder nicht in die Schule, das ist viel zu unsicher.“

Für Unmut sorgte auch die Tatsache, dass eines Morgens der Parkplatz einer Rudolf-Steiner-Schule von Polizeifahrzeugen verstellt wurde, der Schulbus nicht mehr wenden konnte und die Schüler auf der Straße aussteigen mussten.¹⁸⁸ Die befragte Hausfrau (19.06.2001), deren Kinder ebenfalls diese Schule besuchen, sagte:

„Vor dem Betreten der Schule wurden ihnen (den Kindern) die Schulranzen durchsucht. Und am nächsten Tag standen wieder die Polizisten da und hatten in ihren Bullys stapelweise Paletten mit Schokoladenpudding von Minimal hinten drin. Die haben sie an die Schüler verteilt und gesagt, `na, sind Mama und Papa auch sauer, weil der Castor kommt?‘“

Auch die Verärgerung über diesen Einsatz bedarf kaum einer Interpretation. Nicht nur das Durchsuchen der Schulranzen und das als Wiedergutmachung vermutete Verteilen von Pudding am folgenden Tag wurde kritisiert. Auch die Tatsache, dass es sich um Pudding aus Einwegverpackungen handelte, der an die Schüler einer Rudolf-Steiner-Schule verteilt wurde, wurde als unsensibel wahrgenommen. Allerdings scheint mir eine weitere Aussage der

¹⁸⁸ Taz, 28.03.2001.

Hausfrau bedeutend, da sie zeigt, wie der Polizeieinsatz auch in den Alltagsbereich der Kindererziehung eingriff:

„Eigentlich will ich ja, dass meine Kinder mit dem Gefühl aufwachsen, dass die Polizei etwas Gutes ist. Dass man sich an Polizisten wenden kann, wenn man ein Problem hat oder nicht mehr nach Hause findet oder so. Aber das sehe ich hier nicht. Die Kinder wachsen in so einem Klima von Misstrauen auf. Ich glaube, dass sie es sehr schwer haben werden, Vertrauen zur Polizei zu fassen.“

Insbesondere aufgrund der Sorge um die Entwicklung von Kindern, die von zahlreichen Eltern angeführt wurde, wurden die polizeilichen Maßnahmen als ein schwerwiegender Eingriff in den Alltag gesehen. Die Eltern sahen Schwierigkeiten, ihre persönlichen Erziehungsziele im Alltag durchzusetzen und beobachteten einen unwillkommenen Druck, mit dem sich der Polizeieinsatz auf die Entwicklung der Kinder auswirken könnte. Das folgende Zitat von Martin Schulz (11.06.2001) untermauert dies:

„Meine Kinder haben selbst Latten geholt und Kreuze gemalt. Mein Kleiner ist sieben Jahre alt und kann noch nicht richtig schreiben. Der hat jetzt an seine Kinderzimmertür 'Ich stell mich quer' dran geschrieben und das ist seine Form der Bewältigung. Wenn Sie 24 Stunden drei, vier Hubschrauber direkt über dem Haus haben und nie schlafen können, das löst was aus. Das muss ein Junge erst mal verarbeiten.“

Zusammenfassung

Es wurde gezeigt, dass die Eingriffe durch polizeiliche Maßnahmen in verschiedene Alltagsbereiche der Bevölkerung des Wendlands als störend empfunden wurden. Es kristallisierten sich Verdachtsmomente heraus, dass dies zu einer Ausweitung des Protests geführt haben könnte. Im folgenden Kapitel sollen diese Verdachtsmomente belegt und in Form von Thesen formuliert werden.

5.4. Thesen zur Ausweitung sozialen Protests

Wie in Kapitel 4 gezeigt wurde, wurde nicht nur die Auswirkung von Repressionen gegen Protestbeteiligte auf deren künftiges Protestverhalten thematisiert (GERLACH/HINE 1970, GURR 1970, ZALD/MCCARTHY 1980, OPP/ROEHL 1990), sondern auch die Auswirkung von Repressionen gegen Protestbeteiligte auf unbeteiligte Beobachter (LIPSKY 1968, DENARDO 1985, MCADAM et al. 1988). Letztere wiesen darauf hin, dass eine von unbeteiligten Beobachtern als unangemessen wahrgenommene Repression gegen Protestbeteiligte zu einer „positive response to the movement from previously neutral or only mildly sympathetic bystander publics“ (MCADAM et al. 1988: 719) führen könnte. DENARDO (1985: 191) betonte, dass eine Bewegung unter diesen Umständen Sympathisanten gewinnen könne, „and even material support from people who have not suffered directly from the government's excesses.“

Ich habe in Kapitel 4 auf zwei Dinge aufmerksam gemacht: Zum einen darauf, dass das implizite Verständnis von „Repression“ als polizeiliche Gewalt, Verhaftungen oder juristisches Vorgehen gegen Protestbeteiligte als Mobilisierungsfaktor zusätzlicher Protestteilnehmer zu kurz greift. Aus diesem Grund habe ich den weiter gefassten Begriff „polizeiliche Maßnahmen“ bevorzugt. Zum anderen habe ich darauf hingewiesen, dass nicht nur Repressionen gegen *Protestbeteiligte*, sondern auch als störend empfundene Eingriffe der polizeilichen Maßnahmen in Alltagsbereiche von *Unbeteiligten* zu einer Ausweitung von Protest führen könnten. Dieser Aspekt wurde in der Literatur bisher nicht thematisiert. Meine zweite Hauptthese lautet daher:

Hauptthese 2: Der als störend empfundene Eingriff durch polizeiliche Maßnahmen in den Alltag von Personen, die *nicht* an einem Protest beteiligt sind, kann dazu führen, dass diese sich dem Protest anschließen. Der Protest weitet sich hierdurch aus.

Gesamteinsatzleiter Hans Reime (18.06.2001) widersprach dieser These:

„Der Widerstand und seine Unterstützerszene im Wendland hat eine Tradition, die genau so groß ist, wie der Widerstand selber. Ich glaube nicht, dass polizeiliche Maßnahmen da zu einer weiteren Verhärtung, als sie sowieso schon besteht, führen würde.“

Die Äußerungen der befragten Experten aus dem Wendland hingegen stützen die These. So sagte Landrat Zühlke (18.06.2001), auf die Äußerung Reimes angesprochen, am Mittag desselben Tages:

„Da irrt Herr Reime. Es sind zwar nicht unbedingt die Leute, die sich auf die Straße setzen. Aber ich könnte Ihnen Namen nennen von kleinen Betriebsinhabern, die jetzt auch dabei sind. Da ist ein ehemaliger Schüler von mir, (...) und dann steht dort auf einmal seine Mutter, über 70, am Bahndamm. Das habe ich sonst nirgendwo erlebt und das könnte ich Ihnen haufenweise aufzählen.“

Zwei Gründe führen dazu, dass ich der Äußerung Zühlkes ein höheres Gewicht als der Äußerung Reimes beimesse: Zum einen unterstelle ich, dass Zühlke als Landrat im engen Kontakt mit weiten Bevölkerungskreisen steht und deren Wahrnehmungen zuverlässiger beurteilen kann als Reime, der nicht im Wendland wohnt und nur im Zusammenhang mit den Castortransporten mit der dortigen Bevölkerung in Kontakt kommt. Zum anderen, da die Unterstützung der These durch Reime dem Geständnis gleichkäme, die von ihm geleiteten Maßnahmen vor und während des Transportes hätten zu einer Ausweitung des Protestes geführt.

Aus dem obigen Zitat Zühlkes kann jedoch auch die Interpretation abgeleitet werden, dass nicht der als störend empfundene Eingriff der Polizei in den Alltag der Mutter, sondern das Einwirken ihres Sohnes für ihre erstmalige Protestbeteiligung verantwortlich ist. Die These wird durch Zühlkes Aussage daher noch nicht überzeugend gestützt. Allerdings spricht eine weitere Aussage des Landrats (18.06.2001) für die These. Er weist insbesondere auf ältere Bürger hin. Diese seien dem Widerstand gegen Castortransporte tendenziell weniger verbunden. Ihre stärkere Teilnahme an den Protesten 2001 führt Zühlke explizit auf die polizeilichen Maßnahmen zurück.

„Bestärkt durch den Polizeieinsatz jetzt im Jahr 2001 habe ich sehr stark beobachtet, dass vor allem auch ältere MitbürgerInnen, 70 und älter, die sich jetzt zwar noch nicht in die Blockaden setzen, aber dort, wo sich der Protest versammelt, meistens an den Heimatorten, dabei sind. Oft bilden sich so kleine Gruppen von 50 bis 100 Leuten, die sich an Bahnübergängen versammeln, um dort ihren Protest zum Ausdruck zu bringen. (...) Diese massive Polizeipräsenz in diesem Jahr hat viele alte Leute motiviert, jetzt hinzugehen, zu sagen: `Ich will das auch nicht.‘“

Diese Beobachtung wird durch eine Aussage von Superintendent Kritzokat (15.06.2001) gestützt. Dieser weist explizit auf den als störend empfundenen Eingriff der Polizei in die Beerdigungszeremonie auf dem Dannenberger Friedhof hin. Diesen macht er explizit für die Solidarisierung eines Teils der Beerdigungsteilnehmer mit den Protesten und ihre anschließende Protestteilnahme verantwortlich:

„Bei den Beerdigungen gibt es viele, die sagen: `So, jetzt erst recht.` Da sind dann vor allem auch viele dabei, die sonst gar nichts mit dem Castor am Hut haben.“

Das Zitat beleuchtet einen weiteren interessanten Aspekt: Kritzokat betont, dass sich der Protest der Beerdigungsteilnehmer nicht zwingend gegen den Castortransport wandte („...die sonst gar nichts mit dem Castor am Hut haben“), sondern sich vielmehr gegen die polizeilichen Maßnahmen selbst richtete. Ähnliches berichtet die Vertreterin der „Initiative 60“ (4.08.2001):¹⁸⁹

„Es herrscht eine große Wut. Auch bei Bauern oder Einwohnern, die bislang nicht auf der Straße waren, über diesen Ausnahmezustand, der ja über eine Woche oder zehn Tage anhielt. Und vor allem die Art und Weise, wie hier die demokratischen Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden. Da herrscht sehr viel Zorn in der Bevölkerung. (...) Solche Leute, die jetzt dazukommen, die ärgern sich ja gar nicht so sehr über den Castor, sondern über die Besetzung hier.“

Aus diesen Aussagen leite ich These 2.1. ab:

These 2.1: Als störend empfundene Eingriffe polizeilicher Maßnahmen in den Alltag Unbeteiligter können dazu führen, dass sich diese dem Protest nicht aufgrund ihrer Identifikation mit dessen Zielen anschließen, sondern aufgrund ihrer Ablehnung der polizeilichen Maßnahmen.

Dieser Umstand führte sogar dazu, dass ältere Bürger eine Infrastruktur zur Unterstützung der Blockadeaktionen unterstützten: Peter Kritzokat berichtete von einem älteren Ehepaar, das während des Transportes allein deshalb mit dem Auto durch den Landkreis fuhr, um Anhalter zu befördern. Andere ältere Menschen waren unterwegs, um Atomkraftgegner auch nachts mit Lebensmitteln oder heißen Getränken zu versorgen.¹⁹⁰ Diese Aktivitäten stellen

¹⁸⁹ Es sei darauf hingewiesen, dass die Vertreterin seit langen Jahren im Widerstand aktiv und daher nicht neutral ist. Doch selbst unter dieser Prämisse kann ihre Einschätzung als weiteres Indiz für die Mobilisierungskraft der polizeilichen Maßnahmen gewertet werden.

¹⁹⁰ Eigene Beobachtung.

insbesondere aufgrund der Ausdehnung der Protest- und Blockadeaktionen auf eine Strecke von 70 Kilometern eine wertvolle Ressource für die Proteste dar.

Zusammenfassung

Die Ankündigung und Durchführung von Sabotageaktionen am Bau der neuen Seerauer Brücke und der Verladestation führten bereits im Vorfeld des Castortransportes im März 2001 zu einem Raumschutz durch die Polizei. Dieser äußerte sich unter anderem im Einsatz von Hubschraubern und einer steigenden Polizeipräsenz in den gleis- und straßennahen Dörfern und Gemeinden. Während des Transportes war der Alltag durch die Polizeipräsenz geprägt. Die polizeilichen Maßnahmen führten zu einem als störend empfundenen Eingriff in verschiedene Alltagsbereiche auch der unbeteiligten Bevölkerung. Dieser Eingriff führte dazu, dass sich viele der bislang Unbeteiligten den Protesten anschlossen.

In der Theorie wurden bislang nur die Auswirkungen von Repressionen gegen *Protestbeteiligte* thematisiert. Der von mir genannte Aspekt wurde hingegen noch nicht beleuchtet. Aus diesem Grund wurden Thesen entwickelt, die helfen können, diese Lücke auszufüllen: These 2 und 2.1. zufolge kann der Eingriff polizeilicher Maßnahmen in den Alltag von Unbeteiligten zu deren Teilnahme an den Protesten und damit zu ihrer Ausweitung führen. Dies muss nicht zwingend die Identifikation mit den Zielen der Proteste bedeuten, sondern kann auch auf eine Ablehnung der polizeilichen Maßnahmen zurückgeführt werden.

6. Resümee und Ausblick

Im Rahmen einer explorativen Studie wurde vor dem Hintergrund des Castortransportes vom März 2001 ein wesentlicher Mechanismus des Managements von sozialem Protest, der zu dessen Aufrechterhaltung führte, identifiziert: Die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag. Es wurden – angestoßen von einer Auswahl von Argumenten der Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie und der Framing-Ansätze – Thesen abgeleitet, die die Theorien um diesen Aspekt erweitern. Die Thesen postulieren, dass die Integration von sozialem Protest in den protestunabhängigen Alltag zu einer Aufrechterhaltung von Organisationsstrukturen, zur Überwindung des Trittbrettfahrerproblems sowie zu einer Aufrechterhaltung von Deutungsmustern und hiermit zur Aufrechterhaltung sozialen Protests

beitragen. Hiermit wurde ein Mechanismus des Managements sozialen Protests beschrieben, der erklären kann, wie sich der Protest gegen Castortransporte nach Gorleben trotz der langen Transportpause zwischen 1997 und 2001 und trotz des Atomkonsenses der rot-grünen Bundesregierung aufrecht erhalten konnte.

Im Verlauf der Datenerhebung kristallisierte sich der Verdacht heraus, die polizeilichen Maßnahmen könnten eine Ausweitung des Protests ausgelöst haben. Es zeigte sich, dass dieser Aspekt bisher nicht thematisiert wurde. Es wurde ein bislang unbekannter Mechanismus der Ausweitung sozialen Protests beschrieben. Der Begriff Management wurde in der vorliegenden Arbeit als Eigenschaft des Systems verstanden. Wurde zunächst nur die Gemeinde der Protestteilnehmer im Landkreis Lüchow-Dannenberg als System betrachtet, so wurde dieses System durch die Hinzunahme der Polizei erweitert. Es wurde gezeigt, inwieweit sich Protestteilnehmer und Polizei als Akteure innerhalb dieses (erweiterten) Systems gegenseitig beeinflussen. Der Verdacht konnte bestätigt werden: Es wurden Thesen generiert, die eine Ausweitung des Protests aufgrund der Eingriffe in den Alltag bisher Unbeteiligter unterstellen: Zahlreiche unbeteiligte Personen schlossen sich den Protesten gegen den Castortransport an und unterstützten diese nachhaltig.

Allerdings befinden sich die aufgestellten Thesen in einem frühen Stadium, in dem zunächst Mechanismen und Funktionsweisen sozialen Protests identifiziert wurden. Auf dieser Grundlage können weiterführende Forschungsarbeiten die Thesen aufgreifen und sie fundieren oder Gestaltungsempfehlungen formulieren.

So könnte beispielsweise der Frage nachgegangen werden, unter welchen *Bedingungen* Deutungsmuster überhaupt in den Alltag integriert werden können. So könnte vermutet werden, dass die ländliche Struktur des Landkreises Lüchow-Dannenberg und sein im Vergleich zu Städten wenig ausgeprägtes kulturelles Leben vor 1977 dazu führte, dass dieses Thema von Atomkraftgegnern „besetzt“ und untrennbar mit der Atomkraftgegnerschaft verbunden werden konnte. Ein Vergleich zwischen Stadt und Land böte sich somit an. In diesem Zusammenhang könnte auch untersucht werden, inwieweit die Kohäsion sozialer Schichten oder Berufsgruppen innerhalb einer Gesellschaft der Ausbildung einer gemeinsamen schicht- oder gruppenübergreifenden Identität und damit gemeinsamem Handeln im Wege stehen können. Ländervergleiche könnten hier interessante Ergebnisse bringen. Einmal mehr zeigt die vorliegende Arbeit, dass sich die Beschäftigung mit Management als Eigenschaft eines Systems nicht nur auf *einen* Lebensbereich der Mitglieder

dieses Systems beschränken darf, sondern stets versucht werden muss, möglichst viele Facetten aus der Lebenswelt der Mitglieder zu berücksichtigen.

Bezüglich der Polizeimaßnahmen könnte der Frage nachgegangen werden, inwieweit beispielsweise der Versuch einer Kompensation für die in Mitleidenschaft gezogenen Personen angeboten werden könnte, um deren Beteiligung an den Protesten zu verhindern. Gleichzeitig könnte untersucht werden, inwieweit sich der Ort der Proteste (und mit ihnen der der polizeilichen Maßnahmen) auf eine Ausweitung auswirkt. Es könnte vermutet werden, dass Proteste, die im direkten Umfeld von Unbeteiligten stattfinden, eher zu einer Ausweitung führen als Proteste, die fernab jeder Wohnbesiedlung vorgetragen werden. Auch hieraus könnten Gestaltungsempfehlungen für die verschiedenen Akteure formuliert werden.

Die Relevanz der Ausweitung von Protest durch den Eingriff polizeilicher Maßnahmen in den Alltag Unbeteiligter wird vor dem Hintergrund der aktuellen Nahostkrise oder der geplanten Maßnahmen gegen islamische Terroristen offenbar: Auch hier muss jeder Schritt auch auf seine Nebenwirkungen überprüft werden, um einer Ausweitung von Protesten oder einer Radikalisierung bislang Unbeteiligter durch Eingriffe in deren Alltag zu verhindern. Vor diesem Hintergrund können die identifizierten Mechanismen des Managements von sozialem Protest weltpolitische Bedeutung gewinnen.

LITERATURVERZEICHNIS

ANTI-ATOM-AKTUELL (2001): Castor. Atomtransporte nach Gorleben und zu den Plutoniumfabriken 2001, Gießen

ALOA.LE IM ANTI-ATOM-NETZWERK SACHSEN (Hrsg.) (2001): ...strahlend wird die Zukunft sein. Castor und Uran, was das eine mit dem anderen zu tun hat, Broschüre, Leipzig

AUST, S. (1981): Brokdorf. Symbol einer politischen Wende, Hamburg

BEAULIEU, CHALES DE, M. (1992): Initiativgruppen gegen Atomanlagen. Fallstudie „Gorleben“ in vergleichender Perspektive. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Universität Hamburg, Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften, Institut für Politische Wissenschaft

BECKER, F.G. (1993): Explorative Forschung mittels Bezugsrahmen – ein Beitrag zur Methodologie des Entdeckungszusammenhangs, in: BECKER, F.G./ MARTIN, A. (Hrsg.): Empirische Sozialforschung, Methoden und Beispiele, München

BENFORD, R.D. (1997): An Insider's Critique of the Social Movement Framing Perspective, in: Sociological Inquiry, Vol 67, No. 4, 409-430

BERRY, J.M. (1977): Lobbying for the People, Princeton

BEZIRKSREGIERUNG LÜNEBURG (2001): Allgemeinverfügung über eine räumliche und zeitliche Beschränkung des Versammlungsrechts innerhalb eines Korridors für den Castortransport, in: EJZ, 10.03.2001.

BLUMER, H. (1946): Collective Behavior, in: LEE, A.M. (Hrsg.): Principles of Sociology, 99-220

BLUMER, H. (1955): Social Movements, in: LEE, A.M. (Hrsg.): A New Outline of the Principles of Sociology, 167-219

BOECKER, A. (2001): 2001 – Odysse durch das Wendland, in: Kulturelle Landpartie, Wunderpunkte im Wendland, Veranstaltungsprogramm, 12-18

BRAND, K.W. (Hrsg.) (1985): Neue Soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA: ein internationaler Vergleich, Frankfurt a. M., New York

BRAND, K.W./ BÜSSER, D./ RUCHT, D. (1986): Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M.

BRUCHMÜLLER, N. (1997): Der Widerstand gegen das „Nukleare Entsorgungszentrum“ bei Gorleben: Die Anti-Atomkraft-Bewegung und der Wandel im Wendland, unveröffentlichte Diplomarbeit an der Universität Bielefeld, Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie, Abt. Geschichtswissenschaft

BUNDESREGIERUNG (2000): Eckpunkte der Vereinbarung (Atomkonens): www.bundesregierung.de/frame/dokument/Schwerpunkte/Atomausstieg/ix2003, eingesehen am 23.08.2001

BÜRGERINITIATIVE LÜCHOW-DANNENBERG (2000): Kurzübersicht, Broschüre

BÜRGERINITIATIVE LÜCHOW-DANNENBERG (2001): Strahlung, die aus dem Castor kommt, Flugblatt

DAVIES, J.C. (1963): Human Nature in Politics: The Dynamics of Political Behavior, New York

DAVIES, J.C. (1969): The J-curve of Rising and Declining Satisfaction as a Cause of Some Great Revolutions and a Contained Rebellion, in: Violence in America: Historical and Comparative Perspectives, Washington

DENARDO, J. (1985): Power in Numbers: The Political Strategy of Protest and Rebellion, Princeton

DEUTSCHER BUNDESTAG (2001): Folgen der grundlegenden Neuauswahl für ein atomares Endlager, in: hib, heute im Bundestag No. 186, 29.06.2001

DEUTSCHES ATOMFORUM EV. (2001): Stellen Sie sich vor, der Castor kommt ... und keiner geht hin., Broschüre

EDLER, M. (2001a): Demonstranten als „Staatsfeinde“ - „Staat als Feindbild? Bürgerinitiative, Medien und Staatsgewalt im Streit um die Castor-Transporte in das Atommüll-Zwischenlager Gorleben, Lüchow

EDLER, M. (2001b): Wo der Ausnahmezustand normal ist... Eine Reise ans Ende der Demokratie, in: Kulturelle Landpartie, Wunderpunkte im Wendland, Veranstaltungsprogramm, 6-9

EHMKE, W. (1999): Zweifel von Anfang an, die Jahre 1977-1986, in: BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ LÜCHOW-DANNENBERG EV. (HRSG.) (1999): Endlager Gorleben, Stationen eines Irrwegs, Schriftenreihe „Zur Sache“ No. 8, 5-9

EISENHARDT, K.M. (1989): Building Theories from Case Study Research, in: Academy of Management Review, Vol. 14, No. 4, 532-550

EKD, EVANGELISCHE KIRCHE IN DEUTSCHLAND (1998): Beschluss zum Ausstieg aus der gegenwärtigen Kernenergienutzung, Flugblatt, Münster

FREEMAN, J. (1979): Resource Mobilization and Strategy: A Model for Analyzing Social Movements Organization Actions, in: ZALD, MAYER N./ MCCARTHY, J.D. (Hrsg.): The Dynamics of Social Movements, Cambridge Mass., 167-189

FROHLICH, N./ OPPENHEIMER, J.A./ YOUNG, O.R. (1971): Political Leadership and Collective Goods, Princeton

GAMSON, W.A. (1975): The Strategy of Social Protest. Homewood, Ill.

GAMSON, W./ FIREMAN, B. (1979): Utilitarian logic in the resource mobilization perspective, in: ZALD, MAYER N./ MCCARTHY, J.D. (Hrsg.): The Dynamics of Social Movements, Cambridge, 8-45

GAMSON, W.A. (1988): Political Discourse and collective Action, in: KLANDERMANS, B. et. al.: international social movement research – From Structure to Action: Comparing Social Movement Research across cultures, Vol. 1, 219-246

GERHARDS, J./ RUCHT, D. (1992): Mesomobilization: Organization and Framing in two Protest Campaigns in West Germany, in: American Journal of Sociology No. 98, 555-595

GERLACH, L./ HINE, V. (1970): People, Power, Change, New York

GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTS- UND BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG LÜCHOW-DANNENBERG MBH (2001): Ein Standort, der nicht allen passt, aber einigen ganz besonders, Broschüre

GLADITZ, N. (Hrsg.) (1976): Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Whyl: Bauern erzählen. Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht. Und wie man sich dabei verändert, Berlin

GLASER, G.G./ STRAUSS, A.L. (1998): Grounded Theory, Strategien qualitativer Forschung, Bern (Ersterscheinung 1967 unter dem Titel „The discovery of grounded theory: Strategies of qualitative Research, London)

GOFFMAN, E. (1977): Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen, Frankfurt a.M.

GOMEZ, P. (1985): Systemorientiertes Problemlösen im Management. Von der Organisationsmethodik zur Systemmethodik, in: PROBST, G.J.B./ SIEGWARDT, H. (Hrsg.): Integriertes Management. Bausteine des systemorientierten Managements, Bern

GOMEZ, P./ PROBST, G.J.B. (1987): Vernetztes Denken – eine Methodik des ganzheitlichen Problemlösens, in: Die Orientierung No. 89, Bern

GORLEBENER TURMBESETZERINNEN (1996): Leben im Atomstaat. Im atomaren Ausstiegspoker ist unser Widerstand der Joker, o.O.

GÖTTINGER FREUNDESKREIS DER BI (Hrsg.) (1978): Gorleben oder warum die Wiederaufbereitungsanlage nicht gebaut werden darf, Göttingen

GÖTZ, U.H. (1988): Um durchzuhalten in der Politik brauche ich die Lust am Nebensächlichen, in: EHMKE, W. (Hrsg.) (1987): Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf, Köln, 147

GRANT, M./ HAZEL, J. (1973): Who's Who in Classical Mythology, London

GUNDT, K (1998): Widerstand gegen Atomkraftwerke am Beispiel Wackersdorf und Gorleben, unveröffentlichte Diplomarbeit an der Freien Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaften

GURR, T. (1970): Why Men Rebel. Princeton, N.J.

HINRICHS, (ohne Vornamen) (1987): Verbrechen gegen Mensch und Natur, in: EHMKE (Hrsg.) (1987): Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf, Köln, 126

HIRSCH, J./ ROTH, R. (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus: vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg

HIRSCH, E.L. (1990): Sacrifice for the Cause: Group Processes, Recruitment, and Commitment in a Student Social Movement, in: American Sociological Review No. 55, 242-254

HOLECEK, R. (2001): Kein Leben in Containern - GdP fordert menschenwürdige Unterbringung, in: Die Polizei, Monatszeitschrift der Gewerkschaft der Polizei No. 5, www.gdp.de, eingesehen am 9.05.2001

HOMANS, G.C. (1974): Social Behavior: Its Elementary Forms, New York

IRMSCHER, B./ MOLDMANN, D. (1989): Am deutsch-deutschen Rand. Landschaft, Geschichte, Kultur und Wirtschaft entlang einer 1240 km langen Reiseroute am östlichen Rand der Bundesrepublik, Hamburg

JUNGK, R. (1977): Der Atomstaat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit, München

JENKINS, J.C./ PERROW, C. (1977): Insurgency of the powerless, in: American Sociological Review No. 42, 249-68

JENKINS, J.C. (1983): Resource Mobilization Theory and the Study of Social Movements, in: Annual Review of Sociology No. 18, 161-185

KIESER, A. (1995) (Hrsg.): Organisationstheorien, Stuttgart

KLANDERMANS, B. (1984): Mobilization and Participation: Social-Psychological Expansions of Resource Mobilization Theory, in: American Sociological Review No. 49, 583-600

KLANDERMANS, B. (1988): The Formation and Mobilization of Consensus, in: KLANDERMANS, B./ KRIESI, H./ TARROW, S. (Hrsg): International Social Movement Research – From Structure to Action: Comparing Social Movement Research across cultures, Vol. 1, 173-196

KLIMECKI, R./ PROBST, P./ EBERL, P. (1994): Entwicklungsorientiertes Management, Stuttgart

KÖCK, T./ MOHR, C. (2000): Gegen den Strom. Die Anti-Atom-Bewegung aus soziologischer Sicht, Jeetzell

KOLB, F. (1997): Der Castor-Konflikt, Das Comeback der Anti-AKW-Bewegung, in: Forschungsjournal NSB, Jg. 10, No. 3, 16-29

KUBICEK, H. (1981): Heuristische Bezugsrahmen und heuristisch angelegte Forschungsdesigns als Elemente einer Konstruktionsstrategie empirischer Forschung, in: KÖHLER, R. (Hrsg): Empirische und handlungstheoretische Forschungskonzeptionen in der Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart, 3-36

LANDKREIS LÜCHOW-DANNENBERG (1990): Statistische Information. Bevölkerung, Wirtschaft, Finanzen

LINCOLN, J.R. (1978): Community structure and industrial conflict, in: American Sociological Review No. 43, 199-220

LIPSKY, M. (1968): Protest as a Political Resource, in: American Political Science Review No. 62, 1144-58

LOHDI, A.Q./ TILLY, C. (1973): Urbanization, crime and collective violence in 19th century France, in: American Journal of Sociology No. 79, 296-318

MAIERHOFER, E. (1987): Wir können doch nicht schweigen zu dem, was um uns herum passiert, in: EHMKE (Hrsg.): Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf, Köln, 144

MCADAM, D. (1982): Political Process and the Development of Black Insurgency 1930-1970, Chicago

MCADAM, D./ MCCARTHY, J.D./ ZALD, MAYER N. (1988): Social Movements, in: SMELSER, N.J. (Hrsg.): Handbook of Sociology, 695-737

MCADAM, D. (1994): Taktiken von Protestbewegungen, Das „Framing“ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, in: NEIDHARDT, F. (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialforschung, Sonderheft 34, Opladen

MCCARTHY, J.D./ ZALD, MAYER N. (1973): The Trend of Social Movements in America: Professionalization and Resource Mobilization, Morristown, N.J.

MCCARTHY, J.D./ ZALD, M.N. (1977): Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory, in: American Journal of Sociology No. 82/ 1212-1241

MELUCCI, A. (1989): Nomads of the present. Social Movements and Individual Needs in Contemporary Society, London

MEZ, L./ WILKE, M. (1977): Der Atomfilz. Gewerkschaften und Atomkraft, o.O.

MIEST, P.F./ PAASCHE, W. (1981): Hannoversches Wendland, Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Hannover

MOE, T.M. (1980): The Organization of Interests, Chicago

MORRIS, A. (1984): The Origins of the Civil Rights Movement, Black communities organizing for change, New York

NEUMANN, W. (1997): Die Anti-AKW-Bewegung und die kritische Wissenschaft, in: Redaktion Atom Express (Hrsg.): ...und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen

OBERSCHALL, A. (1973): Social Conflict and Social Movements, Englewood Cliffs, NJ

OLSON, M. (1965): The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups, Harvard

OPP, K.D. (1988): Community Integration and Incentives for Political Protest, in: KLANDERMANS, B./ Kriesi, H./ Tarrow, S. (Hrsg): international social movement research – From Structure to Action: Comparing Social Movement Research across cultures, Vol. 1, 83-102

OPP, K.D./ ROEHL, W. (1990): Repression, Micromobilization and Political Protest, in: Social Forces No. 69, 521-547

ORUM, A.M. (1972): Black Students in Protest, Washington

PASTOREN (1997): Berichte von Pastorinnen und Pastoren in Lüchow-Dannenberg zum Atommülltransport im März 1997, Dannenberg

Pastoren (2001): Berichte von Pastoren und kirchlichen MitarbeiterInnen zum Castor-Transport 2001, Dannenberg

PAUL, R. (1997): Die Anti-AKW-Bewegung: Wie sie wurde was sie ist, in: Redaktion Atom Express (Hrsg.): ...und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen

PROBST, G.J.B. (1987): Selbstorganisation: Ordnungsprozesse in sozialen Systemen aus ganzheitlicher Sicht, Berlin

RADKAU, J. (1983): Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975. Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbek

RAGIN, C.C. (1979): Ethnic political mobilization, in: American Sociological Review No. 44, 619-34

RASCHKE, J. (1985): Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss, Frankfurt a.M., New York

RUCHT, D. (1980): Von Whyl nach Gorleben, Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München: Beck

RUCHT, D. (1994): Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: NEIDHARDT, F. (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, Opladen

RUNCIMAN, W.G. (1966): Relative Deprivation and Social Justice: A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century England, London

SIMON, S. (2001): Von Stahlbeton und Unterkühlung, in: Gorleben Rundschau No. 7, 4-5

SMELSER, N. (1962): Theory of Collective Behavior, New York

SNOW, D.A./ ZÜRCHER, L.A. JR./ EKLAND-OLSON, S. (1980): „Social networks and social movements: A microstructural approach to differential recruitment“, in: American Sociological Review No. 45, 787-801

SNOW, D.A./ MARSHALL, S. (1984): Cultural Imperialism, Social Movements, and the Islamic Revival, in: Social Movements, Conflicts and Change No. 7, 131-152

SNOW, D.A./ ROCHFORD, B.E./ WORDEN, S.K./ BENFORD, R.D. (1986): Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation, in: American Sociological Review No. 51, 464-481

SNOW, D.A./ BENFORD, R.D. (1988): Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization, in: KLANDERMANS, B. et al. (Hrsg.): International Social Movement Research – From Structure to Action: Comparing Social Movement Research across cultures, Vol. 1, 197-218

STAY, J. (2000): Einstieg oder Ausstieg? Fragen und Antworten zum „Atomkonsens“, Tolstefanz

STÖSS, R. (1984): Vom Mythos der „neuen sozialen Bewegungen“ . Neun Thesen und ein Exkurs zum Elend der NSB-Forschung, in: FALTER/ FENNER/ GREVEN (Hrsg.): Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen

TILLOCK, H./ MORRISON, D.E. (1979): Group size and contributions to collective action, in: Research, Social Movements, Conflict and Change No. 2, 131-58

TILLY, C. (1978): From Mobilization to Revolution, New York

TRITTIN, J. (2001): offener Brief an die niedersächsischen Kreisverbände von Bündnis 90/ Die Grünen

TURNER, R.H./ KILLIAN, L. (1957): Collective Behavior, Englewood Cliffs, N.J.

USEEM, B. (1980): Solidarity Model, Breadown Model, and the Boston Anti-busing Movement, in: American Sociological Review No. 45, 357-369

WALSH, E.J. (1981): Resource Mobilization and Citizen Protest in Communities Around Three Mile Island, in: Social Problems No. 29, 1-21

WALSH, E.J./ WARLAND, R.H. (1983): Social Movement Involvement in the Wake of a Nuclear Accident: Activists and Free Riders in the Three Mile Island Area, in: American Sociological Review No. 48, 764-781

WIEBEN, H.-J. (2001): Schon vor dem Einsatz entkrampfend wirken, in: Deutsche Polizei No. 3, 22-24

WILKINSON, P. (1971): Social Movements, London

WILSON, J. (1973): Introduction to Social Movements, New York

WOLLNIK, M (1977): Die explorative Verwendung systematischen Erfahrungswissens. Plädoyer für einen aufgeklärten Empirismus in der Betriebswirtschaftslehre, in: KÖHLER, R. (Hrsg.): Empirische und handlungstheoretische Forschungskonzeptionen in der Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart, 37-64

ZALD, MAYER N./ ASH R. (1966): Social Movement Organizations, in: Social Forces No. 44, 327-41

ZALD, MAYER N./ MCCARTHY, J. (1980): Social Movement Industries: Cooperation and Conflict Amongst Social Movement Organizations, in: Research in Social Movements, Conflict and Change No. 3, 1-20

ZINT, G. (Hrsg.) 1980: Republik Freies Wendland. Eine Dokumentation, Frankfurt a.M.

Anlagen

1. Gespräche mit Personen, die Demonstranten beherbergten und versorgten

PASTOR, der Demonstranten in seiner Kirche beherbergte	Gespräch am 7.06.2001
GRUNDSCHULDIREKTORIN, die die Besetzung ihrer Schule durch Demonstranten duldete	Gespräch am 11.06.2001
GESCHÄFTSFÜHRER EINES ALTENHEIMS, das Demonstranten beherbergte	Gespräch am 12.06.2001
ERZIEHERIN	Gespräch am 19. 06.2001
HANDWERKER	Gespräch am 18.06.2001
HAUSFRAU	Gespräch am 19.06.2001
PSYCHOTHERAPEUT	Gespräch am 20.06.2001

2. Expertengespräche mit Personen, die den Widerstand seit langer Zeit kennen

MARTIN SCHULZ, stellvertretender Gemeindedirektor der Gemeinde Dannenberg	Gespräch am 11.06.2001
DR. WOLFGANG HERTLE, Sozialwissenschaftler und Leiter des Hamburger „Archiv Aktiv“ e.V.	Gespräch am 14.06.2001
PETER KRITZOKAT, leitender Pastor des Kirchenkreises Dannenberg („Superintendent“)	Gespräch am 15.06.2001
CHRISTIAN ZÜHLKE, Landrat des Landkreises Lüchow-Dannenberg	Gespräch am 18.06.2001
WOLFGANG PETERS, Leiter des Bildungszentrums „Bahnhof Göhrde“	Gespräch am 19.06.2001
DIETER SCHAARSCHMIDT, Geschäftsführer der ReEnergie-Wendland, Firma für alternative Energieerzeugung	Gespräch am 3.09.2001
ROLF ADLER, Pastor in Lüchow	Gespräch am 7.09.2001
WOLFGANG EHMKE, Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg	Gespräch am 10.09.2001

3. Vertreter einzelner Widerstandsgruppierungen

Jochen Stay, Sprecher der Kampagne „X-TAUSENDMAL-QUER“	Gespräch am 8.06.2001
Susanne Kamien, Vertreterin der „BÄUERLICHEN NOTGEMEINSCHAFT“ sowie ein wortführender Bauer	Gespräch am 19.06.2001
Vertreter der „FACHGRUPPE RADIOAKTIVITÄT“	Gespräch am 3.08.2001
Wortführende Vertreterin der „INITIATIVE 60“	Gespräch am 4.08.2001
Vertreterin des „ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS GORLEBEN“ (EA)	Gespräch am 7.08.2001
Arzt aus dem Wendland, Mitglied der IPPNW	Gespräch am 7.08.2001

4. Zudem wurde ein Gespräch geführt mit:

HANS REIME, Leitender Polizeidirektor in Lüneburg und Gesamteinsatzleiter des Castortransportes im März 2001	Gespräch am 18.06.2001
--	------------------------

Vorbemerkung zum Leitfaden

Für den Leitfaden wurden Argumente aus den Theorien sozialer Bewegungen genutzt. Diese versuchen insbesondere zu erklären, wie es zur Entstehung von sozialen Bewegungen und sozialem Protest kommt. Sie geben jedoch auch Impulse für die Beantwortung der Frage, wie sozialer Protest aufrecht erhalten werden kann.

Die Fragen dienten in erster Linie dazu, mit den Befragten ins Gespräch zu kommen und aus ihren Motivationen, Ansichten, Einschätzungen und sonstigen Äußerungen Aspekte für eine Erklärung der Aufrechterhaltung des Widerstandes bis zum Transport 2001 abzuleiten. Die Gespräche fanden in einem für die Befragten vertrauten Umfeld statt (Gärten, Wohnzimmer, Büros etc.). Hierdurch sollte eine möglichst ungezwungene und natürliche Gesprächsatmosphäre hergestellt werden. Aus diesem Grund wurde auch einem flüssigen Gesprächsverlauf Vorrang vor einer strikten Einhaltung der Fragenreihenfolge gegeben.

Leitfaden

1. Zunächst wurde eine offene Frage gestellt, von der angenommen wurde, die Befragten hätten hierauf viel zu sagen. Dadurch sollte ihnen die Möglichkeit gegeben werden, von sich aus über ihre Motive und Einschätzungen zu erzählen. Manche der weiteren Fragen wurden hierdurch unter Umständen bereits beantwortet

Was hat Sie motiviert, fremde Personen bei sich unterzubringen?

2. Theorien relativer Deprivation postulieren das Gefühl der Benachteiligung gegenüber einer Vergleichsgruppe als Auslöser sozialen Protests. Da der Atomausstieg eine solche Benachteiligung mildern sollte, zielt die Frage darauf ab, inwieweit eine relative Benachteiligung auch nach dem Atomkonsens verspürt wurde.

Wie bewerten Sie den Atomausstieg der Bundesregierung?

3. Die Grünen können als der parlamentarische Arm der Bewegung gesehen werden. Die Frage zielt darauf ab, inwieweit Regierungsbeteiligung und Atomausstieg mit Zustimmung der Grünen zu einer Minderung des Gefühls relativer Benachteiligung geführt hat.

Wie beurteilen Sie das Verhalten der Grünen im Zusammenhang mit dem Atomausstieg?

4. Zur Überwindung des Trittbrettfahrerproblems wurden Gruppensolidarität oder moralische Verpflichtung gegenüber dem Umfeld vorgeschlagen. Das Gespräch soll darauf gelenkt werden, inwieweit derartige Solidaritäten, auch gegenüber Personen, die illegal handelten, im Wendland vorliegen.

Besteht ein besonderer Zusammenhalt zwischen den Menschen im Wendland?

Gab es bezüglich Ihres Protests Reaktionen aus Ihrem Umfeld, die Sie überrascht haben?

Wie bringen sich die Personen aus Ihrem Umfeld in den Widerstand ein?

Wie beurteilen Sie Personen, die in Gewahrsam genommen wurden?

5. Für eine erfolgreiche Mobilisierung von Protestteilnehmern wurde auf das Gefühl des Rückhalts im Umfeld hingewiesen. Es sollte gefragt werden, inwieweit die Befragten der Meinung sind, ein solcher Rückhalt bestehe auch von Seiten der gewählten Vertreter und der Kirchen.

Welche Rolle spielen Lokalpolitik und Kirchen im Widerstand?

6. Eine erfolgreiche Mobilisierung von Personen an Protesten wurde von den Erwartungen über potenzielle Teilnehmerzahlen abhängig gemacht.

Ist der Widerstand gewachsen?

Wenn ja, hat er dadurch bessere Chance, die angestrebten Ziele zu verwirklichen?

Wie sehen Sie die Zukunft des Widerstandes?

7. Die Ressourcen-Mobilisierungstheorie wies auf die Relevanz von Organisationsstrukturen hin. Das Gespräch soll auf diese Strukturen und die Einschätzung ihrer Effizienz gelenkt werden. Hierbei soll zunächst von den persönlichen Erfahrungen der Befragten ausgegangen werden.

Wie bringen Sie sich selbst in den Protest ein?

Sind Sie in einer Widerstandsgruppe aktiv?

8. Die Ressourcen-Mobilisierungs-Theorie thematisierte die Bedeutung von Netzwerken für die Verbreitung von Informationen. Das Gespräch sollte auf dieses Thema gelenkt werden

Wie werden Informationen verbreitet?

Wie informieren Sie sich über Widerstandsaktivitäten?

9. Auch die Bedeutung von zentralen Organisationen wurde thematisiert. Es sollte gefragt werden, welche Organisationen als zentral wahrgenommen werden.

Welche Gruppe oder Organisationen sind im Widerstand wichtig?

10. Interaktionstheorien machen auf die Relevanz von spektakulären Protestformen aufmerksam, weisen jedoch auch auf deren Risiken hin. Das Gespräch soll auf das Thema der Protestformen und ihre Reaktionen darauf gelenkt werden.

Wie bewerten Sie illegales Handeln?

Halten Sie diese illegalen Aktionen für legitim?

Was halten Sie von Personen, die Gewalt gegen Personen einsetzen?

Wie sehen Sie den Umgang der Polizei mit diesen Personen?

11. Das „Atomstaat-Framing“ vertritt die Meinung, Atomenergie ließe sich nur unter Einschluss polizeistaatlicher Maßnahmen nutzen. Es sollte herausgefunden werden, wie die Befragten diesem Frame gegenüberstehen.

Wie beurteilen Sie Versammlungs- und Campverbote, um den Transport ins Zwischenlager zu sichern?

Wie beurteilen Sie die bundesrepublikanische Ordnung?

Haben Sie Vertrauen in die Redlichkeit von Politikern im Zusammenhang mit den Transporten?

12. Es wurde gefordert, dass ein Framing den Erfahrungen aus der Lebenswelt der Adressaten entsprechen müsse („empirische Glaubwürdigkeit“). Da die Polizei häufig als „Erfüllungsgehilfe der Atommafia“ dargestellt wird, sollte herausgefunden werden, ob sich dieser Frame mit den Erfahrungen der Befragten deckt.

Wie nehmen Sie die Polizei im Wendland wahr?

Welche Erfahrungen haben Sie oder Personen aus Ihrem Umfeld mit der Polizei gemacht?

Es wurde zwischen drei Arten des Framings unterschieden: Diagnostic Framing (Zuweisung von Kausalitäten und Schuld), Prognostic Framing (Strategien, Taktiken und Ziele) und Motivational Framing (Handlungsgrund). Das Gespräch sollte auf diese drei Arten von Frames gelenkt werden.

Wer ist Schuld an dem Atommüllproblem?

Welche Taktiken sollten angewandt werden?

Warum lohnt es sich, gegen Castortransporte zu demonstrieren?

Der Widerstand gegen Atomanlagen steht im Wendland auf breitem gesellschaftlichen Fundament. Bezeichnend hierfür sind die zahlreichen Widerstandsgruppen, die den Protest gegen die Gorlebener Anlagen auch in den Alltag ihrer Mitglieder tragen. Zwar kooperieren die Gruppen eng miteinander, dennoch hat jede ihre eigenen Charakterzüge und Aktionsformen.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.¹⁹¹

Die „BI“ wird von vielen als die wichtigste Organisation des Widerstandes gesehen. Sie gründete sich am 3. März 1977, kurz nach der Benennung Gorlebens als Standort für das nukleare Entsorgungszentrum. Die BI hat über 1000 Mitglieder, ist parteipolitisch und konfessionell ungebunden, finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen und wird von ehrenamtlicher Mitarbeit getragen. Ihre Hauptaktivitäten sind die kontinuierliche Informationsverbreitung in Fragen der Kernenergie, koordinatorische und inhaltliche Unterstützung von lokalen, nationalen und internationalen Gruppen, Vermittlung von Referenten, Kontakte zu Medienvertretern etc. In der Lüchower Innenstadt betreibt die BI ein Büro mit geschäftsüblichen Öffnungszeiten. Es dient als Anlaufstelle für Interessenten, auch Informationsmaterial, Flugblätter, Videos, Aufkleber etc. sind im BI-Büro erhältlich. Die BI gibt monatlich die Zeitschrift „Gorleben Rundschau“ sowie die themenspezifische Reihe „Zur Sache“ heraus. In der wöchentlich erscheinenden „Montagsleiste“, einer Kleinanzeige in der EJZ, gibt die BI aktuelle Termine bekannt. Vor und während Castortransporten übernimmt die BI eine gewisse Koordinationsfunktion, ist jedoch nie über alle Widerstandsaktivitäten vollständig im Bilde.

Unterstützt wird die BI von einer „**Videogruppe**“ (Dokumentation der Aktivitäten des Widerstandes und der Polizeieinsätze), einer „**Internetgruppe**“¹⁹² (Betreuung des Internet-Auftritts der BI sowie der „**Fachgruppe Radioaktivität**“¹⁹³, die aus ca. 12 Technikern, Ingenieuren, Physikern und Ärzten besteht und sich aus wissenschaftlicher, technischer oder genehmigungsrechtlicher Perspektive mit Castortransporten und der Lagerung von Atommüll beschäftigt.

¹⁹¹ www.bi-luechow-dannenberg.de.

¹⁹² www.oneworldweb.de/castor/impressum.

¹⁹³ www.oneworldweb.de/castor/diskus/gruppen/fachgruppe.

Die „bäuerliche Notgemeinschaft“¹⁹⁴

Einzelne Bauern versuchten nach der Standortbenennung, ihre Berufsorganisation auf Landesebene, das „Landvolk“, gegen die geplanten Bauten zu mobilisieren. Innerhalb des Landvolks gründeten sie zunächst einen „Gorleben-Ausschuss“, der sich kurz darauf vom Landvolk löste und zur „bäuerlichen Notgemeinschaft“ wurde (Vgl. Abbildung 4). Die Gemeinschaft ist ein informeller Zusammenschluss ohne formale Struktur. Es gibt keinen Vorstand oder feste Mitgliedschaften, auch zahlreiche Nicht-Bauern nehmen an Aktionen der Gemeinschaft teil. „Kern“ der Gemeinschaft sind etwa 40 Personen. Sie wird nach außen von einer kleinen Gruppe Wortführer vertreten.

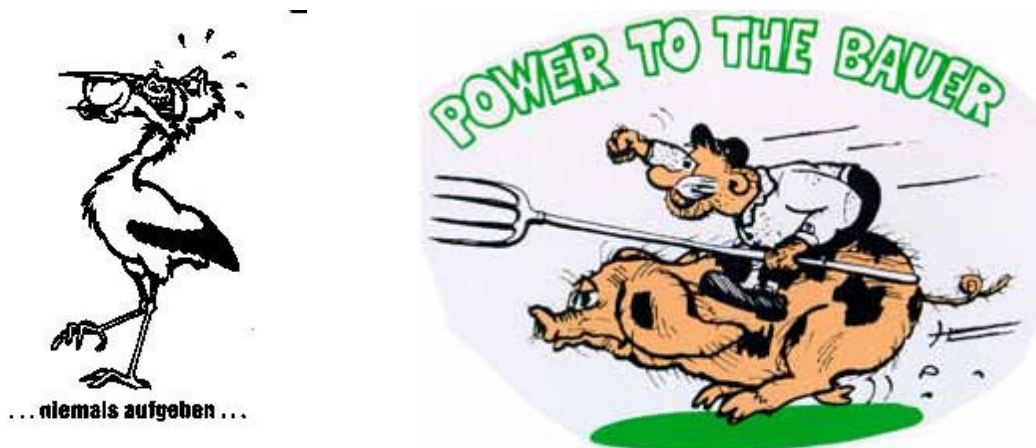


Abbildung 4: Logos der „bäuerlichen Notgemeinschaft“ Quelle: siehe Fußnote 4.

Die Gemeinschaft wird trotz ihrer informellen Gestalt als feste Größe des wendländischen Widerstandes gesehen. Zwischen den Transporten beschränkt sie ihre Aktivitäten auf Pressemitteilungen, Leserbriefe oder Solidaritätsaufrufe durch die wortführenden Vertreter. Schlagkräftig präsentiert sie sich während der Transporte: Die „Stunkparade“, ein Umzug mit mehreren Hundert Treckern durch einen Teil des Wendlandes mit abschließender Kundgebung ist ein medienträchtiges Ereignis. Durch die Trecker wird zudem der Rückhalt des Widerstandes in der ländlichen Bevölkerung symbolisiert. Die Notgemeinschaft bringt sich mit Treckerblockaden oder der logistischen Unterstützung anderer Gruppierungen in die Castor-Protteste ein.

¹⁹⁴ www.oneworldweb.de/castor/diskurs/gruppen/baerliche.

Die Kampagne „X-tausendmal-quer“¹⁹⁵

Die Kampagne wurde von Atomkraftgegnern als Reaktion auf den diffusen Protestverlauf während der Castortransporte von 1995 und 1996 gegründet. Die Gründer erkannten ein Koordinationsdefizit und Ineffizienz der wachsenden Zahl an Demonstranten. Hierfür machten sie u.a. die geringe Demonstrationserfahrung vieler Atomkraftgegner verantwortlich. Um diese zu kanalisieren, sollte eine klar umrissene Aktionsform angeboten werden: Es wird eine Infrastruktur (Unterbringung, Verpflegung, Information etc.) in Form eines Camps bereitgestellt. Das Zusammenleben und die Planung von Aktionen werden mittels eines Bezugsgruppensystems und mit Hilfe eines Sprecherrates gestaltet. Um den Transport medienwirksam zu behindern, werden große, explizit gewaltfreie Sitzblockaden angestrebt. In den Tagen vor dem Eintreffen des Transports werden derartige Blockaden sowie das Verhalten bei polizeilichen Maßnahmen (Wegtragen, Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken etc.) in den Camps trainiert. Heute ist die Kampagne bundesweit aktiv und mobilisiert auch gegen Atommülltransporte aus deutschen Atomkraftwerken die Wiederaufbereitungsanlagen nach Frankreich und Sellafield. „X-tausendmal-quer“ wird von etwa 60 ehrenamtlichen Personen aus ganz Deutschland getragen (Vgl. Abbildung 5).



Abbildung 5: „X-tausendmal-quer“: Schienenblockade bei Wendisch Evern am 27.03.2001
Foto: Christian Ditsch/Version/taz

¹⁹⁵ www.x1000malquer.de

Der Ermittlungsausschuss Gorleben (EA)¹⁹⁶

Der „Ermittlungsausschuss“ (EA) ist eine Gruppe von etwa zehn Personen, die vor, während und nach Castortransporten Atomkraftgegner betreuen, die mit der Justiz in Kontakt kamen. Über Flugblätter des EA erhalten Demonstranten vor den Transporten Verhaltenstipps im Falle von Ingewahrsamnahmen. Während der Transporte kümmert sich der EA im Bedarfsfall um anwaltliche Vertretung und moralischen Beistand, „damit die Leute, die einfahren, nicht das Gefühl haben, dass sie verloren gehen“ (Vertreterin des EA). Neben der Polizeikaserne Neu-Tramm bei Dannenberg, in der die meisten der in Gewahrsam genommenen erkenntnisdienstlich behandelt werden, bot der EA im März 2001 einen Raum an, in dem sich Freigelassene aufwärmen und essen konnten. Ein Taxiunternehmen sowie zahlreiche Privatpersonen übernahmen ihren kostenlosen Rücktransport zur Unterkunft oder dem Blockadegeschehen. Bei Strafbefehlen, Vorladungen oder Anklageschriften steht der EA den Atomkraftgegnern beratend zur Seite.

Die Ärzte im Wendland¹⁹⁷

Die etwa 60 Ärzte im Wendland (ca. 60% aller dortigen Mediziner), die sich gegen die Gorlebener Atomanlagen engagieren, werden häufig als eigenständige Organisation oder zumindest als Regionalgruppe des Vereins IPPNW gesehen. Allerdings sind nur vier der Ärzte Mitglieder der IPPNW, eine Regionalgruppe gibt es im Wendland nicht. Die Aktivitäten der Ärzte sind nicht koordiniert, es gibt keine formale Organisationsstruktur. Der Zusammenschluss beruht vielmehr auf persönlichen Bekanntschaften. „Die Ärzte spielen im Widerstand nicht als geschlossene Gruppe, aber als Berufsstand eine große Rolle, weil sie die gesundheitliche Meinungsführerschaft haben.“ Die Intensität des Engagement der einzelnen Ärzte variiert stark: Manche unterzeichnen öffentliche Aufrufe oder schließen demonstrativ ihre Praxen während der Transporttage (vgl. Anlage 4). Andere wiederum sind als Sanitäter für Demonstranten im Einsatz oder bieten ihre Wartezimmer für auswärtige Atomkraftgegner als Unterkunft an während sie selbst an Sitzblockaden teilnehmen.

¹⁹⁶ Die Informationen und Zitate stammen aus dem Gespräch mit einer Vertreterin des EA am 10.07.2001.

¹⁹⁷ Die Informationen und Zitate stammen aus dem Gespräch mit einem Arzt, Mitglied der IPPNW, am 8.07.2001. IPPNW = „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs“/ „International Physicians for the Prevention of a Nuclear War“. www.ippnw.org.

Die „Initiative 60“¹⁹⁸

Ältere Atomkraftgegner aus dem Wendland gründeten 1983 die „Initiative 60“: „Es geht nicht, dass sich die Jungen vor den Castor setzen. Das machen wir lieber selbst, denn wenn wir in 20 Jahren Krebs kriegen, ist das nicht so schlimm.“ Die Initiative ist ein loser Zusammenschluss ohne formale Organisationsstruktur. Er beruht auf einem persönlichen Netzwerk. In ihrer Anfangszeit lud die Gruppe zu politischen Veranstaltungen ein, blockierte während der Castor-Transporte medienwirksam Kreuzungen und hielt Mahnwachen ab. Die Gruppe umfasst heute ca. 20 Personen und trifft sich zweimal monatlich, um „bei Kaffee und Kuchen über politische Themen zu diskutieren.“ Die Aktionsform während der Castortransporte hat sich geändert: „Wir können uns jetzt nicht mehr auf die Straße setzen und auf den Wasserwerfer warten. Wir machen jetzt lieber Dinge, die unserem Gesundheitszustand gemäß sind.“ Dies sind beispielsweise Küchendienste, die Unterstützung von Camps sowie die Betreuung und Beratung älterer auswärtiger Atomkraftgegner, die sich an den Protesten beteiligen wollen: „Gerade wenn die noch nie hier waren, muss man ihnen sagen: „Gehen Sie da und da hin, da ist vielleicht keine Prügelei.“

Die Motorradfahrergruppe „Idas“¹⁹⁹

Die Motorradfahrergruppe „Idas“ gründete sich im September 1995. Ihr Name geht auf den aus der griechischen Mythologie bekannten „Idas“ zurück, der im Kampf „Castor“ erschlug (GRANT/HAZEL 1973). Es handelt sich um einen losen Zusammenschluss von Motorradfahrern aller Berufsgruppen. Sie nehmen an Widerstandsaktionen wie Straßenblockaden und der Errichtung von Camps teil oder organisieren „Motorrad-Gottesdienste“. Insbesondere während der Castortransporte bietet „Idas“ Melde-, Kurier- und Beförderungsdienste für die BI, die „bäuerliche Notgemeinschaft“ oder für Medienvertreter an.

¹⁹⁸ Die Informationen und Zitate stammen aus dem Gespräch mit einer Vertreterin der „Initiative 60“ am 4.08.2001. Die „Initiative 60“ im Internet: www.oneworldweb.de/castor/diskus/gruppen/initiative60

¹⁹⁹ www.idas-wendland.de

"Gorlebener Gebet"²⁰⁰

Unter dem Dach des „Gorlebener Gebets“ veranstalten verschiedene christliche Gruppen ohne Unterbrechung seit 1985 jeden Sonntag Gottesdienste an den „Gorlebener Kreuzen.“ Diese wurden während zweier „Kreuzwege für die Schöpfung“ vom Atomkraftwerk in Krümmel an der Elbe und vom Bauplatz der Wiederaufbereitungsanlage im bayrischen Wackersdorf nach Gorleben getragen wurden. Die Kreuze stehen im Wald vor dem Zwischenlager und haben eine hohe Symbolkraft.

²⁰⁰ Die Informationen stammen aus dem Gespräch mit dem Lüchower Pastor Rolf Adler am 7. September 2001.

Am Tag X

bleibt unser Geschäft im Wendland Öko Markt geschlossen.
Für etwaige Beratungen finden Sie uns an der Transportstrecke.

Ihre
Ökologischen Baustoffe & Bautechnik OHG
Elke Frey, Heike Krüger, Ute Wagner, Barbara Schiffner,
Reinhold Friedrich, Bodo Plewe, Kurt Kessel

Ob SCHWARZ, ob GELB,
ob GRÜN, ob ROT:
Den Widerstand kriegt ihr nicht tot!
Wir stellen uns quer!

Bürgerinnen und Bürger aus Reitze

Andrea Pfeifer	Isabel Weber	Otto Stumpf
Astrid Pesel	Janina Jacobs	Peter Schulz
Bärbel Stumpf	Joachim Reinbold	Signd Jacobs
Dagmar Schumann	Jörg Schulz-Weber	Katrin Westedt
Daniel Jacobs	Katrin Westedt	Thomas Anseim Müller
Dimitar Mischeff	Karl-Heinz Schulz	Renate Müller
Günter Schulz	Lisa Brandt	
Hans-Hermann Jacobs	Olaf Hövermann	

Wir stellen uns quer!

Eiscafé Cortina

Unser Eiscafé
bleibt heute geschlossen!



**Protest ja!
Polizei-
übergriffe
nein!**

Herr Einsatzleiter Reime,
dürfen übermotivierte Hundertschaften aus MD, B etc. heute und morgen wieder ihr Mütchen an friedfertig Sitzenden stellen, weil sie für die Kapuzen zu langsam sind?
Wollen alle eingesetzten Hundertschaften ihr konfliktminderndes Konzept auch umsetzen?
Gibt es tatsächlich einen Einsatz, nach dem wir uns alle unverletzt in die Augen sehen können?
Es liegt in IHRER Hand.
Bianca Jaensch u. Norbert Schwöder
SPD-Ratsmitglieder SG Dbg

Wir stellen uns quer!
Am Tag des Castortransports (voraussichtlich 28. März 2001)
bleibt unsere
Praxis geschlossen
Praxisurlaub vom 2. bis 6. April 2001
Gemeinschaftspraxis Scholz/Dr. Kretschmer-Nowakowski
Lindenallee 22, 29485 Schweskau

Aus Verantwortung für das Leben
Wir stellen uns quer!

 **TISCHLEREI
GRÖNMEYER**

Bahnhofstraße 36 · 29462 Wustrow
Telefon (058 43) 13 03 · Fax 4 46

